

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzige Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsheftigen Kolon-  
 nellen oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Inserate  
 und Verordnungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort fett). Insetate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 10. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Armeefragen.

Der Sinn der Reichstags-Debatten über den Militär-Etat am Montag läßt sich in der Frage erfassen: Soll in der deutschen Armee alles Veraltete, Untaugliche und Untragliche erhalten bleiben oder soll auch diese konservativste aller konservativen Organisationen von Mißständen gereinigt und zu höheren Formen emporgeführt werden? Regierung und konservative Parteien beschönigen alles, was da besteht, die Socialdemokratie ist auch in den Angelegenheiten der Armee die reformatorisch treibende Kraft.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Rede des freisinnigen Abg. Müller-Weinigen, der die Befestigung alles Bitters an den Uniformen und eine kriegsmäßigere Neu-Uniformierung forderte. Nach einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Polen Czarlinski und dem Kriegsminister über die Behandlung der Polen in der Armee nahm unser Parteigenosse Bebel das Wort zu einer umfassenderen Besprechung verschiedenartiger Mißstände im Heer.

Bebel behandelte zunächst die Duellfrage. Er legte insbesondere dar, daß in den regelmäßig und schnell erfolgenden Begnadigungen der Duellanten ein wesentlicher Grund für die Fortdauer des Duellwesens liege. Er verwies auf die nach acht Monaten erfolgte Begnadigung des zu 2 Jahren Festung verurteilten Leutenants Hilbrand von Gumbinnen und ähnliche Vorkommnisse. Er zeigte am Fall des früheren Hauptmanns König, wie Obersten und Generale wegen einer kriegsgeschichtlichen Kritik die Gesetzes-Verletzung der Duellforderung begehen. Er befragte die Heeresverwaltung, ob es richtig sei, daß infolge einer kaiserlichen Order in Pforzheim ein Offizier ausgeschlossen worden sei, weil er sich geweigert habe, ein Duell anzunehmen. Weiter behandelte der Redner das fürchterliche und doch nie endende Kapitel der Soldatenmißhandlungen und deckte deren tiefere Ursachen auf. Diese Ursachen liegen nicht nur darin, daß auch ungeeignete Leute zu Unteroffizieren befördert werden, vielmehr in den allzu milden Strafen, die häufig gegen die schändlichsten Missethäter verhängt werden und die im Gegensatz stehen zu den grausam harten Bestrafungen gegen Untergebene wegen geringfügiger, vielleicht im Kampf oder sonst aus kleinstem Anlaß entstandener Widerschlichkeiten. Weiter sind diese Ursachen zu suchen in der Verfehlung der militärischen Ausbildungsmethode. Während das Waffenwesen eine gewaltige Umwälzung erfahren habe, legt die Heeresverwaltung noch immer das Hauptgewicht auf veraltete Ausbildungsmethoden, auf den Majorenhofdrill, auf äußerlichen Glanz, auf den neuesten Griff und den Paradebrauch. Bebel konnte sich darauf berufen, daß unter den Offizieren der Armee selbst in steigendem Maße sich Meinungen durchsetzen, wie sie die Socialdemokratie seit langem über die Soldatenausbildung hegt. So erregen auch die phantastischen und gänzlich unfriedmässigen Kavallerie-Attaken der Kaisermanöver die Kritik vieler Sachverständigen, deren manche die Zustände in der Armee so schwarz ansehen, daß sie ein neues Jena befürchten, wenn nicht endlich Inhalt geschieht.

Vom Kriegsminister v. Goltz erwartet nach seinen früheren Leistungen niemand eine sachlich-ernste Behandlung der ihm entgegengetretenen Kritik. Es mag nicht einmal böse Absicht sein, aber Herr v. Goltz vermag es nicht besser. Er ist so sehr Vertreter des heuligen Armeesystems, daß er auch in der Art seiner Verteidigung über die engsten Vorstellungen nicht hinausgelangt. Es ist geradezu staunenswert, mit welchem Eifer er sich ein oberster Vertreter des preussischen Heeres über die bedeutendsten Probleme des Heerwesens auszusprechen vermag. Die Begnadigungen — die, wie der Kriegsminister mitteilt, nicht von ihm, sondern vom Präsidenten des Reichs-Militärgerichts angeragt worden! — seien verursacht durch reichlich vorhanden gewesene mildernde Umstände. Welches diese mildernden Umstände waren und wie es kommt, daß in allen Duellfällen diese mildernden Umstände auftreten — darüber sagte der Minister nicht ein Wort. Die Mißhandlungen seien so schlimm nicht, wie Bebel es darstellt, meist seien es doch „leichtere Fälle“. Die Ausbildung sei vortrefflich es solle der einzelne Mann gut ausgebildet und nicht eine bloße Schlachtmasse geschaffen werden, — daher seien die Paraden und dergleichen nötig. Die Manöver seien vorzüglich und die Entfaltung großer Kavalleriemassen sei nötig. Durch solcherlei allgemeinste Allgemeintheorien verjagte der Kriegsminister die socialdemokratische Kritik abzuschnüdeln.

Doch seien wir gerecht. — der Kriegsminister hat in zweierlei Hinsicht innerlich etwas Bestimmtes mitgeteilt. Er hat einmal bedauert, daß leichtere Mißhandlungen nicht einfach disciplinär mit Arrest geahndet werden dürfen, daß das Gesetz Strafverfolgung vordringt; er hat offenbar den Wunsch, die militärische Kriminaljustiz künftig von dem Raket der Militär-mißhandlungen zu reinigen, aber er will dieses schöne Ziel nicht durch Befestigung der Mißhandlungen, sondern durch Milderung und Minderung der Bestrafung erreichen! Und weiter erklärte der Minister in seiner Wechselliedung der Kavallerie-Attaken mit unverkennbarer Deutlichkeit, daß die Heeresverwaltung, wie man ja auch sonst schon weiß, im neuen Reichstag mit bedeutenden Kavallerie-forderungen aufzuwarten beabsichtigt!

Die konservativen Parteien sind stets die Verursacher, die Heeresverwaltung zu schätzen. Die Junker- und Kapitalistenklasse braucht eine Armee wie sie bisher war und es ist nicht erstaunlich, daß die v. Tiedemann und v. Koon dem Kriegsminister Hilfe brachten, der dem auch ihren Reden dankbar lächelnd lauschte. Die Tiedemann und Koon wünschen, wie sich versteht, zwar keine Soldatenmißhandlungen, aber das System, das sie erzeugt und erhält, ist ihnen unantastbar. Ja, jeder der beiden Streiter für die junkerliche Armee leistete im Eifer der Er-

haltung des Bestehenden ein höchst bemerkenswertes Bekenntnis. Herr v. Tiedemann erklärte sich unumwunden für das Duell und Herr v. Koon gar, indem er Bebel's Hinweis auf die Ueberbürdung der Soldaten durch veralteten Drill belächeln wollte, verfiel dem verräterischen Ungeheiß, als Mittel gegen die Ueberbürdung — die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zu fordern.

Ein doppeltes Zwischenspiel ging neben den konservativen Abwehrversuchen her. Genosse Kunert nahm das Wort zur Widerlegung verschiedener Einwürfe des Kriegsministers; als er das von ihm schon am Sonnabend behandelte Kapitel der Umgehungsmanöver wieder berührte, führte er auch Klage gegen den Präsidenten, weil dieser die Hineinziehung des Kaisers in diese Debatte abgelehnt hatte. Es kam zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten Vallejem, der auf seiner Meinung beharrte, und Kunert, der wiederholt protestierte und nach dem dritten Ordnungsruf auf weitere Ausführungen verzichtete. Genosse Sudekum erinnerte zunächst nochmals an die Gelegenheit des Freiherrn v. Feilich, jenes bayrischen Hauptmanns, welcher der Feigheit im Chinalfeldzug beschuldigt und aus der preussischen Armee wieder Aufnahme fand. Im vorigen Jahre hatte ein Vertreter der Heeresleitung die Feigheit des Hauptmanns bestritten und angeklagt, daß gegen die Zeitung, die den Vorwurf erhoben hatte, Strafantrag gestellt sei. Dieses ist aber nicht richtig, die „Münchener Post“, das in Frage kommende Blatt, sei nicht verfolgt worden! Der Redner führte weiter einen Fall aus Hannover vor, um zu erweisen, daß die Heeresleitung größere Aufmerksamkeit auf die Befestigung geistig nicht normaler Leute aus der Armee richten müsse. Die Antwort des Kriegsministers zeigte zwar militärische Blindheit, aber zugleich vollendete Inhabilität; er umging einfach den klaren und unwiderleglichen Tatbestand.

Nachmals schmetterte der konservative Abgeordnete v. Didenburg einen Hymnus auf das Offiziercorps. Er erwiderte kassisch das feine Ehrensymbol dieser Kreise an sich selbst, ist doch sein Reichstagsmandat, wie ihm stänische Jurate von der Linken vorhielten, durch die Wahlprüfungs-Kommission und zwar einstimmig als ungültig fassiert worden, was ihn nicht hinderte, noch rednerisch aufzutreten!

Dann gab Bebel in schlagender Erwiderung der Debatte den Abschluß. Der Gegner, der jedes Entzinnen abgelehnt sah, mußte auf jeden weiteren Rettungsversuch verzichten.

Kurz war die Aussprache über den ersten Haupttitel des Militär-Etats, aber nicht gering an Umfang: Die herrschenden Kreise widerstehen jeder Einschränkung des militärischen Systems, des Systems der besonderen Offiziersrechte und des unbedingten Gehorsams. Sie weigern sich, Mittel zu suchen, um die Mißhandlungen auszurotten. Sie weigern sich, die Armee durch Einführung vollständiger Einrichtungen zugleich wehrfähiger zu machen. Statt dessen verflucht die Regierung: Mehr Kavallerie! Und die Konservativen: Zurück zur dreijährigen Dienstzeit!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März.

#### Der Kampf gegen den Unglauben.

Die am Montag fortgesetzten Kulturkämpfe zwischen Centrum und Nationalliberalen sind insofern von nicht zu unterschätzender Bedeutung, als dem tapferen Vorsa (C.) in der Hitze des Gefechtes ein wertvolles Zugeständnis entfloß, das mehr als alles andre beweist, daß die Centrumspartei die Partei des Aufhandels par excellence ist. Herr Dr. Vorsch wies darauf hin, daß das Centrum durch seine Bewilligung von Heer- und Marineforderungen und durch sein sonstiges Verhalten im Reichstage bei einem Teile seiner Wähler eine gewisse Mißbilligung erregt habe, und verlangte zur Verhütung der erregten Wählermassen gewisse Konzessionen auf kirchenpolitischen Gebiete von der preussischen Regierung. Ein erbauliches Schauspiel! Erst wird das Volk nach Kräften gebrandschaft, und wenn es in gerechter Empörung gegen die Verräter seiner Interessen aufbäumt, dann soll es verdammt werden, damit es nichts merkt. Wir sind Herrn Dr. Vorsch für seine Offenheit aufrichtig dankbar. Den erregten Centrumswählern werden nun endlich die Augen aufgehen, sie werden erkennen, was es mit der Arbeiterfeindschaft des Centrum auf sich hat, und den heuchlerischen Gesellen, die sie auf Erden ausbeuten und ihnen als Lohn für ihre Entbehrungen ein besseres Jenseits verheißten, bei den Wahlen die verdiente Antwort erteilen.

Von geringer Bedeutung ist es, daß in diesem Jahre auch die Konservativen ein wenig gegen das Centrum Front machen. In früheren Jahren haben sie sich an dem Kulturkampf nur wenig beteiligt. Die Nachstellung jedoch, die das Centrum erlangt hat, und die fortgesetzten Konzessionen der Regierung an die „ausschlaggernde“ Partei veranlassen sie zu allerlei Vorbehalten, aus Furcht, sie könnten in ihrer Eigenschaft als regierende Partei vom Centrum abgelöst werden. Aber sie hüten sich wohlweislich, es mit dem Centrum zu verderben, denn in dem Kampfe zwischen Glauben und Unglauben, d. h. in dem Kampfe zwischen Finsternis und Licht, sind die orthodoxen Evangelischen auf die gläubigen Katholiken angewiesen. Da finden sie sich zusammen, um gemeinsam zu kämpfen gegen die Socialdemokratie, die, wie Abgeordneter Dr. v. Seydewitz (L.) sich so schon ausdrückte, den

Unglauben zwar begrifflich nicht fordert, aber auf ihren Flügeln trägt. In der That, wir fliegen!

Die „Sensation“ des Tages bildete die Verlesung der Erklärung der Regierung in Sachen des Bischofs Korum. Graf Bülow war zwar im Hause anwesend; im Sitzungssaal aber ließ er sich nicht blicken. Eine so nichtsagende Erklärung, dachte er, kann auch der Kultusminister verlesen. In der That ist die Erklärung völlig belanglos.

Im übrigen hat die Sitzung einen neuen Beweis dafür, daß für die Volksschule in Preußen kein Geld da ist. Die Regierung erkennt, wie Minister Studt auf Anfrage des Abg. Kopsch (fr. Pp.) mitteilte, zwar an, daß das Lehrerbefoldungs-Gesetz reformbedürftig ist, kann aber eine Revision des Gesetzes wegen der schlechten finanziellen Verhältnisse nicht in Aussicht stellen. Bekanntlich leiden Kulturaufgaben in Preußen nicht.

Dienstag: Fortsetzung. —

#### Triumph des Rückzugs.

Als Graf Bülow im Abgeordnetenhaus sein tiefes Bedauern über das Verhalten des Bischofs Korum aussprach und die Erwartung äußerte, er würde seinen Erlaß zurückziehen, war es jedem klar, der weiß, wie der decorativ strebende Minister „Siege“ zu organisieren pflegt, daß er nur „erwartete“, was schon erfüllt war. Um den Sieg strahlender erscheinen zu lassen, hat man die Aufhebung des abgelarteten Spiels verzögert und künstliche Hindernisse auf den glatten Boden aufgepappelt. Die Bülow-Leute bliesen harmlosen Journalisten die Mär ins Ohr, der Papsi und der Bischof denken nicht daran, den Erlaß zurückzugeben, ja selbst der Kultusminister Studt mußte noch am letzten Sonnabend völlig ahnungslos thun, alles zu dem Zweck, um die Spannung zu erhöhen und mit dem „Siege“ zu überraschen.

In der That fällt die liberale Presse mit prompter Tölpel auf die doch gewiß recht grobe Mache herein. Das Vorgehen Korums war niemand unangenehmer als dem Centrum; wozu ärgerliche und ansüßliche Ansprüche stellen, wo man in Willigkeit mehr besitzt, als man je zu hoffen gewagt hat. Graf Bülow hat sich geradezu ein Verdienst um das Centrum und den Liberalismus erworben, als er auf die die Befestigung der Korumschen Kundgebung hinwirkte.

In diesem Sonntag wurde denn auch in Trier von den Kanzeln die folgende Kundgebung verlesen:

„Gemäß den Erklärungen der Herren Minister im Abgeordnetenhaus und weiteren Mitteilungen der die königliche Staatsregierung die Absicht, den Wünschen der Katholiken Triers in der Kauffrage gerecht zu werden. Darum hat der hochwürdigste Herr Bischof in Uebereinstimmung mit dem h. Vater angeordnet, daß unsere Kanzelpublikation wegen veränderter Umstände als nicht erfolgt zu betrachten sei.“

Niemals ist ein Rückzug zu einem glänzenderen Siege gestaltet worden. Herr Korum zieht seinen Erlaß zurück, nun, weil — so wird allen Gläubigen verkündet — die Regierung sich entschlossen, die Voraussetzung des Erlasses zu beseitigen. Der Kultusminister hatte ja die Unzulänglichkeiten, Unvollkommenheiten und Mängel zugegeben. Die Regierung hat — insbesondere auch in „weiteren Mitteilungen“ — sich bereit erklärt, die Beseitigung abzustellen, folglich ist jener Erlaß gegenstandslos geworden. Wie überlegen ist die kirchliche Diplomatie den Stämpereien eines Bülows!

Aber noch bescheidener als die Regierung ist der brave Liberalismus: „Graf Bülow — schreibt die „Nat.-Ztg.“ — hat mit dem Verfahren, das er in der Trierer Angelegenheit eingeschlagen, einen großen, für die Stellung der Staatsgewalt dem Merkantilismus gegenüber bedeutsamen Erfolg erreicht.“ In Wahrheit hat Graf Bülow dem Merkantilismus eine Verlegenheit aus dem Wege geräumt und zugleich ihm einen diplomatischen Triumph bereitet. Noch erfreuter als die „Nat.-Ztg.“ ist Eugen Richter über den „vom Papsi rektifizierten Bischof Korum“. Die „Freisinnige Zeitung“ ist überglücklich, daß sie nun nicht mehr anstandshalber das Centrum tadeln muß:

„Wir haben die Haltung des Grafen Bülow in dieser Frage für durchaus korrekt und den Tadel darüber für ungerechtfertigt erachtet, daß er sich zunächst mit einer Beschwärde an den Papsi gewandt hat. War auf diesem Wege Abhilfe nicht zu erreichen, so blieben der Regierung noch andre Mittel genug übrig. Wenn aber der Bischof nicht von seinem Kirchenoberen sondern durch ein direktes Zwangsmittel des Staates veranlaßt worden wäre, jenen Erlaß zurückzunehmen, so würden sich auf katholischer Seite Vorwürfe und Agitationen gegen die Regierung gerichtet haben, während jetzt die Haltung des Papsies anerkannt, daß der Trierer Bischof auch vom katholischen Standpunkte zu weit gegangen ist.“

Alles ist gut — und Eugen Richter darf Wufen an Wufen mit dem Centrum wie in der Zollfrage auch jetzt den „Erfolg seiner honetten Haltung“ sich attestieren.

Der Erfolg besteht darin, daß die kirchliche Herrschaft über die Schule stärker befestigt ist denn je, eine Herrschaft, die allerdings — wie die liberalen Redner im Abgeordnetenhaus nachdrücklich betonten — auch von der liberalen Bourgeoisie für die Volksschule durchaus gebilligt und gefordert wird.

Die Pöste der Kulturkämpfes sind zu Ende. Das durch den Grafen Bülow vertretene Preußen hat einen Sieg über die Kirche erfochten und die Kirche schmunzelt. —

#### Der Kampf der holländischen Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft Hollands hat am Sonntag im ganzen Lande durch Massenversammlungen gegen die Zwangsgeetze protestiert. Genauere Berichte über diese Versammlungen liegen uns bis jetzt noch nicht vor. Nach der Stimmung zu urteilen, die unter den Arbeitern herrscht, muß der Protest ein gewaltiger gewesen sein. Im übrigen wird an der Aufklärung des Volkes über die

reaktionäre Gefahr nicht nur im allgemeinen, sondern auch in Gewerkschafts-Veranstaltungen Tag für Tag gearbeitet, und ebenso durch Wasserbreitung des Manifestes des Abwehrkomitees. Die „Freisinnigen Demokraten“ sind unter den bürgerlichen Parteien diejenigen, die entschieden gegen die Zwangsgehalte auftraten. Sie hielten am Freitag zu Amsterdam eine Versammlung ab, in der Professor Treub sprach und die Entwürfe als Massengefährdung brandmarkte. „Ein Arbeiter“, so sagte er unter anderm, „der einen Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation entläßt, wird durch das Gesetz nicht getroffen, wohl aber der Arbeiter, der einem andern wegen Streikbruchs harte Worte sagt. Und mit dem Gefühl nach handelt der Arbeitgeber widerrechtlicher, der den Arbeiter aus Lohn und Brot schiebt.“ Der Ausnahmestartikel gegen die Eisenbahnarbeiter und die Arbeiter in öffentlichen Diensten ist in der Erwägung geschrieben: „Ja, die Regierung, habe für ungeführten Eisenbahnverkehr zu sorgen.“ Aber so wird dafür nicht gesorgt, sondern nur die Erbsitterung gefeiert. Die Regierung hätte den Direktoren die Pflicht auferlegen müssen, nach Rücksprache mit den Arbeitern einen Arbeitskontrakt festzusetzen, eine angemessene Lohnregelung durchzuführen und ein Schiedsgericht zu errichten.“

Es ist übrigens bezeichnend für die Direktoren der Eisenbahngesellschaften, ebenso wie für die Regierung, daß seit dem Streik nicht das geringste geschehen ist, um den allgemein als berechtigt anerkannten Klagen der Angestellten abzuhelfen. Das Versprechen, daß keine Maßregelungen stattfinden sollten, wurde nicht gehalten, die Agitation der Arbeiter beeinträchtigt und dabei eine oft recht aufdringliche Agitation für die sog. Ordnungsvereine von Vorgeleiteten entfaltet. Die Regierung aber, statt die Direktoren an ihre Pflichten gegen die Angestellten zu erinnern, nimmt eine immer mehr drohende Haltung gegenüber den Arbeitern ein und wendet ihre ganze Kraft auf militärische Maßnahmen, als gälte es einen blutigen Krieg zu führen. Wie die nachstehenden Mitteilungen unseres Amsterdamer Korrespondenten zeigen, wird auch jetzt noch in gleicher Weise fortgeföhrt.

Seit Mittwoch steht zu Bergen ein Zug von 11 Wagen und 1 Munitionswagen bereit, der 500 Mann Truppen sofort transportieren kann. Wahrscheinlich sind diese bestimmt zur eventuellen Besetzung der Eisenbahnlinie Rosendowd-Dordrecht.

Die niederländischen Eisenbahn-Gesellschaften sollen in Belgien Automobilen gemietet haben, um im Falle eines Streiks den Postdienst sichern zu können.

Die in Neuhavre vor kurzem aus Ost-Indien zurückgekehrten Kriegsschiffe „Piet Hein“ und „Koningin Wilhelmina der Nederlanden“ werden bereit gehalten, um, falls die „Umstände“ solches erheischen, sich sofort dahin zu begeben, wo ihre Anwesenheit für nötig erachtet wird.

So stellen sich Regierung und Eisenbahngesellschaften, bis an die Zähne bewaffnet, herausfordernd dem Proletariat gegenüber, um jeden gesetzlichen Widerstand desselben gegen die Anhebung seines Koalitionsrechts mit Waffengewalt zu unterdrücken — im Namen von Christus.“ So lautet nämlich die Unterschrift einer in diesen Tagen voll Leidenschaft und Bedrohung doppelt tiefereidenden Zeichnung des Genossen Hahn in der illustrierten Sonntagsbeilage unseres Vorbeiblattes „Der Volk“.

Die schamlos unsere christlichen Arbeiter verführt und durch den vor zwei Jahren errungenen Wahlsieg der christlichen Koalition befehrt sind, zeigt er in den meisten Streikbrecher-Versammlungen als Vorkämpfer auftretende Diamantarbeiter Douwes. Während acht Jahren war dieser als Vorkämpfer der protestantischen Gewerkschaft der Diamantarbeiter ein treuer Kämpfer für seine Jagdgenossen und stand stets mit seinem Verein nicht nur vollkommen an der Seite der größten Klassenbewußten Gewerkschaft Hollands, des streitbaren und ausgezeichnet organisierten Diamantarbeiter-Verbandes, sondern war selbst ein feuriger Vorkämpfer im Kampfe mit den Arbeitgebern dieser Branche. Noch in dem letzten Streite, in den drei ersten Monaten von 1902, war er es vornehmlich, der seine Jagdgenossen anspornte, die verpflichtete Mitgliedschaft im Diamantarbeiter-Verein streng durchzuführen, da die Organisation sonst kraftlos würde und nicht länger wert sei auch nur einen Augenblick noch am Leben erhalten zu werden. Jetzt aber, wo es sich an erster Stelle um nichts anderes handelt, als um dieselbe Forderung, welche seiner Zeit auch von den Fabrikarbeitern gestellt war und welche den Eisenbahnstreik und die Zwangsgehalte nach sich zog, fällt dieser Renegat seinen Freunden und Kämpfern in den Rücken. In jenem Kampfe unterstützte die ganze anti-revolutionäre (protestantische) Presse einmütig die Forderung der verpflichteten Mitgliedschaft, in Uebereinstimmung mit Douwes. Jetzt aber, wo die Regierung ihre „christliche“ Maske abwirft und offen dem Kapitalismus den Hintern zeigt, unterstützen die Presse und Douwes sie und gehen mit ihr durch die Dämmerung. In Haarlem erklärte er seinem früheren Kämpfer, H. Polak, dem Vorkämpfer des Abg. Nied. Diamantarbeiter-Bundes gegenüber, als dieser ihn in seiner Streikbrecherarbeit bekämpfte, daß die Unterstützung dieser Geleise ein „Opfer“ wäre für die christlichen Arbeiter.

Das katholische „Centrum“ behauptete, daß die Interpellation Treub durch dessen Erkrankung für unbestimmte Zeit hinausgeschoben sei. Treub meldet jedoch in „Het Volk“, daß dieser Vorwand unwichtig ist. Dienstag wird über seine Interpellation verhandelt werden.

Am 18. März sind vor die 5. Kammer des Amsterdamer Gerichts geladen V. Vorzanger, Diamantarbeiter und J. A. V. van Nubben, Sekretär, unter der Beschuldigung, am 10. Februar ein Pamphlet unter dem Titel zu Amsterdam verbreitet zu haben, worin Dienstverweigerung anempfohlen werde. Ungefähr 25 Soldaten der See- und Landmacht sind als Zeugen geladen.

Am Donnerstag weigerten sich die Matrosen vom Kriegsschiff „Sommerdool“ wiederholt, die Jade auszugeben, weil sie sich nicht ohne Grund der Unbill des kalten Wetters preisgeben wollten. Der Bootsmann, der diesen Befehl erteilt, rief den wachhabenden Offizier zu Hilfe, der jedem Matrosen persönlich den Befehl erteilen ließ, worauf dieselben gezwungen gehorchten bis auf sechs Mann. Diese wurden sofort in Arrest gebracht. Schnell wurde die ganze Besatzung auf Deck gerufen und der Kommandant hielt eine Rede, nach deren Beendigung die Mannschaft unter dem Singen des Sozialistenmarches auseinanderging. Sofort wurden sie jedoch wiederum zusammengerufen und fünf Mann erhielten 14 Tage scharfen Arrest, vier wurden für ein Jahr degradiert, wonach die Ruhe wiedergekehrt war.

Mehrere Abteilungen des Matrosenbundes erklärten sich mit der Arbeitererschaft solidarisch.

## Deutsches Reich.

### Die Krankenversicherungs-Novelle in der Kommission.

In der Montagssitzung wurde zunächst ohne Widerspruch der Vorlage der Regierung zu § 6 Abs. 2, die obligatorische Krankenversicherung von 13 auf 26 Wochen auszu dehnen, angenommen. Eine längere Debatte entpam sich bei § 6 Abs. 1. Das jetzige Gesetz ermächtigt an dieser Stelle die Gemeinden (beziehentlich die Klassen) zu beschließen, Versicherten, welche sich eine Krankheit durch schuldhaftige Beteiligung an Schlägereien oder Kaufhandeln, durch Trunksüchtigkeit oder durch geschäftliche Auswärtsweigungen zugezogen haben, das Krankengeld gar nicht oder nur teilweise zu gewähren. Die Vorlage will die geschäftlichen Auswärtsweigungen, ein Antrag Rösche (fri. Vg.) auch die Trunksüchtigkeit aus dem § 6 streichen. Rösche, Mollenhuth, Hofmann (natl.) und Stadthagen traten lebhaft für diese Streichung ein. Auf Antrag der Sozialdemokraten fiel bei dem Invalidenversicherungs-Gesetz und bei der Seemanns-Ordnung die entsprechende Ausnahmevorschrift. Gegen die in der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vorgeschlagene Beseitigung dieser ausnahmsrechtlichen Vorschriften hatten sich nur noch die Centrumskräfte erklärt; in der Kommission stimmte auch von diesen der Abgeordnete Fischer für die Regierungsvorlage. Schließlich erging es dem Versuch, die Beseitigung der exceptionellen Be-

handlung der durch Trunksüchtigkeit hervorgerufenen Krankheiten in der Novelle durchzusetzen. Für den dahin gerichteten Antrag wurde ausgedrückt: Eine genaue Umschreibung des Begriffs der Trunksüchtigkeit sowie der Beweis des Zusammenhangs der Trunksüchtigkeit mit Erkrankungen ist kaum möglich. Eine allzu große Rolle spielen die durch Trunksüchtigkeit hervorgerufenen Krankheiten nicht, die Belastung der Klassen würde also gering sein. Die soziale Lage der Familie, der das Krankengeld entzogen werden könnte, sei besonders zu berücksichtigen. Dem Zweck der Versicherung, die Krankheit zu heilen, wirkt die Ausnahmevorschrift entgegen. In im letzten Grunde ungenügende Ernährung Ursache der Trunksüchtigkeit, so können auch erhöhte Belastungen auf Gewöhnung zum Trank durch vorgegangene Krankheiten in ähnlicher Weise wie bei Morphinkranken vor. Derselbe konnte die Ausnahmen des § 6 überhaupt nicht. Der Regierungsentwurf von 1883 enthielt sie, soweit es sich um Gemeindefürsorge handelt, gleichfalls nicht. Auch Petitionen aus ärztlichen Kreisen bewegen sich im Sinne des Röscheschen Antrags. Geheimer Regierungsrat Casper sprach gegen die Streichung der Trunksüchtigkeit. Die Frage sei noch nicht spruchreif, auch ließen sich die finanziellen Folgen nicht übersehen. Dr. Fischer (Centrum) sprach sich gegen die Streichung der Ausnahmen aus. Er bestritt die im Laufe der Debatte von Stadthagen aufgestellte Behauptung, daß Bayern ein besonderes Interesse an der Beseitigung der Ausnahmebestimmungen habe. Wenn hervorgehoben sei, Bayern wolle die Spitze aller europäischen Staaten mit Ausnahme Mexicos an der Spitze aller europäischen Staaten mit Ausnahme Mexicos, soweit es sich um ansehnliche Geburten und um Trunksüchtigkeit handle, so habe er hervor, daß die Zahl der außerordentlichen Geburten zeige, daß Bayern weniger unnatürliche Erzeugnisse kenne. Bei der Trunksüchtigkeit sei zu bedenken, daß München allerdings ein hohes Trinquantum pro Kopf aufweise, dort helfe aber Norddeutschland mit. Stadthagen stellte dem gegenüber fest, daß die unnatürlichen Vorkommnisse auf sexuellem Gebiete in Bayern durchaus nicht geringer wie anderwärts seien. Was das Trinken anlangt, so läme es nicht darauf an, wie viel getrunken, sondern wie viel ohne Schädigung vertragen werde. Und da zeige die Statistik über die Körperverletzungen, die im Kauf, bei Kirchweihen und dergleichen vorkommen, daß Bayern da an der Spitze marschiere. Die Zahl der ansehnlichen Geburten in Bayern falle im wesentlichen darauf zurück, daß Bayern teilweise noch die Erbsicherung der Berechtigung durch ein Geldlohn verknüpfte Zustimmung der Gemeinde kenne. Auf dem Lande seien auch wesentlich wirtschaftliche Gründe maßgebend, besonders da, wo das Ackerrecht Gemeinheits geworden sei und der Bauer die Pflanzung als eine Art Erbschaft halte. Das gehe aus der Statistik, die Dr. Lindner im einzelnen aufgemacht habe, klar hervor. Die Schädigung des platten Landes durch die bestehenden Ausnahmen liege auf der Hand. Der bayrische Ministerialrat Dr. Herrmann erklärte: Vom Standpunkte der bayrischen Regierung könne er nur für eine Streichung beider Ausnahmen und für den Antrag Rösche eintreten. Daß diese Ausnahme ungenügend auf die Krankenlast des platten Landes insbesondere in Bayern wirkt, sei in Bayern unstrittig. So berechnete München der erhaltungsbedürftigen Landgemeinde für die Aufnahme eines Erkrankten ins Krankenhaus 3 Mark. 38 Pfennige hiervon werden auf Arzt und Arznei gerechnet. Beide Klammern in Bayern hätten an die Regierung das Gesuchen gerichtet, auf eine Beseitigung der Ausnahmen im Sinne des Antrages Rösche zu wirken. Die bayrische Regierung habe auch einen dahin gerichteten Antrag im Bundesrat gestellt, leider aber keine Gegenliebe gefunden, soweit es sich um die Trunksüchtigkeit handle. Der Antrag Rösche wurde schließlich mit sechs Stimmen (Rösche, Albrecht, Mollenhuth, Stadthagen, Hofmann, Gasse) gegen sechs Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende enthielt sich der Abstimmung.

Zu § 6a Nr. 3 wollte ein Antrag Rösche die Unterstützungs-pflicht für den Fall einer zweiten Unterstüftung auf die Gesamtdauer von 26 (statt 13) Wochen ausgedehnt wissen. Der Antrag fiel gegen seine Stimme und die der Sozialdemokraten.

Zu § 6a Nr. 4 beantragte der Abg. Gamp (fl.) das Gesetz dahin zu verschärfen, daß die Karenzzeit durch Statut nur für die Fälle solle beseitigt werden können, in denen die Krankheit länger als eine Woche dauert. Der Antrag wurde mit allen Stimmen — Gamp fehlte — abgelehnt.

§ 7 fährt in seinem zweiten Absatz vor, daß die Hälfte des im § 6 als Krankengeld festgesetzten Betrages für die Angehörigen zu zahlen ist, falls der in einem Krankenhause Untergebrachte Angehörige hat, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat. Die Sozialdemokraten verlangten „die Hälfte“ auf „drei Viertel“ zu erhöhen und für andre in einem Krankenhause Untergebrachte ein Krankengeld in Höhe von einem Viertel festzusetzen. Dieser Antrag enthielt auch Petitionen u. a. süddeutscher katholischer Krankenkassen. Der Abg. v. Savigny (c.) wies sich nicht für diesen Antrag aus, aber wollte wenigstens statt  $\frac{1}{2}$   $\frac{2}{3}$  des Krankengeldes festgesetzt wissen. Nachdem die Regierung auf den Kostenpunkt hingewiesen hatte, wurden beide Anträge, der erste gegen 4 Stimmen (3 Sozialdemokraten und Abg. Rösche), der zweite gegen dieselben Stimmen und die des Antragstellers abgelehnt.

§ 8 will den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Arbeiter nach Anhörung von Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber durch die höheren Verwaltungsbehörden festgesetzt wissen. Der Abg. Rösche beantragte, daß den Vorständen der Orts-, Betriebs- und Zunft-Krankenkassen Gelegenheit zur Äußerung gegeben werde. Die Sozialdemokraten erklärten, richtiger wäre es, wenn die Arbeiterorganisationen selbst die für die Höhe der Invalidenrente, der Unfallrente, des Krankengeldes und der Friedensübungs-Entschädigungen so wichtige Festsetzung vornähmen. Der Antrag Rösche wurde (der Antragsteller hatte sich wegen eines Verzugsabstimmes aus der Sitzung entfernen müssen) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Zu demselben Paragraphen verlangten die Sozialdemokraten einen dahingehenden Zusatz, daß der Satz mindestens 1,50 M. betragen solle. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß es ja leider noch immer Tagelöhne von 20 Pf. und 30 Pf. für Frauen, 1, 1,10 bis 1,40 M. für erwachsene Männer gebe. Es würde bei 1 M. Tagelohn also das Familien-Krankengeld 25 Pf. pro Tag betragen. Einige Konservative behaupten ja, der Landarbeiter verdiene weit mehr als amtlich durch den ortsüblichen Tagelohn festgesetzt werde. Dem wurde entgegnet: Die amtlich festgestellten Tagelöhne (70 Pf., 80 Pf., 1 M., 1 M. 10 Pf. usw. pro Tag) entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen. Man könne auch zwecks Ermessung der Renten, des Krankengeldes usw. nicht einen andern als den tatsächlichen Arbeitsverdienst zu Grunde legen. Dadurch wurde festgestellt, daß die im Plenum wiederholt aufgestellte Behauptung unwarhaft ist, daß die ländlichen Arbeiter mehr verdienen, als die Tabellen über den ortsüblichen Tagelohn aufweisen. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde gegen deren Stimmen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Für die Neubewaffung der Artillerie trat im konservativen Verein in Groß-Lichterfelde der General v. Loebell mit großer Lebhaftigkeit ein. Er sagte:

Wir dürfen nicht in Rückstand kommen gegenüber den andern Völkern. Es hilft nichts, wir müssen nachfolgen, wenn die Franzosen vorangehen, z. B. in Bezug auf Rohrrücklauf und Schußschilde bei der Artillerie.

Rohrrücklauf und Schußschilde bedingen eine völlige Neubewaffung der Artillerie. Jetzt so kurz vor den Wahlen, leugnen natürlich die Militäroffiziere ihre Pläne. General Loebell glaubte dagegen im Kreise seiner Getreuen sein Blatt vor den Wind nehmen zu müssen.

Herr v. Loebell begeisterte sich übrigens nicht nur für Rohrrücklauf und Panzergeschilde, sondern auch für „unsern größten Schatz, die Wibel“. Kräftig zog er vom Leder gegen die „kleinen Geister“, die diesen Schatz antasten wollen. Verzieht sich diese herbe Kritik auch auf die, die den „Kimbus“ des „ausgewählten“ Volkes“ antasten? —

Der neue Bismarck. Wenn noch jemand gezweifelt haben sollte, daß der jetzige Kanzler ein neu ausgelegter Bismarck ist, so ist dieser Zweifel endgültig gehoben. Hatte der erste Kanzler seine Bismarckheringe, so verstanden jetzt den Ruhm des vierten Kanzlers die Bülowheringe, die — ein Zeichen der Befcheidenheit — erheblich kleiner sind als ihre Vorgänger.

Im Annoncenteil verschiedener Berliner Wätter liest man dieses Interat eines hiesigen großen Warenhauses:

Bisant! Bülow-Heringe Dose 48 Pf.  
Mit Genehmigung Sr. Exzellenz des Herrn Reichskanzlers.

Daran erkennt man den klugen Diplomaten! Indem Graf Bülow für seine Heringe Bekanthe macht, sorgt er gleich für seinen eignen Nachruhm. Der Hering ist das deutsche Nationalgericht. Wenn das Kosakowohy-Brot rar wird — von den Koboldschil-Schweinen gar nicht zu reden — wenn man das Thielmann-Bier aus Hingerbäten trinken wird: der Bülow-Hering wird uns bleiben. Der Ruhm des Ministers für sozialen Aufschwung wird erst mit dem letzten Heringsschwanz untergehen! „Monumentum exegi aere perennius“ (Ein Denkmal habe ich mir errichtet, dauernder als Erz) mochte der vierte Kanzler im Geiste citieren, als er durch einen Federzug den pikanten und delikaten Bülow-Hering schuf. —

### Warum die Soldatenschildereien überhand nehmen!

Auf die heutige Anklage des Vebels gegen den Militarismus und speziell die barbarischen Soldatenschildereien erklärte der Kriegsminister, daß seiner Ansicht nach alle Soldatenschildereien die schärfste Bestrafung verdienen. Nachdem er damit „prinzipiell“ sein Gewissen gereinigt, hielt er es für überflüssig, auf die unglaublich milde Strafprozedur der Kriegsgerichte, die Vebel durch eine ganze Anzahl aufsehenerregender Einzelfälle illustriert hatte, auch nur mit einem Wort einzugehen! Wir möchten deshalb dem Herrn Kriegsminister hiermit die Frage vorlegen, was er zu nachstehendem Falle einer — natürlich „unbeabsichtigten“, welcher Angeklagte würde sich auch jemals selbst bezichtigt haben! — barbarischen Soldatenmishandlung, speziell zu dem Urtheil des Kriegsgerichts zu sagen hat:

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden unter dem 7. d. M.: Mithandlung eines Untergebenen beim Infanterie-Regiment Nr. 77 dienenden Sergeanten Friedrich Paul A. aus Groß-Wieschen vor das Kriegsgericht Leipzig. Am Nachmittag des 6. Febr. erteilte der Angeklagte den Rekruten aus dem Anserndorfer Infanterie-Regiment über die Beschaffenheit des Geschüzes. Als der Rekrut L. eine Frage nicht richtig beantwortet konnte, bekam er von dem Angeklagten einen Stoß mit dem Fuße gegen den Leib, daß er zusammenfiel und vor Schmerzen weinte. Beim Wegtreten nach dem Turnplatz bemerkte A., daß es L. unwohl war, er schickte ihn deshalb nach der Revierstube und dispensierte ihn vom Turnen. Da die Schmerzen nicht nachließen, mußte L. sich am andern Tage ins Lazarett begeben, wofür er zehn Tage verblieb, bis er wieder als völlig geheilt entlassen werden konnte. In der Gerichtsverhandlung erklärte der Angeklagte, daß es ihm fern gelegen habe, den L. zu mishandeln, oder ihm Schmerzen zu bereiten. Es sei kurz vor der Befähigung gewesen und er habe sich deshalb in Erregung befunden. Durch die Unwissenheit L. sei er nun noch erregter geworden. Lediglich um ihn aufzumuntern, habe er den L. nur mit dem Fuße berührt wollen. L. habe aber gerade in gebührender Stellung gestanden und so habe er ihn, ohne es zu beabsichtigen, gestoßen. Auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme erachtete das Kriegsgericht den Angeklagten der ihm beigegebenen Mithandlung für überführt und verurteilte ihn unter Verächthigung seiner bisherigen tadellosen Führung nur zu acht Tagen gelindem Arrest. !!! —

Vom Kriegsgericht unschuldig verurteilt. Aus Thorn wird uns telegraphisch gemeldet: Erhebliches Aufsehen erregt der Freispruch eines Kriegsgerichts unschuldig Verurteilten. Im Wiederanfrage-Verfahren verhandelte das Kriegsgericht gegen den Hilfsgerichtsboden, früheren Trompeter-Sergeanten Oswald Zahn, welcher 1898 vom hiesigen Gouvernements-Kriegsgericht wegen verleumderischer Beleidigung der Ghefrau des Reichswehrbis Jaha aus Wosen neben Degradation zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden und diese Strafe auch verbüßt hat. Die wegen Besorgnis der Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit völliger Freisprechung. Zahn hat durch das infolge unrechtmäßiger Verurteilung eingetretene Ausbleiben vom Militär nach 11 1/2 Jahren Dienstzeit auch den Verlust des Anrechts auf Civilversorgungsgeld und der Tausendmark-Dienstprämie zu beklagen. —

### Wahlvorbereitungen.

Freisinnige Kandidaturen in Ostpreußen. Die freisinnige Volkspartei in Ostpreußen hat am Sonntag ihre Kandidaten aufgestellt. Zu erwähnen ist, daß für Stallupönen der aus dem Tralechner Prozeß bekannte Lehrer Ridel kandidiert.

Der Superintendent Krupp, Herr Klingemann, kandidiert an Stelle seines verstorbenen Patrons in Essen als Mann der „Ordnungspartei“ gegen das Centrum, das seinen Nennungsarbeiter Stöbel das letzte Mal durchgebracht hat.

Das Kartell der Ordnungsparteien. In Vornburg verzichten die Konservativen auf einen eignen Kandidaten; sie treten für den nationalliberalen Geheimen Kommerzienrat Wessel ein.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Demonstrationen in Budapest.

Eine von der Unabhängigkeitspartei zum Protest gegen die Wehrvorlage einberufene Volksversammlung konnte vor dem Parlamentsgebäude nicht abgehalten werden, da 15000 Sozialisten dort Anstellung genommen hatten und nicht einmal die Bildung eines Präsidiums zuließen. Die Teilnehmer der schwach besuchten Versammlung zogen in eine Nebengasse, wo mehrere Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei Reden hielten, und begannen sodann einen Umzug durch die Straßen, wobei man zahlreiche Fenstererschossen einschlug. Es kam infolgedessen zu Zusammenstößen mit der Polizei, welche mehrere Personen festnahm. Die Sozialisten, welche den Umzug befehrt gehalten hatten, gingen schließlich in Ordnung auseinander. Die Unabhängigkeitspartei hat ein völliges Nislo erlitten, da die Bürgererschaft sich von der Versammlung vollkommen fernhielt. Die Sozialisten verhinderten die Versammlung, weil sie entschieden gegen die Wehrvorlage sind, während die Unabhängigkeitspartei gegen nationale Entschädigungen bereit wäre, die Vorlage anzunehmen. —

### Frankreich.

#### Das Budget.

Wurde in der Kammer Sitzung vom 5. März, die über acht Stunden gedauert, endlich unter Dach und Fach gebracht. Das Gesamtbudget, so wie es die Regierung am 11. Oktober 1902 einbrachte, enthielt Forderungen in der Höhe von 3 Milliarden 563 Millionen Franc. Von der Kammer bewilligt sind insgesamt 3 Milliarden 546 Millionen Franc, also um nur 17 Millionen weniger. Vor der Abstimmung über das Gesamtbudget erfolgen die üblichen Motivierungen einzelner Deputierter. Eine Anzahl derselben erklärt gegen das Budget zu stimmen, weil sie Hochaligen seien. Ein

andrer vertreibt es, weil er Nationalist ist. Chapuis erklärt sich zu enthalten, da die Prämienbrenner in ihren Privilegien getroffen seien. Dufour, Socialist, stimmt gegen das Budget der kapitalistischen Klasse. Der socialistische Deputierte Briand (Zweites) gibt unter großer Aufmerksamkeit der Kammer eine Erklärung dahingehend ab: Mehrere meiner Freunde und ich haben uns entschlossen, nicht für das Budget zu stimmen, obgleich uns das selbe nicht in allen Teilen mißfällt. Aber wir bedauern, daß die Kosten für den Militarismus, welche das Land bedrücken und dem wirtschaftlichen Ruin zuführen, in dem Budget von 1903 nicht herabgesetzt worden sind. Wir bedauern ferner, daß die Kammer, obgleich sie über eine Trennung von Staat und Kirche günstige Majorität verfügt, die Gelegenheit hat vorübergehen lassen, um diese Trennung herbeizuführen. Jedenfalls aber enthält das Budget einige glückliche Dispositionen, so die Aufbesserung der Lehrergehälter und der Pensionen der Bezugsleute. Wir begnügen uns deshalb, von der Stimme zu enthalten, um damit unser Bedauern über die Nichtannahme unserer dringendsten Wünsche, zugleich aber auch über die relative Befriedigung mit dem Budget zu manifestieren. Schließlich wurde das Budget mit 371 gegen 82 Stimmen angenommen.

## Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung vom Montag, den 9. März, 11 Uhr.  
Am Ministertische: Dr. Studt.  
Präsident v. Kröcher: Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das Wort dem Abg. Ernst.  
Abg. Ernst (fr. Bg.): Meine Entgegnung auf die Angriffe des Herrn v. Pappenheim am vorigen Sonnabend habe ich auf Wunsch des Herrn Präsidenten diesem schriftlich vorgelegt und er hat meine Erklärung mit Ausnahme eines Satzes gebilligt. — Herr v. Pappenheim hat mir tendenziöse Abänderung des Stenogramms meiner Rede vorgeworfen und hinzugefügt, wenn ich es gewagt hätte die betreffenden Ausführungen in Bezug auf die Herren der Rechten im Hause selbst zu machen, so hätte er mich einer tatsächlichen Unwahrheit beschuldigt, weil seine Freunde für die Rego-Regulierung gestimmt hätten. Es ist eine irtümliche Auffassung des Herrn v. Pappenheim, wenn er meint, ich hätte durch die Korrektur meiner Rede die Tendenz hineinlegen wollen, daß ich die Herren beschuldigte, gegen die Rego-Regulierung gestimmt zu haben. Ich habe lediglich die Ansicht vertreten, daß die Kanalgegner durch ihre Ablehnung des Mittelkanal-Ansatzes die Ausführung der gesamten Rego-Regulierung verhin dert und dadurch an dem landwirtschaftlichen Wohlstand dort mißglücklich sind. An der betreffenden Stelle stand im stenographischen Bericht: „nach rechts“, und um diese Tendenz deutlicher hervortreten zu lassen, also aus einem rein formalen Grunde habe ich die Änderung des Stenogramms vorgenommen. (Lachen rechts.) Eine tendenziöse Wendung lag mir vollständig fern.

Hierauf wird die zweite Beratung des Kultus-Etats beim Titel Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. Koyfch (fr. Bg.):

Das große Ressort des Kultusministers macht eine Trennung notwendig. Das Unterrichts-Ministerium in einem Staate von fast 40 Millionen Einwohnern nimmt die Kräfte eines eignen Ministers voll aus. Ich frage deshalb den Minister, wie weit die Vorarbeiten zur Bildung eines besonderen Ministeriums für Medizinalangelegenheiten oder seine Angliederung an das Ministerium des Innern gediehen sind. Redner fordert weiter geistliche Regelung der Schulpflicht. In vielen Gegenden Ostpreussens hört die Schulpflicht auf mit dem Tode, an dem das Kind das 14. Lebensjahr zugeht. Auch über den Anfang der Schulpflicht bestehen große Verschiedenheiten. In manchen Gegenden beginnt sie mit dem fünften, in andern mit dem sechsten, ja sogar erst mit der Vollendung des siebenten Lebensjahres. (Hört! hört! links.) Redner verlangt des weiteren bessere Besoldung der Lehrer und tritt für die Forderungen des zweiten preussischen Lehrertages in Wagdeburg ein. Das Mindestgehalt müßte allgemein 1850 M. betragen. (Bravo! links.)

Kultusminister Studt:

Die Verhandlungen über Abtrennung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium schweben noch. Eine Revision des Lehrerbesoldungs-Gesetzes ist bei der unangünstigen Finanzlage gegenwärtig am allerwenigsten angebracht. Die Einführung eines Mindestgehalts von 1350 M. würde 20 Millionen Mark Mehrkosten verursachen. Die Lehrergehälter sind in den letzten Jahren ständig gestiegen, wenn auch einzelne Härten vorhanden sind.

Abg. v. Heydebrand und der Lasa (L.):

Ich habe heute den Auftrag, im Namen meiner Freunde ein paar Worte zu den Debatten über die konfessionellen Gegensätze zu sagen. Es handelt sich vielfach um prinzipielle Gegensätze, die nie versöhnt werden können. Es ist ein eigentümliches Bild, wenn man vom Centrum ständig Klagen über Jurisdiktion hört, während von der andern Seite der Regierung vorgeworfen wird, daß sie juristisch weiche vor den Katholiken. Wo liegt da die Wahrheit? Man muß eins anerkennen: Wenn nach Beendigung des Kulturkampfes die Regierung bemüht war christlichen Frieden mit der katholischen Bevölkerung zu machen, so kann man die Gesetze, die sich als Konsequenz dieses Standpunktes ergeben, nicht als erneutes Zurückweichen vor dem Centrum bezeichnen. Wenn man aber andererseits sieht, welche gewaltige Stellung das Centrum im Reichstage gewonnen hat und wie entgegenkommend, ja nachgiebig sich die Regierung den Ansprüchen dieser Partei gegenüber zeigt (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen), und wenn man bedenkt, daß das Centrum keine rein politische Partei ist, sondern die katholischen Interessen als solche bewahrt und entschieden vertritt, so kann man es dem evangelischen Teil des Volkes nicht verübeln, wenn ihm manchmal das Gefühl der Bellemmung überkommt (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen), wohin das führen soll. Da kann ich sagen, daß meine politischen Freunde ausnahmslos, wenn und wo irgendwie eine Gefährdung der Interessen unsres evangelischen Glaubens, unsrer evangelischen Konfession in Frage stehen sollte — dann werden Sie uns Mann für Mann auf dem Plage finden. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.) Wir können nicht wünschen, daß die Katholiken besser behandelt werden (Bravo! bei den Nationalliberalen); aber daran haben wir natürlich auch kein Interesse, daß sie schlechter behandelt werden. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.) Von diesem Standpunkt aus bedauere ich die Erklärung, die der Herr Minister in Bezug auf die katholischen Krankenpfleger-Orden abgegeben hat. (Bravo! rechts und im Centrum.) Er meinte, die evangelischen Schwestern kämben unter dem bürgerlichen Gesetzbuch. Ich verstehe diese Wendung eigentlich nicht, denn auch die katholischen Schwestern stehen doch unter dem bürgerlichen Gesetzbuch. (Sehr wahr!)

Herr Dr. Porfch wird weiter darauf hin, daß heute der schärfste Kampf zwischen Glauben und Unglauben bestünde. Da stimme ich ihm vollständig zu. Das gilt aber nicht bloß für die oberen Zehntausend, sondern leider auch für die große Masse des Volkes. (Sehr wahr! rechts und im Centrum.) Es giebt eine Bewegung politischer Natur, die Socialdemokratie, die zwar den Unglauben begrifflich nicht fordert, ihn doch aber auf ihren Flügeln mit sich trägt. (Lebhaftes Zustimmung rechts und im Centrum.) Sie will unser Volk den christlichen Glauben nehmen. Dieser Gefahr gegenüber müssen wir alle unterschiedslos zusammenhalten. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir müssen fordern, daß soweit es irgend möglich ist, die Einrichtungen des Staates von dem christlichen Geiste durchdrungen sind. (Erneute lebhafter Beifall rechts.) Wer sich dazu bekennt, der wird uns auf seiner Seite sehen, ohne jede Ausnahme, Mann für Mann. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.)

Kultusminister Dr. Studt:

Die von mir abgegebene Erklärung in Bezug auf die Krankenpfleger-Orden beruht auf einem ausdrücklichen Beschluß der Staatsregierung. (Lachen im Centrum.) Die königliche Staatsregierung war sich der schweren Verantwortlichkeit voll bewußt. Die Regierung ist der Meinung, daß kein irgendwie wesentlicher Teil der jetzigen

Kirchengefährdung abgetragen werden dürfte. Eine Verringerung der Grenzen zwischen Staat und Kirche würde eine schwere Verunreinigung der evangelischen Bevölkerung zur Folge haben. Die königliche Staatsregierung glaubt gerade mit dem absehbenden Verfall des konfessionellen Friedens gefördert zu haben. (Widerpruch im Centrum.)

Abg. Dr. Wigerski (Pole) protestiert gegen die Konfiszierung politischer Bibeln. Redner beschränkt sich darüber, daß der Minister während der Rede des Abgeordneten Stachel am Sonnabend nicht im Sitzungssaal anwesend war.

Kultusminister Dr. Studt: Es ist doch ein starkes Stück, an mich die Zumutung zu stellen, daß ich fünf Stunden ununterbrochen mich hier im Saale aufhalten soll. Der Minister sucht die weiteren Verfügungen des Vordruckers als unbegründet zurückzuweisen.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Auf die Trierer Angelegenheit will ich nicht eingehen. Nach einem Telegramm scheint ja die Angelegenheit zu Gunsten des Staates erledigt zu sein. Da uns aber der Wortlaut des Erlasses noch nicht vorliegt und wir auch nicht wissen, ob dieser Leistung der Kirche doch nicht Gegenleistungen gegenüberstehen, so ist es besser, mit der Behandlung unsrer Verfriedigung noch etwas zu warten. (Sehr gut! links.)

Herr Dr. Porfch hat am Sonnabend auf meine Rede vom vorigen Montag Bezug genommen. Ich war am Sonnabend verhindert, hier zu erscheinen, glaube aber nicht, daß mich die Herren vom Centrum des trivialen Schwanzens beschuldigen werden. Ich war nämlich zu der Zeit, als ich hier angegriffen wurde, in der Kirche (Große Heiterkeit), bei der Hochzeit eines Freundes. (Erneute Heiterkeit.) Hoffentlich erteilen Sie (zum Centrum) mir Absolution. (Stürmische Heiterkeit.) Wir sind der Meinung, daß bei der Stellenbesetzung lediglich die Kenntnisse und Fähigkeiten in Frage kommen sollen. (Sehr richtig! links.) Wenn man dieses Prinzip acceptiert, so kann man natürlich nicht jenes Prinzip acceptieren, welches vom Centrum als das gerechte empfohlen wird. Herr Porfch verlangt zwar keine mechanische, so doch aber eine annähernde gerechte Verhältnismäßigkeit der Katholiken. Er will also vielleicht von 33 1/2 auf 32 1/2 oder sogar auf 32 Proz. herabgehen. (Heiterkeit links. Lachen im Centrum.) Wir beklagen es auf das tiefste, daß die Regierung dem vom Abgeordneten Porfch geforderten Prinzip bereits so viel Konzessionen gemacht hat. (Sehr wahr! links.) Nun hat mich Herr Dr. Porfch aufgefordert, ich sollte für diese Behauptung Beweise bringen. Ich erinnere nur an den Fall Spahn, der sich bei der Besetzung einer Professur der Geschichte auf der Universität Straßburg ereignet hat. Gegen eine solche Bevorzugung auf Grund des religiösen Bekenntnisses hat sich damals sehr scharf Theodor Mommsen ausgesprochen. (Lachen und Jurahe im Centrum.) Anstatt immer von dem Kampfe gegen den Unglauben und die bösen Socialdemokraten zu reden, sollte man lieber einmal untersuchen, wie es gekommen ist, daß die Arbeiterbevölkerung gegenüber der Kirche so indifferent geworden ist. Die richtige Antwort darauf ist, daß die evangelische Kirche bisweilen den Boden der Freiheit verlassen hat, so daß sie kaum einen Unterschied mit der katholischen Kirche erkennen ließ. (Lebhaftes Zustimmung links, große Lurche rechts.) Den Kampf gegen den Unglauben kennen wir zur genüge. Die Socialdemokraten wären aber noch nicht einmal so schüchtern. Ihr (nach rechts) Kampf richtet sich hauptsächlich gegen die liberalen Professoren auf den Universitäten. Darum ist der Kampf gegen den Unglauben, den Sie predigen, in Wirklichkeit ein Kampf gegen die freie Forschung, und hier ist der Punkt, wo Sie die gesamte Linke gegen sich haben werden. (Stürmischer Beifall links.)

Kultusminister Dr. Studt:

Nach einem Bericht des Regierungspräsidenten in Trier hat die gestern in den Pfarrkirchen von Trier erfolgte Klauselverkündung folgenden Wortlaut:

„Gemäß den Erklärungen der Minister im Abgeordnetenhaus und nach weiteren Mitteilungen hat die Regierung die Absicht, den Wünschen der Katholiken in der Schulfrage gerecht zu werden. Deshalb hat der Bischof in Uebereinstimmung mit dem heiligen Vater angeordnet, daß unsre Kanzel-Publikation wegen veränderter Umstände als nicht geschehen zu betrachten sei.“ (Hört! hört!)

Die von der Regierung in dieser Angelegenheit ergangenen Mitteilungen gehen sämtlich über den Rahmen der in diesem hohen Hause vom Ministerpräsidenten und von mir abgegebenen Erklärungen nicht hinaus. Die Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß nunmehr die Erhaltung eines friedlichen Verhältnisses in Trier ermöglicht ist.

Abg. Dr. Porfch (L.):

Wir wiederholen, daß wir die Trierer Vorgänge von Anfang an als rein lokale betrachtet haben. Wir hoffen, daß der konfessionelle Friede in Trier und im ganzen Vaterlande nicht mehr gestört werden wird. Eine mechanische Parität verlange ich nicht, ich wende mich nur gegen eine mechanische Imparität. Herrn Spahns Verhaftung ist ausdrücklich in einem kaiserlichen Telegramm anerkannt worden. Herr Mommsen hat sich in der Affaire Spahn selbst unklar benommen, er hat dem Professor Hertling gegenüber erklärt, daß er kein Gegner der Vertretung der katholischen Weltanschauung auf den Universitäten sei. Gegenleistungen für die Zurücknahme der Trierer Kanzelanfündigung sind bisher nicht erfolgt. Dem Abg. v. Heydebrand sei es dankbar, daß er bei allen Gegensätzen doch die Gemeinsamkeit des christlichen Bodens betont habe. Ein Zeichen für den herrschenden Unglauben bei der gestrigen Versammlung des Goethe-Bundes. Das Herr Sudermann sagte, mag er für Religion halten, es ist aber nicht christliche Religion. Der Unglaube sucht die Grundlagen unsres Staates umzustürzen. Deshalb ist es unsre Pflicht, dafür zu sorgen, daß die breite Masse unsres Volkes auf dem Boden der christlichen Kirche steht. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Friedberg (nail.):

Die Erklärung des Kultusministers in Bezug auf den Trierer Fall ist hier ruhig aufgenommen worden. (Lachen bei den Nationalliberalen: Sehr ruhig!) ruhiger wie man es doch eigentlich nach einem so großen Erfolge erwartet hätte. Ich muß anerkennen, daß die Regierung einen Erfolg gehabt hat. Die etwas stillschweigende Aufnahme ist wohl darauf juristisch zu führen, daß die Erklärung des Bischofs in Rom in eine etwas eigentümliche Form gefaßt ist. Die Kanzelverkündung spricht davon, daß die Regierung sich bereit erklärt habe, die Verfügungen abzustellen. Herr Heydebrand beschränkt die Aufhebung der Beschränkungen für die Krankenpfleger-Orden und sofort hat er die erregten Centramsgenüßter wieder besänftigt. Interessant ist mir, daß Herr v. Heydebrand vor zwei Jahren genau dieselbe Stellung zu den Orden einnahm wie heute der Herr Minister. (Hört! hört! bei den Natl.) Es ist auch wieder vom Kampf gegen den Unglauben die Rede gewesen. Er ist ein altes Axiom, mit dem man sich ausbilst, wenn man über gewisse Schwierigkeiten hinwegkommen will. (Sehr richtig! links.) Es hat zu allen Zeiten in allen Klassen Leute gegeben, die mit der Kirche nichts zu thun haben wollen. (Sehr richtig! links.) Es hat sogar an großen Königen nicht gefehlt, die für die Religion keinen Sinn hatten. (Sehr wahr! links.) Der „liberale Professor“ ist ein Schreiegepenst, den man als Vorwand benutzt, wenn man der Universität überhaupt eins antreiben will. Das nehme ich von Herrn v. Heydebrand nicht an. (Widerpruch bei den Freis.) Der Staat als solcher ist kein konfessioneller Staat. (Lebhaftes Jurahe rechts: Grifflig!) Dann weiß ich überhaupt nicht, was Sie damit haben sagen wollen. Sie haben gesagt, der christliche Glaube muß auf allen Gebieten vorhanden sein. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Das ist doch eine bloße Theorie, die Sie selbst nicht einmal praktisch durchzuführen. (Lebhafter Widerpruch rechts.) Nun, wenn es irgend etwas Unchristliches giebt, dann ist es das Duell. (Lurche rechts, Lebhaftes Sehr wahr! links.) Auch die Klaffen haben ein Recht darauf, im Staate gebildet zu werden. (Lurche rechts und im Centrum.) Was den Fall Spahn anlangt, so war nicht die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche bei der Berufung maßgebend. Das Anstößige der Berufung lag darin, daß Herr Spahn berufen wurde unter Hintansetzung einer qualifizierteren Person. (Lebhafter Widerspruch bei den Freisinnigen.) Der § 2 des Jesuitengesetzes ist ein Trugschluß für Sie; soll ich Ihnen

alle diese kleinen Gefälligkeiten wirklich vorführen? (Lebhaftes Aufsehn im Centrum: Ja!)

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Wir verlangen, daß der Staat bei dem Kampfe zwischen Glauben und Unglauben hinter denen steht, welche dem Volke den Glauben erhalten wollen.

Abg. Dr. Wigerski (Pole) polemisiert gegen den Kultusminister, der auf seine Verfügungen nur mit allgemeinen Redensarten geantwortet habe.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Der dritte socialdemokratische Parteitag für die Provinz Posen beschloß am Sonntagabend, bei den Reichstagswahlen mit der polnisch-socialistischen Partei (P. P. S.) zusammen zu gehen. Es wurde ein Wahlkomitee für die Provinz gewählt, das aus sieben Mitgliedern besteht und dem auch einige Genossen von der P. P. S. angehören. Auf dem Parteitage sind neun Mitglieder der P. P. S. anwesend.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen das „Hamburger Echo“ ist nicht, wie wir irtümlich berichteten, von der Staatsanwaltschaft in Altona, sondern von der in Hamburg eingeleitet. Nur die Anregung dazu ging von Altona aus.

## Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 9. März.

Die heute den Geschworenen vorgelegten Schuldschriften lauten: 1. Ist der Angeklagte schuldig, die Handelsbücher der Leipziger Bank in der Absicht, die Gläubiger derselben zu benachteiligen, verheimlicht oder so geführt zu haben, daß sie keinen Ueberblick über den Vermögensstand gewöhren; 2. im Geschäftsbericht, sowie der Bilanz für 1900 und in der im März 1901 abgehaltenen General-Versammlung unwahre Angaben gemacht und dadurch den Vermögensstand der Gesellschaft verhehelt zu haben; 3. gegen die Firma S. Weichröder in Berlin Betrug; 4. im Falle der Verneinung auch dieser Frage Verschleierung begangen zu haben; 5. Sind alle diese Straftaten als eine Handlung anzusehen? 7. Sind mildernde Umstände vorhanden?

Staatsanwalt Dr. Weber weist in seinem Plaidoyer darauf hin, daß der in erster Instanz Mitangeklagte frühere Direktor Dr. Genssch auf die Revision verzichtet habe, höchstwahrscheinlich, weil er sich schuldig fühlte. Das Reichsgericht habe auf die von Exner eingelezte Revision die Sache aus formellen Gründen an die Vorinstanz zurückverwiesen; dadurch sei an der Rechtslage aber nichts verändert worden. Der Angeklagte habe sich des betrügerischen Bankrotts schuldig gemacht; wäre der wahre Stand der Leipziger Bank aus den Büchern, Bilanzen und Geschäftsberichten zu ersehen gewesen, so hätten die Gläubiger rechtzeitig auf die Lösung des Verhältnisses zur Trebergesellschaft gedrängt, die Verluste wären geringer und der Bankrott zu vermeiden gewesen. Der Staatsanwalt Dr. Weber bespricht dann das Verschulden Exners gegenüber den Firmen S. Weichröder und Robert Warshawsky u. Co., Berlin. Der Angeklagte habe sich auch diesen gegenüber durch unwahre Angaben über die Treber-Engagements des betrügerischen Bankrotts schuldig gemacht. Er beantrage den Angeklagten des betrügerischen Bankrotts wieder schuldig zu sprechen und ihm mit Rücksicht auf die Leichtfertigkeit, mit der er das ihm anvertraute Vermögen verwalte und mit Rücksicht auf die Größe des Unglücks, daß er angerichtet habe, die mildernden Umstände zu verfangen.

Staatsanwalt Dr. Kunz sucht den Nachweis zu führen, daß der Angeklagte sich durch die Bilanz, den Geschäftsbericht und das Exposé für das Jahr 1900 der Verschleierung schuldig gemacht habe. Der Artikel der „Frankfurter Zeitung“, daß das Obligo der Trebergesellschaft bei der Leipziger Bank bereits 25 Millionen Mark betrage, habe allgemeines Aufsehen erregt. Die Aktionäre hätten mit Bestimmtheit eine Aufklärung im Geschäftsbericht und in der Bilanz erwartet. Diese sei aber nicht erfolgt, obgleich das Obligo bereits 85 Millionen Mark betrug. Selbst einem für die General-Versammlung eigens vorbereiteten Exposé sei Klarheit nicht gegeben worden. Der Angeklagte sei auch des Betrages gegen die Firma S. Weichröder schuldig. Mildernde Umstände seien ihm, der freudlos leichtfertig und planmäßig gegen die Grundregeln einer treuen Bank gehandelt habe, zu verfangen.

Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordan ersucht die Geschworenen, sich durch das Urteil des vorigen Schwurgerichtes nicht beeinflussen zu lassen. Der Angeklagte werde die Gnade des Landesfürsten anrufen, wenn ihm gleichwohl wieder Justizhansstrafe erteilt werde. Der Verteidiger sucht alsdann nachzuweisen, daß betrügerischer Bankrott nicht vorliege. Die Bücher der Bank seien vollkommen korrekt, ja musterhaft geführt worden. Das sei von allen Sachverständigen anerkannt. Der Verteidiger hebt weiter hervor, daß die Geschäfte mit der Trebergesellschaft auf Grund der günstigen Bilanzen dieser Gesellschaft gemacht seien. Daß diese von Anfang an gefälscht seien, konnte man doch nicht annehmen. Zum mindesten verdiene der Angeklagte mildernde Umstände. „Erwägen Sie meine Herren Geschworenen“, so schließt der Verteidiger, „daß dieser Mann, der einst auf der Höhe des Glückes, zum Verräter, zum Gedächtnis und Verdächtigten herabgesunken ist, daß er vor der Gefahr steht, ins Justizhaus zu kommen. Ueber die Verschleierung wird der Mitverteidiger sprechen. Ich bitte Sie aber, die Frage wegen betrügerischen Bankrotts zu verneinen, mindestens mildernde Umstände zuzubilligen.“ Exner weint hierbei.

Darauf wird die Verhandlung auf morgen 9 Uhr vertagt.

Siemens-Schudert-Werke. Unter dieser Firma, die noch der Verfertigung des Firmenregisterrecht harzt, ist am Montag in zwei außerordentlichen Generalversammlungen der Siemens u. Halske Aktiengesellschaft in Berlin und der Electricitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schudert u. Co. in Rünberg die Vereinigung dieser beiden Gesellschaften vorgenommen worden. In der General-Versammlung der Electricitäts-Aktiengesellschaft Siemens u. Halske Berlin waren 41 837 000 M. Aktien vertreten, die zum übergroßen Teil im Besitz der Familie Siemens sind. Ohne jede Diskussion wurde die bedeutende Aktion vorgenommen. Nach dem Vertrage, der einstimmige Annahme fand, wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 90 000 000 Mark gegründet. Die neue Gesellschaft umfaßt alle Unternehmungen beider Firmen auf dem Gebiete der angewandten Electricität. Die Abteilung für Hoch- und Untergrundbahnen der Firma Siemens u. Halske verbleibt bei dieser.

Die Unternehmungen beider Firmen im Auslande bleiben von dem Vertrage bisher unberührt. Ueber die Gestaltung der Verhältnisse hierbei sollen spätere Vereinbarungen getroffen werden. Die Gesamt-Sachlage der Firma Siemens u. Halske soll 40 050 000 Mark und die von Schudert 39 950 000 Mark betragen. Sollte nach dem Ergebnis der Inventur eine dieser beiden Sachlagen den angegebenen Wert nicht erreichen, so ist die Differenz durch Barzahlung auszugleichen.

Auch die außerordentliche Generalversammlung der Electricitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. Schudert u. Co., die gestern in Rünberg unter Vorsitz des Varrats Nieppel stattfand, verlief ohne bemerkenswerten Zwischenfall. Zunächst wurde der Vertrag betreffend die Fusion mit der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske verlesen. Auf eine Bemerkung, daß die angelegte Gewinnverteilung für die Schudert-Gesellschaft wenig günstig sei, erwiderte Varrat Nieppel, daß Schudert augenblicklich ungünstig sei und keinen Gewinn erzielt habe. Auf eine Anfrage wegen der Verneinung erwidert Reichsrat Frhr. v. Cleemann, wahrscheinlich würden die Steuern in Preußen zu entrichten sein, in Bayern aber nicht. Aktionär Reymann erklärt, die Schnyvereinigungen von

Schudert - Aktionären seien einstimmig für den Ankauf von Siemens u. Halske. Darauf erfolgte die Annahme des Vertrages durch Juriß.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Lohnbewegung der Militärschneider.** Eine öffentliche Versammlung der Militärschneider, die am Sonntag in den Arminkallen stattfand, beschloß, daß die Lohnsätze den Unternehmern sofort zugesandt werden sollen. Den Tarifen ist ein Schreiben beigelegt worden, worin bis zum Sonnabend, den 16. März, Antwort verlangt wird. Erfolgt bis dahin keine Antwort, so soll das einer Ablehnung gleichgeachtet werden. Ritter, der das Referat hielt, führte aus, daß diese Lohnbewegung nur die Fortsetzung der im April 1902 verhängten sei. Die zwölfjährige Stabilität der Löhne in der Militärbranche bei fortgesetzter Steigerung der Preise für fast alle Lebensbedürfnisse rechtfertige hinlänglich die gestellten Forderungen. Einer der wichtigsten Punkte sei es, daß überhaupt einmal Einheitslöhne in den Lohnverhältnissen herbeigeführt werde; auch deswegen, um den anständigen Unternehmern die Schindlorturen von Halske zu schaffen. Werden die Forderungen abgelehnt und zeigen sich die Unternehmer nicht geneigt zu verhandeln, dann soll die Arbeit niedergelegt werden. In ganz Deutschland sind bereits Vorkahrungen getroffen worden, um einen Streik in Berlin einen günstigen Verlauf zu sichern. — Der oben mitgeteilte Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Am nächsten Sonntag wird wiederum in den Arminkallen eine Versammlung stattfinden, die über die weiteren Schritte beschließen soll.

**Im Klempnergewerbe** scheinen sich neue Differenzen zwischen Meistern und Gesellen vorzubereiten. Laut Vertrag nach dem vorjährigen Streik soll bis zum 1. April zwischen beiden Teilen gemeinschaftlich ein neuer Accorदारif ausgearbeitet werden, wozu beiderseits Kommissionen eingesetzt sind. Die Tarifkommission der Meister aber weigert sich jetzt merkwardigerweise, mit der Kommission der Gesellen zu verhandeln, sondern will nur den Gesellenausschuß als zuständige anerkennen. In einer Besprechung am vergangenen Sonntag erklärte jedoch der Gesellenausschuß den Meistern kund, daß sie in irgendwelche Verhandlungen über den Accorदारif nicht einlassen zu können, denn dazu sei von der Organisation vertragsgemäß die Tarifkommission gewählt. Die Meister ließen nun durchblicken, daß sie nicht über Lust hätten, ihre Scharte vom vergangenen Jahr wieder anzugehen. Ob sie nun wirklich eine so rein formale Angelegenheit zum Anlaß nehmen werden, einen abermaligen Streik heraufzubeschwören, bleibt indessen abzuwarten.

**Ein umfangreicher Streik der Landschaftsgärtner Berlins und der Vororte** steht — wie der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins (Sitz Berlin) der Presse mitteilt — nahe bevor. Die Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind resultatlos verlaufen. Die Hauptdifferenz besteht in der Forderung der Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 50 Pf. Die Arbeitgeberchaft erklärte angefangen der Schlußkonkurrenz, die von den städtischen und holländischen Gärtnern (Berlin, Charlottenburg und Tiergarten) infolge der niedrigen Löhne und Gehälter geübt wird, könne sie die geforderte Lohnhöhung nicht bewilligen. In der That werden nun in diesen kommunalen und staatlichen Verwaltungen angefangen der Feuerungsverhältnisse wahre Hungerlöhne bezahlt. Die Stundenlöhne der Gehilfen in der Berliner und Charlottenburger Parkverwaltung, sowie in der Verwaltung des Tiergartens und des königlichen botanischen Gartens in Dahlem bewegen sich zwischen 30 bis 35 Pf. Die Gehilfen, meist verheiratete, dieser Verwaltungen über nun außer ihrer Arbeitszeit eine ziemlich umfangreiche „Privatpraxis“. Außerdem bewirken aber diese niedrigen Löhne, daß die Gartenbesitzer unter Verursachung darauf auch dem gewerbetreibenden Landschaftsgärtner für Garteninstandhaltung und Kennanlagen höhere Stundenlöhne nicht bewilligen wollen. Schlechte Beispiele (der Kusterinstitute) verderben gute Sitten. Die Gehilfenchaft kann aber bei einem Stundenlohn von 40 Pf. nur eine elende Existenz führen. Die Landschaftsgärtnergehilfen sind meist Familienväter. Die Arbeitsdauer dieser Branche währt jährlich etwa 7 bis höchstens 8 Monate. Das Einkommen eines Landschaftsgärtnergehilfen schwankt zwischen 700 bis 900 M. jährlich. Das Wohnungselend ist dem auch hier ein sehr krasses, wo nicht die Frau durch harte Arbeit das „Röthige“ hinzugewinnt.

**Isolierer und Rohrsmähler.** Die Differenzen mit der Firma Reinhold u. Co. sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt. Die Sperrung ist aufgehoben.

### Deutsches Reich.

**Sämtliche Baulempner Stettins** sind — wie uns ein Privattelegramm meldet — am Montag in den Ausstand getreten. Die Klempnerarbeit ruht auf allen Bauten. Bis Mittag hatten drei Unternehmer mit 10 Arbeitern bewilligt. Zugang fernhalten.

**Aus Bremerhaven** berichtet Wolffs Bureau: Wie der „Norddeutsche Lloyd“ den hiesigen Zeitungen mitteilt, beabsichtigt er, wenn es in Bremerhaven zu größeren Streikbewegungen kommen sollte, welche die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden, einen Teil des Betriebes nach Nordenham und andern Hafenplätzen zu verlegen.

Hiernach scheint es fast, als ob die Direktion des Lloyd es zum Streik treiben will. So viel bekannt, beabsichtigen die Arbeiter nicht zu streiken, es müßte denn sein, daß die Direktion die Abmachungen aus Anlaß des verfloffenen Streiks nicht zu halten beabsichtigt.

**Zum Sammetweber-Streik in Oedt** (Kreis Kempen im Rheinland) wird uns geschrieben: Die Sammetfabrikanten am Niederrhein setzten im Januar d. J. die Arbeitslöhne um 20 Proz. herab mit der Begründung, daß ihnen der neue Zolltarif die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erschwere. Schon damals war unter den Sammetwebern Stimmung für einen Abwehrtreik vorhanden. Mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die Verschlechterung der Organisationen hielten es die besonnenen Arbeiter für ratsam, zur Zeit von einem Streik abzusehen. Dieser Umstand wurde von christlichen Gewerkschaftsführern zu einer Hege gegen den Deutschen Textilarbeiter-Verband benutzt, dem man von christlicher Seite nachsagte, er sei weder willens noch fähig, die Lohnherabsetzung abzuwehren, während die Christlichen sich als zum Streik bereit anstellten. Nun wurde am 1. Februar eine Konferenz der Sammetweber des Niederrheins einberufen, welche über die Frage entscheiden sollte, ob gestreikt werden solle oder nicht. Auch die Führer der beteiligten Organisationen: Deutscher Textilarbeiter-Verband, Niederrheinischer Weberverband und Christlicher Textilarbeiter-Verband nahmen an der Konferenz teil. Die Christlichen wichen jedoch einer klaren Stellungnahme aus und die Konferenz verlief deshalb ohne Ergebnis. Zwei Wochen später fand wieder eine Konferenz statt, an der die christlichen Führer nicht teilnahmen. Hier wurde beschlossen, von einem Streik abzusehen, bis die Konjunktur günstiger sei. Als die christlichen Führer, die, wie schon gesagt, vorher für den Streik Stimmung gemacht hatten, nun gefragt wurden, ob sie einen Streik durchführen könnten, erklärten sie, dazu seien sie nicht in der Lage, sie müßten erst einen Streikfonds ansammeln, zu dem jedes Mitglied ein Jahr lang wöchentlich 50 Pf. beizutragen hätte. Diese Erklärung rief große Entrüstung unter den Mitgliedern des Christlichen Verbandes hervor, und diese traten infolgedessen zahlreich zum Deutschen Textilarbeiter-Verband über. Besonders geschah dies in Rülheln und in Oedt, wo jetzt trotz der entgegenstehenden Beschlüsse der Streik ausgebrochen ist, was sich daraus erklärt, daß die Löhne in Oedt ganz besonders schlecht sind. Die Streikenden fordern geringe Lohnherabsetzungen auf einige Spezialartikel sowie Vergütung für Vorarbeiten. Verhandlungen der Verbandsvertreter mit der Firma hatten keinen Erfolg, deshalb legten am Sonnabend etwa 250 Weber die Arbeit nieder, gleichzeitig sperrte die Firma gegen 250 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus. Die betreffende Firma — J. Girnes u. Co. — gehört dem

Fabrikantenverbände an und hat dessen Hilfe nachgesucht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn nicht jetzt noch eine Einigung zu Stande kommt, eine Aussperrung aller Sammetweber am Niederrhein stattfindet, von der dann mehrere Tausend Arbeiter betroffen würden.

**Die Tapezierer-Hamburgs** stehen in Unterhandlung mit den Arbeitgebern wegen der Forderung eines Stundenlohnes von 55 Pf. oder 28,60 M. Wochenlohn bei einer Arbeitszeit von 52 Stunden. Für bessere Arbeiten werden höhere Löhne erwartet. Die Arbeitgeber bieten Wochenlöhne von 24,30—27 M. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

**Die Tapezierer-Gesellen in Wiesbaden** befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie fordern unter anderem 9 stündige Arbeitszeit und einen wöchentlichen Mindestlohn von 21 M. Zuschlag für Ueberstunden usw. Die Innung lehnt die Forderungen ab, die Gesellen haben beschloffen, die Kündigung einzuziehen, was bereits geschehen sein dürfte.

**Der Centralverband der Schmiede** giebt in seinem Jahresbericht für 1902 die durchschnittliche Mitgliederzahl im genannten Jahre auf 7244 an, gegen 6892 im Jahre 1901. Das ist eine Zunahme von 502. Die Schwankung der Mitgliederzahl war im Berichtsjahre besonders stark. Von je 1000 Eingetretene blieben nur 230 dem Verbands treu. Der Verband hat im Berichtsjahre 15 Streiks zu verzeichnen. Davon endeten acht zu Gunsten, drei zu Ungunsten der Arbeiter und drei wurden durch Vergleiche beigelegt. Die Gesamteinnahmen betragen 105 482,22 M. Ausgegeben wurden für Agitation 5628,22 M., für die Zeitung 10 325,65 M., für Reise-Unterstützung 4272,14 M., für Arbeitslosen-Unterstützung 21 452,64 M., für Streik- und Gemahregelten-Unterstützung 3480,91 M. usw. Gehälter, Verwaltungskosten zc. erforderten 21 616,32 M.

### Ausland.

**Der Schuhmacherstreik in Budapest** dauert fort! Obwohl bei vier Firmen ein Vergleich geschlossen wurde, streiken noch 1000 festbeschäftigte und 1200 Aushilfsarbeiter.

**Der Streik der Untertagearbeiter der Osmäher Schieferbruchs-Kriegsgesellschaft** ist nun auch auf den Gruben II und III zum Ausbruch gekommen. Es stehen gegenwärtig 90 Arbeiter im Streik, die fordern, daß kein Arbeiter bei Accordarbeit unter 2 Kronen 20 Heller, Häuer mit 2 Kronen 40 Heller per Schicht entlohnt werden.

**Prinzipale als Streikbrecher.** Die Wiener „Zeit“ läßt sich auf Rom melden: Infolge des anhaltenden Streiktreifs können die Parlamentsberichte nicht gedruckt werden. Da aber der Kammerpräsident Bianchi dem Druckerbesitzer Colombo die sofortige Aufnahme der Arbeit befahl, erschienen gestern alle Druckerbesitzer in der Kammerdruckerei und halfen als Arbeiter die wichtigsten Drucksorten erledigen. Der Anblick der Prinzipale, die als Seper und Drucker arbeiteten, war höchst originell.

## Sociales.

**Der Mißbrauch der Krankenversicherung zu politischen Zwecken** wird in der reaktionären Presse fortgesetzt. Jetzt nimmt die „Kreuz-Zeitung“ die Sache auf, um aufs neue gegen die Selbstverwaltung der Kassen scharf zu machen. Sie schreibt:

„Der Socialdemokrat wird hinsichtlich der Ausnutzung der Krankenassen namentlich zweierlei vorgeworfen, erstens, daß sie die im Vorhande befindlichen Arbeitgeber majorisieren, die Kasse und Lieferanten terrorisieren und auch auf die Versichereren in socialdemokratischem Sinne einwirken, zweitens, daß sie die Stellen in den Krankenassen mit zuverläßigen Parteimitgliedern besetzen und Lieferanten zu Werken zwingen, Beiträge für die Parteikassen zu liefern. Diese Vorwürfe sind von verschiedenen Seiten erhoben und begründet worden.“

Die „Kreuz-Zeitung“ nennt diese Behauptungen unbestreitbar und begründet, weil sie seit Jahren aufgestellt worden und angehängt unabweisbar geblieben seien. Daß die „Kreuz-Zeitung“ eine Behauptung unbestreitbar nennt, ist kein Wahrheitsbeweis, wie es auch kein Wahrheitsbeweis wäre, wenn handgreifliche Verleumdungen durch den Verleumbeten nicht widerprochen würde. Wenn wir jeder albernem Beschuldigung widersprechen sollten, die in bürgerlichen Blättern gegen uns erhoben wird, dann würden wir niemals damit fertig, wenn wir auch mit Kiesenkräften arbeiteten und nichts anderes täten. Man möge doch statt aller Nebenarien einen einzigen bestimmten Fall nehmen, der die Beschuldigungen rechtfertigt. Die preussische Regierung hat bekanntlich diese seit vielen Jahren bekannt gemachten Beispiele in ihres Herzens Einsicht für geoffenbarte Wahrheit genommen und gedachte mit der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz einen kräftigen Schlag gegen den „socialdemokratischen Terrorismus“ zu führen. Aber als sie daran ging, fand sie doch, daß die „bekannt gemachten Beispiele“ gar haltlose Seifenblasen seien und deshalb fragte sie im Juni 1900 bei den „Herren Landräten, Magistraten, Polizeidirektionen zc. an, wo denn die Beweise seien:

„Sodann sind in einer Kadeweisung diejenigen Orts-Krankenassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmglieder sich als Angehörige der socialdemokratischen Partei bemerklich gemacht haben; es ist hier unter kurzer Darlegung des Thatbestandes anzugeben, ob und in welcher Weise ein Mißbrauch der Verwaltung zu socialdemokratischen Zwecken in die Erscheinung getreten ist. Insbesondere sind etwaige Streitigkeiten mit den Ärzten, Apothekern, Krausenhäusern usw. sowie Scrantrauungen von Kassengebern, die mit solchem Mißbrauch zusammenhängen, anzuführen.“

In dieser amtlichen Umfrage ist also alles enthalten, was nach der „Kreuz-Zeitung“ den Socialdemokraten zum Vorwurf gemacht wird. Und das Ergebnis der Umfrage war trotz der Landräte und Polizeidirektionen so vollständig negativ, daß die preussische Regierung kein Wort davon in die Begründung der Novelle zu bringen vermochte. Die „seit Jahren bekannt gemachten Beispiele“ sind samt und sonders blanke Erfindungen schamloser Phantasien, für die der gesamte Apparat der preussischen Polizei nicht die Spur eines Beweises aufzutreiben vermochte.

## Gerichts-Zeitung.

Das von uns mitgeteilte Abenteuer der Frau Direktor A. mit dem Führer des Charlottenburger Droschkenschlittens Nr. 125 hat für diesen einen sehr bösen Abschlus erhalten. Die Frau Direktor A. hatte, wie schon berichtet worden ist, am 8. Februar vorigen Jahres einen von dem Droschkenführer Julius A. h. n. e. r. geführten Droschkenschlitten betreten, ist wegen des Jahrespreises schließlich mit dem Aufsitzer in Konflikt geraten und von diesem zu Boden geschlagen worden. Die 3. Strafkammer hatte am Freitag die Verhandlung gegen ihn abgebrochen, da der Angeklagte behauptete, daß er gar nicht der Täter sei und sich darauf berief, daß vielleicht in irgend einem der Vororte von Berlin ein Droschkenschlitten existieren würde, der gleichfalls die Nr. 125 auf rotem Felde trägt. Bei der gestern fortgesetzten Verhandlung wurde festgestellt, daß nur in Charlottenburg die Droschken ihre Droschken-Nummern in schwarzer Schrift auf rotem Felde tragen. Angesichts dieser Thatfache beugte sich Richter zu einem Geständnis, entsandigte sich aber damit, daß ihn die Frau Direktor gereizt und ihn auch angegriffen habe. Auf Grund des vor wenigen Tagen erschienenen Urteils der 3. Strafkammer hatte sich zum gestrigen Termin ein Zeuge freiwillig gemeldet, der bekundet, daß er Augenzeuge gewesen sei, wie bei einem Vorgange, wie er hier in Frage steht, die sehr empörte Jahrgattin nach dem Aufsitzer geschlagen habe. Es blieb unentschieden, ob es sich um denselben Vorfall handelte und ob nicht der Zeuge erst hinzugelassen ist, nachdem der Aufsitzer schon handgreiflich geworden war und dadurch die geschlagene Frau zur Abwehr veran-

laßt hat. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der nach dem ersten Termine in Haft genommen worden ist, wegen Tarifüberhebung 30 M. Geldstrafe, wegen der Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Der Staatsanwalt hob als erweiternd hervor, daß der Angeklagte früher schon einmal wegen einer unsauberen Droschkengeschichte verurteilt worden ist, daß sein Vorgehen gegen seinen weiblichen Fahrgast äußerst roh und auch gemeingefährlich gewesen sei, da sich bereits viele Neugierige angesammelt hätten, die gleich gewillt waren, gegen die Dame Partei zu ergreifen. — Der Gerichtshof erkannte auf denselben Ertragungen nach dem Antrage des Staatsanwalts. Der Haftentlassungsantrag, den Rechtsanwalt Müller für den Angeklagten stellte, wurde vom Gerichtshof abgelehnt.

## Verfammlungen.

**Eine Kiesenversammlung der Berliner Metallarbeiter** tagte am Sonntag in den Räumen des Cirkus Schumann. Es mochten ungefähr 7500 Personen anwesend sein, denn mit Ausnahme der Hofloge war jedes Plätzchen von der Manege bis zur Galerie besetzt. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: Stellungnahme zum Verbandstage. Hauptsächlich handelte es sich um die geplante Einführung einer Krankenunterstützung durch den Verband. Von der Ortsverwaltung war hierzu ein Referent und ein Korreferent bestellt worden. Wiesenthal als Referent erklärte sich für die Einführung der Krankenunterstützung, indem er sich im Allgemeinen auf den Boden der Vorlage des Hauptvorstandes stellte, die letzterer im Auftrage des Nürnberger Verbandstages ausgearbeitet hatte. Der Ausbau des Unterstüßungswesens, so führte er aus, sei eine zwingende Notwendigkeit für die ganzen Gewerkschaftsorganisationen, weil dadurch das Wachstum derselben gefördert und immer mehr verhindert werde, daß sich Arbeitswillige finden, die ihren Kollegen bei Lohnlämpfen in den Rücken fallen. Eine Versumpfung der Arbeiterbewegung sei dabei gänzlich ausgeschlossen, weil das Unterstüßungswesen nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck der Gewerkschaften sei. An dem Kampfcharakter der Organisation ändere sich mithin nichts. Es sei notwendig, daß den Massen erst greifbare Vorteile geboten werden, um sie in die Organisation hineinzuziehen, und erst wenn dies geschehen, könne man sich deren Ausbildung zu wirklichen Massenlämpfern anlegen sein lassen. Durch den Ausbau des Unterstüßungswesens werde eine Organisation aber auch bedeutend widerstandsfähiger, was die vielen Lohnlämpfe der Metallarbeiter ja tagtäglich beweisen. Was nun die Einführung der Krankenunterstützung anbelange, so würde sie sich vielleicht einer größeren Sympathie erfreuen, wenn nicht ein großer Teil der Kollegen Mitglieder der „Allgemeinen Metallarbeiter-Krankenkasse“ wären, die ihnen momentan etwas größere Vorteile bietet, als wie der Verband dies vorläufig noch kann. Da diese freie Hilfskasse einer Masse von Metallarbeitern den Eintritt einfach unmöglich macht, so sei der Verband vor die Frage gestellt, ob man diesen Massen nicht Gelegenheit geben solle, auch noch einen Krankengeld-Zusatz vom Verbandsverband zu beziehen. Das Solidaritätsgefühl verlange schon, auch für diese Kollegen etwas zu schaffen. Zu bedenken sei aber auch der agitatorische Wert einer vom Verbandsverband eingeführten Krankenunterstützung. Aus all diesen Gründen empfahl Redner folgende Resolution:

Die Versammlung beantragt bei dem Verbandstage: 1. Die Einführung eines Krankengeldes als Zusatz zur Zwangsversicherung obligatorisch im Verbandsverband einzuführen. 2. Die Mitglieder des Verbandes, welche sich gegen Krankheit in einer Hilfskasse bereits vor dem 1. Januar 1903 versichert haben, werden nicht gezwungen, den erhöhten Beitrag im Verbandsverband zu zahlen, sind also vom Krankengeld-Zusatz des Verbandes ausgeschlossen. 3. Der Antrag des Hauptvorstandes, vom letzten Erhebungstage acht Wochen Arbeitslosen-Unterstützung zu zahlen, ist abzulehnen.

Pawlowitsch als Korreferent wendet sich entschieden gegen die Einführung der Kranken-Unterstützung. Ehe man eine neue Unterstüßung einführt, möge man die alten besser ausbauen, andernfalls arte das Ganze in eine Unterstüßungsspielerei aus. Der Vorschlag des Hauptvorstandes komme ihm vor, als wenn jemand den Bau mehrerer Häuser in Angriff nimmt, aber nicht ein einziges fertig stellt. Für die Mitglieder der Metallarbeiter-Krankenkasse, soweit sie dem Verbandsverband angehören, bedeute der Vorschlag ohne Zweifel eine erhebliche Schädigung, weil sie dadurch ihre langjährig erworbenen Rechte an die Kasse verlieren. Redner weist nun im einzelnen nach, inwiefern die übrigen Unterstüßungszweige noch besser ausgestattet werden können, besonders die Arbeitslosen-Unterstützung. Ehe auf diesem Gebiete nicht das Erforderliche geschehen sei, liege keine Notwendigkeit zu Neuerungen vor, umsoweniger, als der Verband nicht zum Experimentieren da sei. Der Krankengeld-Zusatz würde sich überdies auch als völlig unzulänglich erweisen. Bei den vielen Hoffnungen in Unterstüßungswesen des Verbandes lasse sich hauptsächlich ein Schwächen des Kampfcharakters der Organisation befürchten. Er empfehle deshalb folgende Resolution:

Die Versammlung sieht in der Einführung der Krankenunterstützung keine die Bestrebungen des Verbandes fördernde Einrichtung. In Berücksichtigung, daß die zur Zeit bestehende Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung eine noch unperfektmangelhafte und des Ausbaues bedürftige Einrichtung ist, erwarten die Berliner Kollegen von ihren Delegierten auf das Bestimmteste — wenn der Verbandstage eine Erweiterung des Unterstüßungswesens beschließt — daß sie nur für Ausbau der Arbeitslosen-, Reise-, Streik- und Wahrgelungen-Unterstützung eintreten. Mit der für diese Zwecke erforderlichen Beitragserhöhung erklären sich die Berliner Kollegen einverstanden.

Zu der überaus lebhaften Debatte gingen die Meinungen ziemlich weit auseinander. Es wurden noch zwei weitere Resolutionen eingebracht, eine von Warnst., die sich im wesentlichen mit der Wiesenthal'schen deckte, und eine, welche die Abschaffung der Krankenunterstützung forderte. Bei der Abstimmung wurde die Resolution Wiesenthal abgelehnt, dagegen die Resolution Pawlowitsch mit großer Mehrheit angenommen. Eine Abstimmung über die anderen Resolutionen erübrigte sich.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende Cohen noch mit, daß am 17. März eine neue Generalversammlung stattfinden werde. Alle Anträge hierzu wie zum Verbandstage überhaupt mügen die Mitglieder bis zum 15. März bei der Ortsverwaltung einreichen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das englische Marinebudget.

London, 9. März. Der Marinevoranschlag sieht eine Summe von insgesamt 35 826 841 Pfund Sterling, d. i. eine Zunahme von 3 202 000 gegen das Vorjahr vor, hauptsächlich für Neubauten, Ausbesserungen und Unterhalt. Das aufgestellte Programm schließt den Aufbruch von 3 neuen Schlachtschiffen, 4 Kreuzern erster Klasse, 3 geschützten Kreuzern, 4 Aufklärungschiffen, 15 Torpedobootzerstörer und 10 Unterseebooten ein. Die Zahl der Offiziere ist auf 127 100 festgesetzt, was eine Zunahme von 4000 Mann bedeutet.

### Die Pest.

Bremen, 9. März. (W. T. V.) Nach einem dem Hause Welfers Gebrüder u. Co. hier aus Nagasaki zugegangenen Telegramm kamen dort in den beiden letzten Wochen je sechs Pest-Todesfälle vor.

### Nordproß Kohler.

Wilmshaven, 9. März. (W. T. V.) Das Ober-Kriegsgericht beschloß in der Berufungsinstanz den vom Kriegsgericht wegen Nordes zum Tode verurteilten Matrosen Kohler zur Beobachtung seines Geisteszustandes an eine Irrenanstalt zu überweisen. Die Verhandlung wurde darauf vertagt.

Keupel, 9. März. (W. T. V.) Der Befehl ist in Thätigkeit und wirkt Mähe und glühende Massen aus.

Reichstag.

278. Sitzung. Montag, den 9. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Gohler.

Die zweite Lesung des Militäretats wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Militärs“.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.):

Ich möchte über eine Frage sprechen, die allmählich sehr brennend wird, das ist die Neu-Uniformierung der deutschen Armee. Infolge des südafrikanischen Krieges ist eine große Bewegung durch alle Armeen Europas gegangen, um die Uniformierung dem modernen Geschäzweien anzupassen. Zahlreiche unserer Uniformen müssen im Ernstfall für ihre Träger geradezu verhängnisvoll werden. Das gilt besonders von den Kavallerie-Uniformen, die geradezu einen Hohn auf die kriegerische Ausrüstung darstellen. In der letzten Zeit ist nun sogar noch eine Verarmung dieses Hofes eingetreten. Manche dieser Aenderungen sind für den Laien unbegreiflich, ja direkt lächerlich. Selbst die „Post“ hat sich über die Neueinführung eines neuen Uniform-Innapses bitter beschwert. Ich habe einen Mann gesehen, der außer seinem Unteroffiziers-Abzeichen noch elf verschiedene Auszeichnungen an sich trug. Ich verkenne nicht, daß durch solche kleinen Mitteln auf das Selbstbewußtsein der Truppen eingewirkt werden soll, aber allmählich geht die Sache doch zu weit, und sie erinnert fast an die Zeiten von Jena und Auerstädt, wo wir auch so viel auf derartige Ausschweifungen gegeben haben. Eine Reformierung unserer Armee ist ein unabwiesliches Bedürfnis. Der französische General Négrer sagt mit Recht: „Die Sichtbarkeit zieht das Feuer an“. In Frankreich werden bereits die blinkenden Metallknöpfe durch Hornknöpfe ersetzt, und man denkt an die Einführung einer indifferenten Uniform ohne die Buntheit der jetzigen. Die Engländer sind auch durch die Erfahrungen in Südafrika ungemein und führen für alle ihre Kolonialtruppen neue Uniformen ein. Vordröhrend auf diesem Gebiete aber haben die praktischen Amerikaner getrickelt. Dänemark, die skandinavischen Staaten und Rußland haben große Fortschritte in dieser Beziehung gemacht. Dieser Zustand muß doch unsere deutschen Marineverwaltung zu denken geben. Eine indifferente Uniform mag für unsere Vorkämpfer weniger reizvoll sein als die heutige bunte (Heiterkeit), aber höher steht das Leben unserer Soldaten. Es sind ja bereits mehrfach Kommissionen zur Beratung der Uniformfrage niedergesetzt worden, besonders infolge der Erfahrungen in Ostasien. Die hohen Stehkragen sind eine wahre Qual für unsre Truppen. (Sehr richtig! links.) Auch medizinische Sachverständige erklären diese Kragen für sehr bedenklich. Warum führt man die so praktische Wiewola nicht auch im Felddienst ein? Sollten wirklich nur Schönheitsgründe die Wiewola so zurückgedrängt haben? Man sollte, um die alten Uniformbestandteile aufzubrauchen, eine Garnison-Uniform einführen, die die bisherigen Typen beibehält, und daneben eine im allgemeinen für alle Truppenteile gleiche indifferente Felddienst-Uniform verwenden. Damit steht im Zusammenhang die Aenderung der Hüte; an die Stelle der Heime muß entweder der Tropenhut oder der leichte Fjshut treten. Wo es die Anordnung des Heeres gilt, werden wir stets das von den Sachverständigen als notwendig Erkante bewilligen. (Bravo! links.)

Abg. v. Czarlinski (Polen) kommt nochmals auf den Eid der Gymnasialisten in Thorn zurück, die mit Entziehung des einjährig-freiwilligen Dienstes bestraft sind. Der Herr Kriegsminister hat seiner Zeit, wie sich aus den Akten ergibt, einen ganz andern Eid verlesen als den, welcher in dem Prozesse eine Rolle gespielt hat. Unter diesen Umständen muß das Urteil, welches über diese Gymnasialisten gesprochen ist, wieder gut gemacht werden, denn es ist ungewiss, ob der Eid der Hauptgrund war, der zur Entziehung des einjährig-freiwilligen Dienstes führte. Uebrigens war auch die Behauptung des Herrn Abg. Grafmann unrichtig, daß einer der Verurteilten ein solches Zeugnis beigebracht habe. — Was den Militärboykott anlangt, so handelt es sich nicht nur um einzelne Lokale, in denen Streikigkeiten vorgekommen sind. Ich kenne selbst solche boykottierten Lokale, in denen die Offiziere stets zur Zufriedenheit bedient sind; man soll doch die Herren selbst fragen, ob jemals dort eine Deutschenbege vorgekommen ist. Thatsächlich handelt es sich um einen grundsätzlichen Boykott polnischer Lokale. Zurweil und andere ganz unpolitische Vereine, wie z. B. einer zur Unterstützung armer Handwerker und Arbeiter, sind nicht in der Lage, bei deutschen Wirten einen Saal zu bekommen. Ein Soldat, der auf das Verbot aufmerksam gemacht, ein boykottiertes Lokal sofort verließ, wurde trotzdem mit Arrest bestraft. Das Mitwirken einer Militärkapelle bei polnischen Festlichkeiten wird als besonders staatsgefährlich angesehen. Nicht einmal zum Tanz dürfen sie spielen. Dieser ganz unverständliche Boykott muß schleunigst beseitigt werden.

Kriegsminister v. Gohler:

Der Herr Vorredner hat behauptet, ich hätte seiner Zeit einen andern Eid verlesen als denjenigen, auf Grund dessen die Verurteilung der Gymnasialisten erfolgte. Mir lag damals das Material nur im Auszuge vor, jetzt kann ich auf Grund des mir in Abschrift vorliegenden Erkenntnisses feststellen: es ist richtig, daß dieser Eid, den ich vorlas, zwar gewissermaßen die Grundlage des Erkenntnisses bildete, daß aber nicht nachgewiesen werden kann, daß dieser Eid von den einzelnen Gymnasialisten geleistet worden ist. (Hört! hört!) Ich habe den Eid nur angeführt, weil hier behauptet worden ist, die Vereine wären zu wissenschaftlichen Zwecken gegründet. Das ist nach dem Erkenntnis nicht aufrecht zu erhalten. Aus dem Erkenntnis ergibt sich, daß der Geheimbund eine Bedeutung gewonnen hatte, die weit über das hinausgeht, was von uns angenommen wurde. Es sind vier Eidesformeln in dem Erkenntnis erwähnt. Auf dem Gymnasium in Krotoschin mußte folgender Eid geleistet werden: „Ich schwöre beim Eintritt in den literarisch-wissenschaftlichen Verein beim Verluste der Ehre auf den Namen eines Polen, daß ich den Befehlen dieses Vereins folgen und ihnen gemäß stets gewissenhaft und sorgfältig verfahren werde. Diesen Eid betrachte ich als so heilig, wie mir das Aushalten meines Vaterlandes Polen heilig ist. Falls die Existenz des Vereins verraten wird, bin ich verpflichtet, bis zum letzten Augenblicke zu behaupten, daß ich von der Existenz des Vereins nichts wisse.“ In Keimnau i. B. wurde folgender Eid in feierlicher Form vor einem Tische, der mit aufgehängten polnischen Wägen und national-polnischen Bildern belegt war und in dessen Mitte das Kreuzigt stand, abgefordert: „Ich schwöre bei Gott, dem Vaterlande und bei allem was mir teuer und heilig ist, daß ich den Verein nicht verraten werde, auch wenn ich aus demselben austreten oder ausgeschlossen werden sollte, daß ich mich nach den Statuten richten werde, so lange ich Mitglied bin.“ In Kulm werden die Versammlungen bei günstiger Witterung entfernt von der Stadt in einer Schlucht unter dem Schutze aufgehängter Posten abgehalten. Bei der Aufnahme der Kowalen sprach der Vorsitzende zunächst ein Gebet, darauf mußte der Rovize auf das Kreuzigt schwören: „Ich verpflichte mich bei Gott, dem Allmächtigen, vom Bestehen der Verbindung niemandem, auch nicht dem nächsten Angehörigen, etwas zu verraten.“ Ein ähnlicher Eid wurde in Strassburg i. B. geleistet. Wo derartige Formalitäten innegehalten werden müssen, kann man nicht mehr von einem wissenschaftlichen Verein sprechen. Auf Grund der einzelnen Angaben hat das Erkenntnis folgendes gefunden: Das ganze ehemalige Polen ist in drei Bezirke eingeteilt, dem niederen, oberen und preussischen, die durch Delegierte auf den regelmäßigen Kongressen vertreten sind. Der Zweck des Bundes ist: Erlämpfung der Freiheit. (Hört! hört!), polnische Gedankengänge

werden gefeiert, polnische Zeitschriften gehalten, es gilt die Vereinerung von der Moskowischen, Österreichischen und preussischen Reichsacht. (Hört! hört!) Der Verein zerfällt in Gruppen mit je einem Führer. Es sind Verleumdungen von Auszeichnungen und Strafen vorgesehen. Eine derartige Organisation verfolgt zweifellos nicht wissenschaftliche Zwecke, sondern in ihr muß man mit vollem Recht eine Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates sehen. (Widerspruch bei den Polen.)

Abg. Zehner (C.) bringt Beschwerden über die Art der Verproviantierung der Armee vor. Den landwirtschaftlichen Lieferanten müßten in Verleß mit den Proviantämtern die günstigsten Preisbedingungen des Militäretats gewährt werden. Redner bemängelt fernerhin, daß der Entschädigungssatz von täglich 80 Pf. für die Naturalverpflegung im Wanderviel zu niedrig sei.

Generalmajor Gallwitz: Die Armeeverwaltung ist gern bereit, bezüglich der Ausdehnung des Militäretats auf die Lieferungen an die Proviantämter weitere Erhebungen anzustellen. Es würde allerdings diese Ausdehnung eine Vermehrung des militärischen Beamtenpersonals mit sich bringen. Eine Erhöhung des Entschädigungssatzes um nur 10 Pfennig würde bereits eine Ausgabenerhöhung um 600 000 Mark herbeiführen. Eine wirksame Erhöhung müßte also bis in die Millionen gehen, und das vorzuschlagen ist doch bei der gegenwärtigen Finanzlage kaum möglich.

Abg. v. Gersdorff (L.): Gegenüber den Ausführungen des Abg. v. Czarlinski spreche ich die Erwartung aus, daß die letzten Kaiserstage in der Provinz Posen zur Verbeiführung des nationalen Friedens in diesen Landesteilen beitragen werden. Von diesem Standpunkt aus begrüße ich auch die geplante Schaffung einer kaiserlichen Residenz in Posen mit Freuden. Dagegen muß ich Beschwerden vorbringen über die Verproviantierungsmethode der Truppen bei den letzten Posener Kaisermandern. Da ließ besonders die Schaffung des Brennholzes viel zu wünschen übrig. Endlich bitte ich den Kriegsminister, die Deutschen im Kampfe gegen das Polentum durch Errichtung neuer Garnisonen in den kleineren Städten der Provinz Posen zu stärken.

Abg. Bebel (Soe.):

Zunächst ein paar kurze allgemeine Bemerkungen. Am Sonnabend äußerte Graf Moon bei der Forderung eines neuen Militärpensionsgesetzes, es sei eine üble Sache, immer nur mit Worten zu sprechen, während die Thaten ausblieben. Er wollte damit wohl sagen, daß der Reichstag häufig in die Lage komme, dieselben Forderungen immer wieder zu wiederholen, ohne daß der Bundesrat den Wünschen des Reichstages entgegenkomme. Wir müssen leider in diesem Hause sehr oft derartige Beschwerden immer von neuem erheben ohne die geringste Aussicht auf Befriedigung unserer Wünsche seitens des Bundesrates. Man mag draußen im Lande über das viele Reden im Reichstage, über die langen Verhandlungen, und, wie mir scheint, mit einem gewissen Recht. (Hört! hört! rechts.) Aber man vergißt ganz und gar, daß ein großer Teil der Verhandlungen über bestimmte Fragen sich von Session zu Session wiederholt, weil keine einzige der hier vorliegenden Fragen ihre befriedigende Lösung findet. Immer wieder müssen wir fragen z. B. über polizeiliche Unterdrückung gegen Civilpersonen, über Mißstände in unsem Justizwesen, über mißbräuchliche Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts, des Koalitionsrechts der Arbeiter, über ungebührliche Behandlung der Arbeiter, über Unterdrückung und Mißhandlung fremdsprachiger Reichsangehöriger, über die Verweigerung der Diäten und endlich auch über die militärischen Mißhandlungen. Wenn man bedenkt, wie viel Raum und Zeit diese sich immer wiederholenden Beschwerden im Reichstage einnehmen, so erscheint einem die große Ausdehnung unserer Verhandlungen verständlich. Die Hauptfrage liegt ja darin, daß der Reichstag keine Macht hat. Im englischen oder französischen Parlament oder dem der Vereinigten Staaten wären solche Wiederholungen derselben Verhandlungsgegenstände ganz unmöglich. Sie tragen natürlich nicht zur Erhöhung des Ansehens des Reichstages bei und bedeuten andererseits eine große Selbstüberwindung für die Abgeordneten. (Sehr richtig! links.) So muß auch ich heute eine Anzahl alter Beschwerden wiederholen, obgleich ich weiß, daß mir die alte negative Antwort darauf zu teil werden wird.

In der Etatsdebatte haben die Abg. Dr. Schäbler und Dabach auf die in den letzten Jahren stattgehabte Verhandlung der Duellfälle hingewiesen. Sie haben dabei sehr milde Töne angeschlagen. Heute hat der Centrumredner dies Thema gar nicht wieder berührt. Ich gebe Ihnen (zum Centrum) ja zu, daß dieser Punkt allmählich beginnt Ihnen unangenehm zu werden. Sie haben jahrelang im Vordergrund des Kampfes gegen den Duellunfug gestanden und es bleibt nicht nur alles beim alten, sondern es haben sich Vorgänge ereignet, die man nicht anders als Hauptfälle in das Gesicht des Reichstages bezeichnen kann. Wir haben am 27. November 1901 eine Interpellation Wasserstrom hier behandelt wegen des Duells zwischen den Lieutenants Blaslowitz und Hildebrandt vom 4. November 1901. Die damaligen Ereignisse sind wohl noch in aller Gedächtnis. Redner wirft einen kurzen Rückblick auf den Verlauf jener Vorgänge. Der Kriegsminister selbst hat diesen Fall damals als höchst bedauerlich bezeichnet. Das Urteil in dem Prozeß lautete auf zwei Jahre Festung. Aber was geschieht? Kaum sind acht Monate ins Land gegangen, so wird Oberleutnant Hildebrandt begnadigt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Begnadigungen werden vom Kriegsminister gegenseitig. Ich nehme also an, daß der Herr Kriegsminister bereit ist, die Verantwortung für diese Begnadigung zu übernehmen. Was aber noch besonders die öffentliche Meinung erregte, war die demonstrative Art, in der eine Abschiedsfeier für den nach Weifalen verlegten Oberleutnant Hildebrandt ineniciert wurde. Es erregte peinliches Aufsehen, daß der Lieutenant in einer vierpännigen Equipage, eskortiert von 20 bis 30 Berittenen in Galo, nach dem Bahnhof fuhr und dort mit Hochrufen verabschiedet wurde. Das heißt nicht nur der scharfen Verurteilung, welche bei allen Rednern des Reichstags die Vorgänge bei jenem Duell gefunden hatten, ins Gesicht schlagen, sondern es ist ein Schlag ins Gesicht der gesamten Nation, die in der Verurteilung jener Vorgänge einig war. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wir brauchen uns ja gar nicht zu wundern, wenn die Richter Duellvergehen immer so milde beurteilen. Evident haben die Richter selbst eine ganz andre Auffassung vom Duell als das Volk, und zweitens wissen sie ja ganz genau, daß der Verurteilte doch nach einiger Zeit begnadigt wird. Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Reichstag in einer scharfen Resolution seine Auffassung über die Art und Weise der Begnadigungen aussprechen würde. Es kann sein, daß wir dafür keine Mehrheit hätten, aber notwendig ist es. Entweder lassen Sie den Dingen ihren Lauf und reden überhaupt nicht mehr über Duelle, oder Sie entschließen sich, immer wieder diese Dinge mit aller Energie und Konsequenz zur Sprache zu bringen, bis endlich doch einmal an entscheidender Stelle eine andre Ansicht prävaliert und der öffentlichen Meinung Rechnung getragen wird.

Nach dem Duell zwischen dem Studenten Held und dem Lieutenant Ziele wurde der zu zwei Jahren Festung verurteilte Lieutenant nach kaum 8 Monaten begnadigt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Vor kurzem hat in Karlsruhe ein Duell zwischen einem Studenten und einem Weichwämsler stattgefunden. Das Urteil lautete auf 3 1/2 Jahre. Vorläufig ist die Begnadigung noch nicht eingetreten. Jedenfalls aber werden wir nicht lange darauf zu warten haben. Karlsruhe scheint überhaupt ein fruchtbarer Boden für Duelle zu sein. Dort hat ja auch der bekannte Fall Bräufewitz gespielt. Einen ganz besonderen Charakter hat der Duellunfug in folgendem Falle angenommen. Es betrifft eine mehrfache Forderung, die gegen den verstorbenen Militärchriftsteller König erging. König war ein bekannter und, wie ich glaube, sehr bedeutender Schriftsteller mit unabwieslichem Urteil, der die Ueberzeugungen, die er auf Grund seiner Studien gewann, stets

unerschütterlich aussprach. Im Jahre 1899 hatte er auf Grund einiger Vorarbeiten ein Werk geschrieben „Die Wahrheit über die Schlachten von Wionville und Mars la Tour“. In dieser Schilderung war der General v. Schwarzkoppen nicht gerade günstig weggekommen. Dadurch wühlte sich sein Sohn, der Fliegeradjutant v. Schwarzkoppen beleidigt und ließ Herrn König auf Pistolen fordern. Herr König lehnte das Duell ab und erklärte, er habe nach bestem Wissen und Gewissen sein Urteil über General v. Schwarzkoppen gefällt; werde ihm nachgewiesen, daß sein Urteil falsch sei, so sei er selbstverständlich bereit, jeden Augenblick zu widerrufen. In der Verlesung seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung könne er sich aber nicht auf ein Duell einlassen. Das ist ein vollkommen richtiger Standpunkt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bei der Forderung hat Herr v. Schwarzkoppen übrigens auch die Vorschriften des kaiserlichen Erlasses unberücksichtigt gelassen. Weiter wurde Herr König gefordert von dem ersten Abteilungschef des Generalstabes v. Bernhardt, weil auch dieser seine Kritik ungnädig aufgenommen hatte. König wies auch hier die Forderung zurück. Das Resultat war, daß dem Hauptmann König von der betreffenden Ehrengerechtigkeitsbehörde die Uniform aberkannt wurde. (Hört! hört! links.) Das sind doch starke Dinge. Auch die Armee sollte es jedem Manne zum Verdienst anrechnen, wenn er vorurteillos ohne Ansehen der Person über kriegsgeschichtliche Vorgänge der deutschen Armee sein Urteil abgibt. Davon kann die deutsche Armee selbst nur profitieren. Es ist der Zweck der Kriegsgeschichte, auf Fehler der früheren Jahre und Jahrzehnte hinzuweisen, damit ähnliche Fehler in Zukunft vermieden werden. Wenn aber ein Militär-Schriftsteller nach seiner ehrlichen Ueberzeugung eine Arbeit herausgibt und dabei zu Urteilen kommt, die dem einen oder dem andern hohen Herrn oder seinem Nachkommen nicht angenehm sind und wenn er dann Gefahr läuft, sofort gefordert und vor die Pistole gestellt zu werden, so könnte es doch unter Umständen Männer geben, die nicht geneigt sein dürften, sich dieser Gefahr auszuliefern und die lieber ihre Kritik der militärischen Ereignisse unterdrücken, was ungewisselhaft zum Schaden der Fortentwicklung unserer Armee ausblieben müßte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Aufsehen erregt hat auch das Duell des Rechtsanwalts und Lieutenants der Reserve Age in Jena, der mit Rücksicht auf seine Familie zu den weitestgehenden Konzessionen bereit gewesen war, aber trotzdem zum Duell gezwungen wurde, in dem er denn fiel. Vom obersten Kriegsherrn ist am 8. September 1902 ein Erlass ergangen, wonach ein Rechtsanwalt, der Reserve-Lieutenant war, aus dem Offizierscorps ausgeschlossen wurde um deswillen, weil er eine Duellforderung eines andern Anwalts nicht acceptiert hatte. Wenn derartige Erlasse des Hofkommandierenden der Armee vorliegen, so kann nicht daran gedacht werden, daß das Duell aus der Welt geschafft wird. Wir stehen also vor der Thatsache, daß der Hofkommandierende, der Kriegsminister, die Ehrengereichte, kurz alle entscheidenden Instanzen in hartem Widerspruch mit unsrem Gesetze fortgesetzt das Duell für erlaubt notwendig erklären. Sehr charakteristisch war, daß am 9. Oktober 1901 in Leipzig General v. d. Söulenburg in einer Versammlung von Personen, die zum Zwecke der Beratung von Maßnahmen gegen das Duell zusammengekommen waren, erklären konnte, nach seiner eignen Erfahrung sei ein Duellgegner am preussischen Hofe nicht hofflich. (Hört! hört! links.) Das stärkte ich aber folgendes: Vor kurzem hat in Berlin eine Versammlung von mehreren tausend Studenten stattgefunden, durch welche der Kriegsminister aufgeforderet wurde, dahin zu wirken, daß beim Duell von Studenten und Offizieren anstelle von Pistolen krumme Säbel Verwendung fänden. Diese Versammlung hat also Beschlüsse gefaßt, die auffordern, nach wie vor das Gesetz zu mißachten. Das ist doch ein geradezu unerhörter Zustand. Nehmen Sie an, es wären Arbeiter zu einer Versammlung zusammengetreten, vielleicht um über Fragen des Koalitionsrechts Beschlüsse zu fassen und hätten erklärt, daß sie fortgesetzt bereit wären Kontraktbruch und Erpressungsversuche usw. zu begehen. Zweifello wären mindestens die Redner vom Staatsanwalt unter Anklage gestellt wegen Aufforderung zur Ungefeßlichkeit. Hier aber trägt kein Mann danach. Ganz selbstverständlich: die Staatsanwälte gehören ja selbst zu denen, die gegebenenfalls das Gesetz übertreten und die Richter ebenfalls. Wir sind hier in der eigentümlichen Lage, daß diejenigen, die die Richter des Strafgesetzbuches sein sollten, in erster Linie im gegebenen Falle das Gesetz übertreten würden. Die Statuten des Köfener S.-O. (Senatoren-Convent) sehen in direktem Widerspruch mit §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches, jenen Paragrafen, die verbieten, eine geheime Verbindung oder eine Verbindung, die ungesetzliche Zwecke verfolgt, zu konstituieren. Es handelt sich hier um dasselbe Vergehen, das heute der Kriegsminister auf das schärfste verurteilt in einem Falle, wo es begangen wurde von jungen Leuten, die vielleicht noch nicht trocken hinter den Ohren sind, die vielleicht die Tragweite ihrer Handlungskweise noch gar nicht kennen und die eigentlich, nach den Worten des Kriegsministers zu urteilen, doch sehr harmlose Dinge getrieben haben. (Hört! rechts.) Demgegenüber bestehen große Studentenverbindungen, zu denen ein großer Teil von Ihnen (nach rechts) ebenfalls gehört. (Zuruf rechts: Nicht wahr! — Weiterleit), vielleicht auch Herren auf der andern Seite des Hauses, Sie gehören zu einer Verbindung, die ungesetzliche Zwecke verfolgt und die, wenn sie von Socialdemokraten ins Leben gerufen wäre, sofort von Seiten des Staatsanwalts unter Anklage gestellt wäre, wobei Strafen bis zu 2 Jahren Gefängnis eintreten würden. Man kann wohl sagen, daß in weiten Schichten unserer herrschenden Klassen eine permanente Verschwörung besteht wider Gesetz und Recht, soweit das Duell dabei in Frage kommt. Diejenigen, die bei jeder Gelegenheit predigen: „Dem Volke muß die Religion erhalten werden“, begehen hier Handlungen im Widerspruch zu allen religiösen Grundsätzen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es kann nicht nachdrücklich genug auf dies Wesen mit zweierlei Maß und Moral hingewiesen werden. Denn gerade Sie (nach rechts), die Männer der Ordnung, die Stützen des Staates, sind es, die uns Socialdemokraten bei jeder Gelegenheit als die Umstürzler hinstellen. (Zuruf rechts: Sind Sie auch!) und dabei wird von Ihnen selbst, soweit Ihre eignen Interessen in Frage kommen, Recht und Gesetz mit Füßen getreten! (Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Damit will ich das Kapitel „Duell“ verlassen und zu den Militärgerichtsverfahren übergehen. Ich habe, seitdem das neue Militärgerichts-Verfahren eingeführt worden ist, die Gerechtigkeit, wenn mir aus der Armee Beschwerden gehen, die Betreffenden wissen zu lassen, daß die Möglichkeit besteht, im Militärgerichts-Verfahren die Sache zur Sprache zu bringen und dafür zu sorgen, daß das entsprechende Urteil eintritt. Die Herren von der Rechten hatten, so lange dies Verfahren nicht bestand, uns und speziell mir gegenüber die Gewohnheit, sowie in einem Falle auch nur das Urtheil über dem „i“ nicht ganz richtig stand, uns sofort Ueberreibungen und Unwahrscheinlichkeiten vorzuwerfen. (Abg. Graf Moon (L.) ruft: Sehr wahr!) Insbesondere ist es Graf Moon, der sich ja auch jetzt wieder bemerkbar macht, von dem solch: Klagen seiner Zeit erhoben wurden. Dem gegenüber möchte ich auf eine Aeußerung hinweisen, die bei einem Militärprozeß im Oktober vorigen Jahres der Staatsanwalt vor dem Militärgericht in Halle machte. Sie lautete dahin: „Zweifello hat sich der Führer der Socialdemokratie, der Abg. Bebel, ein Verdienst erworben, indem er wiederholt auf die Mißhandlungen im Heere hinwies. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Denn jetzt sieht man den Offizieren und andern Bergeichten mehr auf die Finger.“ Das mag Ihnen (nach rechts) sehr unangenehm sein (Abg. Graf Moon (L.): Gar nicht!), aber die Thatsache bleibt bestehen. Gerade wir haben durch unsere fortgesetzten Anklagen ganz wesentlich dazu beigetragen. Ich endlich das neue Militär-Verfahren kommen müßte. Am r. oben freilich durchaus nicht alle Mißhandlungen vor dem Kriegsgericht verhandelt. Auf die Anzahl derjenigen Wäh-

Handlungen, die auch heute noch nicht vor dem Militärgericht zur Verhandlung kommen, läßt sich einigermaßen daraus schließen, daß bei einer ganzen Reihe von Militärgerichtsverhandlungen die geladenen Zeugen nur mit tiefstem Widerstreben ihre Aussagen machten, so daß wiederholt die Ankläger darauf aufmerksam machen mußten, daß offenbar die Zeugen aus Furcht vor dem Angeklagten mit der Wahrheit nicht herausrücken wollten; in vielen Militärprozessen der letzten Jahre ist es als weitere Folge schließlich noch zu Meineidsverhandlungen gekommen. Weiterhin — und darauf mache ich den Kriegsminister ganz besonders aufmerksam — sind eine ganze Reihe von Mißhandlungen zum Teil der absehlichsten Art an Soldaten begangen worden, von denen eigentlich nach ganz kurzer Zeit hätte festgestellt werden müssen, daß sie geistig nicht fähig zur Ausübung des Militärdienstes waren. Bei der Aushebung können die Militärärzte diese Wahrnehmung nicht machen. Gerade halb Elbe sind oft körperlich sehr kräftig. Im Dienste aber können sie beim besten Willen nicht laptieren, daß sie die Vorgesetzten durch ihre Unfähigkeit und Minderwertigkeit eventuell zu Thätlichkeiten reizen. Dabei komme ich wieder auf das berühmte Kapitel der Urteile und Gutachten der Militärärzte. Was sagen die Militärärzte nicht alles im Interesse des Militarismus aus! So wurde vor dem Kriegsgericht in Magdeburg ein Mann wegen Widerstandes und Insubordination verurteilt, obwohl jedermann erkennen mußte, daß es ein vollständig blühender Mensch war. Die Militärärzte fanden aber an dem geistigen Zustande des Mannes nichts Bedenkliches. Dem Ober- Divisions-gericht, vor das die Sache dann kam, erschien das Gebaren des Mannes bedenklich, und er wurde zur Beobachtung nicht Militärärzten, sondern einer psychiatrischen Anstalt zugewiesen. Ich weiß nicht, wie die Sache weiter gegangen ist. Aber das gegen den Mann gefällte Urteil kann unmöglich aufrecht erhalten werden. Auch in vielen anderen Fällen sind Gerichtsverhandlungen und Bestrafungen erfolgt, bis man endlich erkannte, daß man es mit einem geistig minderwertigen Menschen zu thun hatte. Ein solcher Fall ist z. B. bei den Halberstädter Artilleristen vorgekommen; der Vater des betreffenden jungen Mannes hat mir die bezüglichen Mitteilungen gemacht.

Daß die Soldatenmißhandlungen in den letzten Jahren nicht abgenommen haben, hat bereits am Sonnabend mein Parteigenosse Kunert auf Grund der Statistik angeführt. Nach einer kleinen Berechnung, die einer meiner Parteigenossen über die Militärgerichts-Verhandlungen in Sachsen in den letzten zwei Jahren aufgestellt hat, sind vom 1. April 1901 bis dahin 1902 allein vor den Kriegsgerichten in Chemnitz und Dresden 4 Offiziere, 31 Unteroffiziere, 4 Gefreite und 30 Mannschaften wegen Mißhandlungen verurteilt; vom 1. April 1902 bis Anfang Februar d. J. 7 Offiziere, 14 Unteroffiziere, 3 Gefreite und 23 Mannschaften. Daß die Mannschaften dabei verhältnismäßig so stark vertreten sind, liegt daran, daß die sogenannten „alten Leute“ es vielfach als ihre Aufgabe betrachten, die jungen Leute namentlich des Nachts zu überfallen und zu mißhandeln, ein ganz schändliches Vorgehen, das die Militärbehörden mit Leichtfertigkeit unterdrücken könnten, wenn sie für die nötige Aufsicht in den Kasernen sorgten. Bei einem derartigen Vorgang hat ein Mann einen der Besigelt mit dem Seitengewehr erschossen! Vor ein paar Monaten ist in Stabs- rübe einem Elektrotechniker bei einer solchen nächtlichen Bräuterei ein Auge ausgeschlagen worden! Solche entsetzlichen Vorkommnisse wären ganz unmöglich, wenn mit allem Nachdruck darauf hingewirkt würde, daß die Unteroffiziere die nötige Aufsicht führten und alle derartigen Fälle zur Anzeige brächten. Was bei einer ganzen Reihe dieser Urteile auffällig ist, die außerordentlich milde Bestrafung schändlicher Vorgesetzten. In Glogau hat ein Unteroffizier in mindestens 45 Fällen die Leute geschlagen, sie in 22 Fällen gefesselt, die Leute in voller Uniform vor dem gebeizten Ofen Liegen machen lassen usw. Der Mann ist wegen 135 Fälle von Mißhandlungen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden! Die beantragte Degradation wurde abgelehnt. In Frankfurt a. M. wurde der Unteroffizier Goeck wegen 77 Fälle von Mißhandlungen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Unteroffizier wurde von demselben Gericht zu zwei Wochen verurteilt; einer der gemißhandelten Leute hatte sich ertränkt. In Berlin wird ein Dragoner beim Stalldienst vom Unteroffizier mit dem Schrubber über den Kopf gehauen, daß er blutüberströmt zusammenbricht. Er sagt: das muß sich nun ein Mann bieten lassen, der im zweiten Jahre dient. Wissen Sie denn nicht, daß Mißhandlungen verboten sind? Der Unteroffizier wird zu sieben Tagen, der Gemißhandelte zu acht Tagen wegen Verletzung verurteilt! (Hört! hört! bei den Soc.) Das ist ja das Empörende, daß sich der Mißhandelte geschämt fühlt durch die Furcht der Untergebenen. Mich fahrt der Jörn, wenn ich sehe, was sich die Leute alles gefallen lassen. Ich frage mich: Sind das Männer? Sind das nicht Wachsfiguren, die sich das von einem Vorgesetzten gefallen lassen, ohne sich zu empören? Es ist manchmal unbegreiflich, daß die Feiglinge nicht mit der ersten besten Waffe im Afselt niedergeschlagen werden. Da spuckt ein Unteroffizier in Danzig dem Musketier Mehlmann sechsmal ins Gesicht; er tritt ihn auf die Kehle, daß ein Nagel abgeht. Als Mehlmann beim Marschieren nicht den Mund schließt, befiehlt er dem Musketier Fingst, diesem in den Mund zu spucken. (Rufe: Psiu!) Der führt die ekelhafte Handlung auch aus. Warum sehen sich die Geringfügigen solchen Elenden gegenüber nicht in entsprechender Form zur Wehr? Warum haben sie nicht den Mut? Der betreffende Unteroffizier ist wegen Mißhandlung Untergebener in 150 Fällen zu zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt worden. (Rufe rechts: Er ist doch bestraft worden.) Ja, aber ich begreife gar nicht, wie solche Bestien in Menschengestalt Unteroffiziere werden können. Gibt es denn gar kein Mittel dagegen? Bei der 7. Compagnie in Torgau ist ein Soldat mit den Worten gemißhandelt worden: „Du Schwein, ich werde dir Deine socialdemokratische Gesinnung schon austreiben!“ Die Zeugen wollten zuerst nichts ausagen, so daß gegen einige von ihnen eine Anklage wegen Meineids erhoben werden mußte. Noch andere Fälle von Mißhandlungen lagen gegen den betreffenden Unteroffizier vor. Das Divisionsgericht in Halle hat ihn zu 8 Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt. Einer der mißhandelten Leute war entflohen und hatte eine Winternacht im Freien zugebracht. Die erstenen Fäße mußten ihm abgenommen werden, und dieser Krüppel hat dann ausgefagt. — Der Fall des Unteroffiziers August Heinrich Grohe in Rendsburg ist hier schon erwähnt worden. Ihm war der Rekrut Fröbel zur Ausbildung überwiesen worden, ein äußerlich sehr kräftiger, geistig aber schwacher Mensch, den jeder gewissenhafte Arzt von vornherein für unbrauchbar hätte erklären müssen. Es ist begreiflich, daß die Unteroffiziere durch solche absolute Unfähigkeit aufs äußerste gereizt werden müssen. Grohe hat den Fröbel nun fortgesetzt mit den Fäusten, der Knospeitsche und der Säbelschneide bearbeitet und er hat ihn, als der Mann, dem das Ausreten von ihm verweigert wurde, sich beschämte, gezwungen, die eigenen Exkremente zu verschlucken. (Rufe: Psiu!) Der Fall hat das größte Aufsehen erregt, ich habe aus allen Gegenden Deutschlands Hunderte von Entrüstungsbriefe erhalten. Der Unteroffizier ist zu einem Jahr fünf Monaten Gefängnis und zur Degradation vom Divisionsgericht verurteilt worden. Das Oberdivisionsgericht hat die Strafe für viel zu milde erklärt, das Urteil aber nur in Nebenpunkten aufheben können.

Ich habe wiederholt anerkannt, daß selbstverständlich von den obersten Militärbehörden alles aufgeboten wird, um den Mißhandlungen entgegenzuwirken. In den Klassen des Kaisers gegen die Mißhandlungen sind im Dezember v. J. die neuen Kriegsartikel gekommen, in denen es ausdrücklich heißt: Der ehrenvolle Beruf des Soldaten muß durch ehrenwärtige Behandlung herabgewürdigt werden. Jede Mißhandlung wird nachdrücklich bestraft. — Diese Bestimmung ist durchaus korrekt. Wertvoll aber ist, daß der Major v. Gierp, der die Interpretation zu diesen Kriegsartikeln herausgegeben hat, gerade hierbei ausdrücklich sagt: „Wenn einem Unteroffizier bei so einem Rekruten mal die Geduld ausgeht und er den Mann zurechtträt, so ist das noch lange keine ehrenwärtige Behandlung. Auf Arbeitsplätzen werden die Leute auch nicht mit Sammelhandschuhen angefaßt.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das mag früher an Arbeitsplätzen Sitte gewesen sein,

die Klassenbewußte Arbeiterklasse aber wird sich das nicht gefallen lassen. Außerdem besteht der große Unterschied, daß von Arbeitsplätzen jeder weggehen kann, dem es nicht paßt. Der Soldat aber muß still halten, er darf nicht wagen, etwas zu sagen, sonst wird er sofort mit so und so vielen Monaten Gefängnis verurteilt. Es gibt nichts Widerwärtigeres, Gemeineres, nichts Empörenderes für mich, als wenn ein Mensch, dem die absolute Gewalt über andre Menschen zusteht, diese Gewalt mißbraucht und im vollen Bewußtsein, daß die andern nichts dagegen thun können, sie mißhandelt. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Dieses war die eine Seite, sehen wir uns nun die andre an. In Bromberg ist ein Pfüllier, der des Abends bezeugt in der Stube Lärm gemacht und ein Hoch auf die Socialdemokratie ausgebracht hatte, zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei einem Langvergnügen im Manöver sollen sich die Gefreiten Sommer und Leopold, weil sie sich weigerten, das Langvergnügen auf Befehl des Wachtmeisters zu verlassen, dem der eine vorwärts, er hätte sein Quartiergeld unterschlagen, der Andere schuldig gemacht haben und sind zu 6 Jahren 6 Monaten und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. (Hört! hört! bei den Soc.) Es lag ja gewiß Widerstand vor, aber zu einer solchen barbarischen Strafe war doch kein Anlaß. Zwei Dragoner randalieren in der Silvesternacht bezeugt vor ihrer Kaserne und gehen nicht fort, obwohl es die Unteroffiziere ihnen befahlen. Sie werden wegen Aufruhrs der eine zu 5 Jahren 6 Monaten, der andre zu 5 Jahren 10 Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! links.) Das ist ein Mißverhältnis in der Bestrafung, die den Reichstag veranlassen muß, bei der Revision der Militär-Strafprozess-Ordnung die Möglichkeit solcher Ungerechtigkeiten zu verhüten. Gewiß muß in der Armee Disziplin herrschen, aber mit viel geringeren Mitteln läßt sich die Ordnung im Heere aufrecht erhalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Was ist nun die Ursache der vielen Mißhandlungen? Einmal ist in der Armee ein Teil Leute vorhanden, die sich ihrer ganzen Charakterveranlagung nach nicht für die Stellung eines Vorgesetzten eignen. Andererseits werden — ich lasse auch diesen Milderungsgrund gelten — von den Vorgesetzten Leistungen verlangt, die sie ihren Untergebenen beibringen sollen und die in dem gegebenen Zeitraum nicht erzielt werden können. Der Militärdienst ist nicht leichter, sondern schwerer geworden. (Rufe rechts: Drei jährige Dienstzeit!) Unter der dreijährigen Dienstzeit gab es auch genug Mißhandlungen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Unter der zweijährigen Dienstzeit werden jährlich 30 000 Mann, die nicht mehr als 1 Jahr aktiven Dienstes geleistet haben, als Offizierdurschen verwandt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die technische Revolution in der Kriegführung und Bewaffnung hat zu vielen Veränderungen geführt; zugleich aber sind die alten Methoden aufrecht erhalten geblieben, die für die Ausbildung zum wirklichen Kriegsdienst nicht in Betracht kommen. Daher kommt es, daß die Nervosität in der Armee das höchste Maß erreicht hat.

Da ist der bekannte neue Griff. Wie viel Zeit hat das zweite Garderegiment aufwenden müssen, um dem obersten Kriegsherrn diesen Griff vorzuführen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn es auf das Schöne, das Eraste, das nach außen Glänzende ankommen würde, dann wären wir die erste Armee der Welt. (Rufe rechts: Das sind wir auch!) Das Gute ist, daß im steigenden Maße in der Armee selbst unter den Offizieren die Ueberzeugung Platz greift, daß die Armee in ihrer Ausbildung auf dem falschen Wege ist. Wir können hier im Reichstage nicht in die innere Organisation der Armee hineinreden, aber wir haben die Pflicht zu prüfen, ob alles in Ordnung ist. Der Militär-etat verschlingt jährlich 720 Millionen Mark und wenn wieder Geld in der Reichskasse ist, wird er in wenigen Jahren auf 800 Millionen Mark wachsen. Wir müssen prüfen, ob dieses Geld zweckmäßig verwendet wird. Oberst v. Goly fragt im „Militär-Wochenblatt“, ob unsre Infanterie für die Schlacht ausgebildet wird. Er bezweifelt es; er sagt, daß die Truppenführer oft nicht einmal die Kommandosprache für die Schlacht beherrschen. Kann es ein härteres Urteil geben? Das Schulergerieren, der Paradebrauch, der Drill, das Haupt vorzüglich, das bringen die Herren im Schlafe fertig. Der Verfasser weist darauf hin, daß viele Hauptleute mit ihrer Compagnie beim Schießen auf ein kriegsmäßiges 800 Meter entferntes Ziel sehr geringe Resultate erzielen. Während des chinesischen Feldzuges ist es vorgekommen, daß die Soldaten sich in der Schätzung einer Entfernung so geirrt hatten, daß sie das Wasser, das zuerst auf 50 Meter gestellt war, dann auf 500 Meter stellen mußten.

Ich muß noch auf das Kaisermandat zurückkommen, von dem Herr v. Geroldorf allerdings in etwas anderem Sinne schon sprach. Die Manöver sollen dem Zweck dienen, ein möglichst anschauliches Bild vom Ernstfalle des Krieges zu machen und die Verwendung großer Truppenmassen zu lehren. Dazu kommt, daß die Manöver außerordentliche Extra-Ausgaben erfordern und von allen Sachverständigen im In- und Auslande auf das eifrigste verfolgt werden. Nun ist es im höchsten Grade eigenartig, daß diese Manöver sowohl im In- wie im Auslande in der absprechendsten Weise verurteilt werden und ein militärischer Sachverständiger in dem französischen „Matin“ spricht von einem „phantastischen“ Manöver. In der englischen Presse lehrte immer wieder der Ausdruck wieder: Es ist kein Krieg. Auch ein ganz militärkompetentes Blatt in Deutschland hat von einem phantastischen Manöver gesprochen. Der betreffende Berichterstatter schreibt: was soll man dazu sagen, wenn man dem einen Armeekorps alle Kavallerie entzieht, um große Kavallerie-Attaken machen zu können. Wo, fragt der Berichterstatter, kommt weiter vor eine Vereinigung des Höchstkommandierenden als Führers eines Armeekorps, auf der andern Seite als Kritiker? (Hört! hört! bei den Soc.) Die großen Kavallerie-Attaken sind bis auf die Stunde und die Gegenwart, wo sie stattfinden, genau vorher bekannt. Der „Berl. Lokal-Anz.“ schreibt über diese Kavallerie-Attaken: „Wie tief in die Stellung des Gegners hinein geht der Mitt, was sich ihm entgegenstellt, wird niedergeschrieben, d. h. mit eingeleiteten Lanzen. Die Batterien bestimmen, sie sind in der Hand des Feindes. Manche Compagnie wird 5—6 mal hintereinander von immer neuen Schwadronen niedergelitten.“ „Bardon, wir sind schon lange tot!“ rufen die Offiziere. (Große Heiterkeit.) Eine Schwadron Infanterie stürzt sich wie wahnsinnig auf ihre eigene Infanterie. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Solche Attaken wären im Ernstfalle ein Todesritt. Im Inlande und Auslande haben sie nur Grob- und Spott aller Sachverständigen erregt. (Widerpruch rechts.) Auch ein deutscher Offizier spricht es unumwunden aus, daß das weder wirklicher Krieg noch ein Manöver gewesen sei. Die notwendige Folge von solchen Attaken ist, daß manche Gänse sich von solchen Strapazen überhaupt nicht mehr und manche erst nach vielen Jahren erholen, so daß unsre Kavallerie stark geschwächt wird. Wenn das Urtheil von Sachverständigen sind, dann haben auch wir als Volkvertreter alle Ursache, auf solche Urtheile, die aus unsrer eignen Armee kommen, das größte Gewicht zu legen. Ein Roman „Jena oder Sedan“ ist im „Berliner Tageblatt“ von einem Offizier besprochen. Die Redaktion sagt vorichtig hinzu: Der Kuffay entstammt der Feder eines Offiziers, dem wir als genauen Kenner der deutschen Armee die Verantwortung für den Inhalt überlassen müssen. Der Offizier erklärt, daß der Roman in Wahrheit eine Darlegung des ganzen inneren Wesens der Uebel sei, die heute in der deutschen Armee bestehen, und empfiehlt allen Offizieren der Armee dringend, diesen Roman möglichst genau zu studieren. Ich habe voriges Jahr auch darauf andre Offiziere aufmerksam gemacht, die sich zuhörten: Wenn das so weitergeht, dann kommen wir zu einem zweiten Jena. Wenn Sachverständige so urtheilen, dann haben wir alle Ursache, den Vorgängen genau zu folgen und uns immer wieder ins Gedächtnis zu rufen: Videant consules! (Lebhafte Bravo! bei den Socialdemokraten.)

#### Kriegsminister v. Goltz:

Ich kann Herrn Bebel nur zugeben, daß er viel wiederholt hat, etwas wesentlich Neues hat er überhaupt nicht gesagt. Was zunächst die Duelle anlangt, so hat im ganzen Jahre 1902 zwischen aktiven Offizieren überhaupt kein Duell stattgefunden. Ein aktiver

Offizier ist nur beleidigt gewesen bei dem Duell in Jena, er war von einem fremden Studenten ins Gesicht geschlagen worden. Bequadrigt sind die Lieutenants Hildebrandt und Zehle. Die Bestimmungen über die Bequadrigung liegen so. Der Präsident des Reichs-Militärgerichts macht den Bericht und schlägt die Bequadrigung entweder gleich vor bei dem Bericht, in welchem das betreffende Urteil bestätigt wird oder später. Das ist so beschleunigt worden, damit der höchste Gerichtshof in der Lage ist, zu beurteilen, ob die Bequadrigung sich empfiehlt oder nicht. Sie geschieht also in voller Kenntnis der Akten und der mildernden Umstände. In den beiden erwähnten Fällen waren so viel militärische Verdienste vorhanden, daß die beiden Offiziere es durchaus verdienen, bequadrigt zu werden. Was die Quation für den Lieutenant Hildebrandt auf dem Bahnhof in Gumbinnen anlangt, so glaube ich, ist in diesem Falle so scharf eingegriffen worden, daß über die Auffassung an entscheidender Stelle ein Zweifel gar nicht bestehen kann. (Bravo! rechts.) Der Schriftsteller König ist inzwischen verstorben. Daß eine Kritik vollkommen berechtigt ist, ist ganz selbstverständlich. Herr Bebel hat im Verlauf seiner Rede eine Reihe von Kritiken angeführt so scharfer Art, daß er daraus entnehmen konnte: Kritik ist bei uns in jeder Weise erlaubt. Es ist aber ein großer Unterschied, ob man kritisiert oder jemand persönlich beleidigt. Das ist keine Kritik, Generale, die bereits im Grabe liegen, hinterher zu beleidigen, so daß die Söhne sich dagegen auflehnen, das verdient ich ihnen nicht. Ueberhaupt hat die Sache gar nicht zum Duell geführt. Der Schriftsteller König, dessen Bedeutung ich ohne weiteres anerkenne, hat darauf verzichtet, die Sache vor dem Ehrenrat zum Austrag zu bringen. — Herr Bebel hat auch das Kapitel der Mißhandlungen wieder eingehend erörtert. Ich muß sagen, daß der Abg. Kunert darin dem — Letzte ist zu viel gesagt (Heiterkeit rechts) mehr entsprach, daß er nicht einzelne Fälle anführte. Herr Bebel hat sonst die Gewohnheit, mehr principielle Dinge zu erörtern. Ich kann ihm darin recht geben, wenn derartige Mißhandlungen vorkommen, dann ist keine Strafe streng genug, um das zu ahnden. Das versteht sich ganz von selbst. Aber die Zahl der principielle Mißhandlungen (Heiterkeit links) ist relativ gering, die leichteren Fälle überwiegen bei weitem. Wenn solche Mißhandlungen wie Stoch oder Schlag disciplinär mit Arrest bestraft werden könnten, so wäre das weit besser. Jetzt muß jeder Schlag, jeder Stoch gerichtlich gehandelt werden. Das ist sehr unbillig, das zieht die Erbitterung groß, die Zukunft der einzelnen Unteroffiziere ist in Frage gestellt. Durch die jetzige Praxis wird die Zahl der Mißhandlungen nur vermehrt. Unter den Gründen für die Mißhandlungen hat Herr Bebel einige angeführt, denen ich zustimme. Es zeigt sich, daß bei den Unteroffizieren eine gewisse Nervosität eintritt. Das ist aber eine ganz allgemeine Erscheinung in der Bevölkerung. Die betreffenden Unteroffiziere können gar nicht normal sein. Der Unteroffizier weiß, er legt seine ganze Zukunft in Frage, die Mißhandlung kann gar nicht verdorren bleiben, er thut es doch. Da ist der Mann nicht normal. Allerdings kommt es darauf an, solche Leute zur rechten Zeit aus der Armee zu entfernen. — In einzelnen Fällen hat Herr Bebel entschieden geirrt. Er hat einen Fall besprochen aus Halle. Daran, daß das erste Urteil später aufgehoben ist, hat Herr Bebel geschlossen, daß die Militärärzte ihre Pflicht nicht thäten. Das ist ein Irrthum. Der Mann wurde verurteilt, weil ein Gutachten der Ireuation Halle vorlag, wonach der Mann für zurechnungsfähig erklärt wurde. Es wurde darin ausgesprochen, er wäre degeneriert. Dam ist das Urteil aufgehoben und der Mann jetzt wieder der betreffenden Militär überwiegen. Ich nehme an, daß er nunmehr freigesprochen und entlassen wird. — Herr Bebel hat dann unsrer Armee eine ganz veränderte Art der Ausbildung vorgeschrieben. Kritiker ist furchtbar billig, aber selbst etwas schaffen, ist außerordentlich schwer. Wir halten fest an dem Princip, den einzelnen Mann auszubilden, und nicht eine Schlachtmasse, eine Masse von nicht selbständig ausgebildeten Leuten. Die Gleichmäßigkeit, die wir da erzielen, ist die Grundlage der Armee. Darin beruht auch die Wichtigkeit der Paraden, daß wir kontrollieren können, ob die Armee in allen Theilen gleichwertig ist. — Den Artikel im „Militär-Wochenblatt“ hat Herr Bebel nicht verstanden. Aber zu sagen, weil ein solcher Artikel im „Militär-Wochenblatt“ steht, ist die ganze Ausbildung im Unglück für die Armee, ist ganz unbegründet. (Bravo! rechts.) Gerade in China hat sich gezeigt, daß die Selbstständigkeit unsrer Leute vortrefflich war. Wie Herr Bebel durch eine Instruktion erreichen will, daß jeder Mann über Schlachten hinweg bei Terrain- und Besetzungsschwierigkeiten richtig die Entfernung schätzt, möchte ich wissen. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Wenn die Leute zuerst auf 50 Meter geschätzt haben und dann umgestellt haben auf 500, so beweist das nur, daß die Compagnie vorzüglich ausgebildet war. (Sehr gut! rechts.) Besonders werden ja in neuester Zeit die Kaisermandate kritisiert. Ich habe recht viele Manöver mitgemacht vor 1800 und 1870, aber wir haben damals nie gemeint, daß man solche Manöver überhaupt machen könnte, wie jetzt, wo derartige Truppen in ganz kurzer Zeit durcheinander und ineinander geworden werden und wo man das Terrain in vollendeter Weise ausnützt. Die Kritik unsrer Manöver ist ja sehr billig, aber mag das nur einer nachmachen! Die Leistungen sind ganz hervorragende und unsre Truppen zeigen sich bei den Manövern in ausgezeichnetem Licht. Die Kavallerieattaken werden ja vor allem angegriffen. Es war interessant, daß Herr Bebel heute sagte, weil ein Armeekorps keine Kavallerie abgeben mußte, dann mußte es zurückgehen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: alle Kavallerie!) Sonst sagen die Herren doch immer, die Kavallerie ist ganz unnötig. Nur bei einem Manöver ist es überhaupt möglich, Operationen mit großen Kavalleriemassen zu machen. Wir wissen jetzt ganz genau, daß derjenige, der über viel Kavallerie verfügt, in den Operationen dem andern weit voraus ist. Wir haben jetzt gelernt, daß man mit der Kavallerie Marsch — marsch machen muß, auf 40 Kilometer hinaus, dann steigt man, und so etwas konnten wir nur bei den Kaisermandaten lernen. Das hat jeder im Auslande lobt, ist ja gar nicht nötig. (Rufe rechts: Ja! Segenheil! und Heiterkeit rechts.) Wie gesagt, Kritik ist billig, aber ob Herr Bebel das schaffen kann, was geschehen ist, erscheint mir in hohem Maße zweifelhaft.

Abg. v. Tiedemann (Sp.): Die Reden des Herrn Bebel zum Militär-Etat habe ich immer gern gehört, sie wirken anregend, zum Theil erheiternd, und brachten sonst wenigstens etwas Neues. Dies Reue sollte diesmal gänzlich. Daß kein Duell zwischen Offizieren im letzten Jahre vorgekommen ist, wird Herrn Bebel vielleicht sehr unangenehm gewesen sein. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß gewisse Fälle von Duellen niemals aufhören werden. Ich selbst würde mich trotz meiner weißen Haare in gewissen Fällen schlagen. Die Mißhandlungen verurteilen wir natürlich auch, aber die Zahl dieser Mißhandlungen ist doch im Verhältnis zur Zahl der Unteroffiziere ganz klein. Und sind etwa brutale Mißhandlungen bei Circulis gegen solche, die arbeiten wollen, etwas anders als solche Mißhandlungen beim Militär. (Sehr gut! rechts.) Die größere Anstrengung der Soldaten stammt lediglich von der Einführung der zweijährigen Dienstzeit. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.)

Abg. Hug (L.): Ich möchte darauf hinweisen, daß viele Militärkapellmeister keineswegs einen ihren künstlerischen Leistungen entsprechenden Rang einnehmen. Hoffentlich schafft die Militärverwaltung da Abhilfe. Gegenüber dem Abg. Bebel bemerke ich, daß wir principielle Gegner des Duells sind, auch wenn der erste heutige Redner unsrer Partei nicht davon gesprochen hat.

Generalmajor von Einern: Wir sind gern bereit, einzelnen Militärkapellmeistern, besonders bedeutenden Leuten einen höheren Rang zuzubilligen. Es ist aber bisher in dieser Sache noch nichts Entscheidendes geschehen.

Abg. v. Gortinski (Wolke) erklärt gegenüber dem Kriegsminister, daß man in Preußen bestrebt sei, den Polen ihre Nationalität völlig zu nehmen. Das könnten sich die Polen nicht gefallen lassen, wenn sie nicht die miserabelsten Schurken wären.

Abg. Kunert (Soz.) weist zunächst auf einen Fall hin, in dem ein zu sechs Monaten Gefängnis verurteilter Soldat nach Verurteilung dieser Strafe als unbeschädigt freigesprochen worden ist und regt an, die ihm durch die Verurteilung genommenen Rechte (Civilversorgungsgeld, Dienstprämie) wieder zu gewähren. Redner tritt weiterhin den Ausführungen des Kriegsministers über die Soldatenmishandlungen mit Verurteilung auf mehrere Einzelsfälle entgegen und kommt darauf auf die Wanderversuche zu sprechen. Bei den Umgehungsmanövern an der Weser hat ein und derselbe Pflücker dreimal gefügt. Der Kriegsminister hat kein Wort gesagt über die in Aussicht stehende Vermehrung der Kavallerie. Aber gerade infolge seines Schweigens können Sie taktischer annehmen, daß die 20prozentige Vermehrung der Kavallerie nicht ausbleibt.

Rum ist mir vorgestern, als ich in eine Kritik der Kaiser-Manöver eintraten wollte, der Herr Präsident entgegengetreten mit einem Rausspruch, der dem *sio volo, sio jubeo!* gleichkommt. (Oh! rechts.) Anders war es nicht; lesen Sie es doch nach! Man kann aber die Kaiser-Manöver nicht besprechen, wenn man nicht auch diejenige Person dabei erwähnt, die im Centrum der ganzen Sache steht, den Kaiser selbst. Was jedes eklektische Winkelblättchen thun kann, was in jeder Volksversammlung im Weisheit der Polizei-Organen möglich ist, das ist hier im Deutschen Reichstage nicht gestattet, dazu hat der Reichstag keine Freiheit! (Zustimmung bei den Socialdemokraten. Große Unruhe rechts und im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, was hier im Reichstag gestattet ist, bestimmt die Geschäftsordnung, und wenn nicht etwas Besonderes darin steht, der Präsident und dabei bleibt es und wenn Sie dreimal sagen: *sio volo, sio jubeo!* Ich bitte also nochmals, diese Truppenführung Seiner Majestät des Kaisers hier nicht zu kritisieren. (Beifall rechts.)

Abg. Kunert: Herr Präsident, ich glaube aus Ihren Worten entnehmen zu müssen, daß hier zwar manches gestattet ist: man kann den Namen Gottes anrufen, aber den Namen Wilhelm II. nicht. (Große Unruhe rechts und im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem (sehr erregt): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung, weil Sie auf eine ganz unpassende Weise einerseits den Namen Seiner Majestät hineingezogen und zweitens meine Anordnungen kritisiert haben.

Abg. Kunert (fortfahrend): Das Recht der Redefreiheit wollen und dürfen wir uns nicht antastet lassen (Bravo! bei den Socialdemokraten) und derjenige Mann, der hier im Reichstage das Recht zu schätzen hätte, der schlägt dieses Recht nicht, sondern er tritt es mit Füßen. (Lebhafte Rufe: Oh! rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam! (Bewegung.)

Abg. Kunert: Sehr wohl! Nachdem, was ich jetzt hier erlebt habe, muß ich in der That gestehen, genieren mich irgend welche Ausführungen Ihrerseits gar nicht mehr. (Erneute Chorufe rechts und im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem (aufs äußerste erregt): Ich rufe Sie zum dritten Mal zur Ordnung wegen fortgesetzter Ungehorsamkeit gegen meine Anordnungen. Falls Sie Ihre Rede nicht beendet haben, werde ich das Haus fragen, ob es Sie noch weiter anhören will.

Abg. Kunert (Soz.): Ich habe kein Bedürfnis danach! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf v. Koon (l.): Herr Bebel studiert jetzt die Militärgerichts-Verhandlungen und bringt alle die Dinge vor, die wir alle schon aus den Zeitungen kennen. Gewiß hat Herr Bebel das Recht, hier Mißstände zu kritisieren. Es kommt aber auf den Ton an und darauf, daß man sich vor Ueberreizungen hütet. Das aber kann ich nicht anerkennen. Behauptungen vom Auslande nehmen wir nicht an, da wir gezeigt haben, daß wir die erste Armee der Welt sind. Freilich kommen empörende Mißstände vor. Aber Mißstände kommen auch in anderen Ländern vor. Von Streitenden sind schon große Mißstände gegen Arbeitswillige verübt worden. Deshalb legen wir uns keine Sammlung von solchen Fällen an und nennen nicht alle Arbeiter roh. Ueber das Vergnügungsrecht können wir uns mit Herrn Bebel in keine Kontroverse einlassen. Herr Bebel kann sich ruhig schlafen legen, die deutsche Armee ist die erste der Welt und der oberste Kriegsherr wird die Armee schon zu schätzen wissen in ihrer heutigen Stellung. In Bezug auf die Manöver hat der Abg. Bebel ein richtiges Wort ausgesprochen. Manöver ist kein Krieg. (Weiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Auf die Rede des Vorredners will ich nicht eingehen. Er sprach, wenn er von der Armee rede, immer mit dem Worte „wir“, obwohl er gar nicht mehr Offizier ist. Das ist bezeichnend. Zum Wort gemeldet habe ich mich, um auf den Fall des Hauptmanns Feilisch zurückzukommen. In der „Münchener Post“ ist diesem Hauptmann, der in Bayern entlassen worden ist, in Preußen aber wieder in die Armee eingestellt worden ist, Freiheit vor dem Feinde vorgeworfen. Obwohl General v. Heeringen hier erklärt hat, es sei bereits Strafantrag gegen dieses Blatt gestellt worden, ist dieser Strafantrag bis heute nicht erfolgt, obwohl das genannte Blatt dem Prozeß mit völliger Ruhe entgegengesehen haben würde. Sonst arbeiten Militär- und Justizverwaltung sehr prompt einander in die Hände. Hier aber erklärt ein General fälschlich, es sei ein Strafantrag bereits gestellt. Mir ist allerdings gesagt worden, der Herr v. Feilisch kenne, der halte ihn einer Freiheit für unfähig. Ich will also dahingestellt sein lassen, ob der Vorwurf einer Freiheit vor dem Feinde berechtigt ist. Die Thatsache steht fest, daß ein in Bayern als Soldatenführer bekannter Offizier jetzt Compagniechef des 31. Infanterie-Regiments ist. Ein Wunsch von höherer Stelle soll dem Hauptmann v. Feilisch den Weg nach Preußen gebahnt haben. Anders ist das auch nicht zu erklären. Außerdem muß ich einen Fall von Soldatenmishandlung zur Sprache bringen. Ich habe den Fall dem Kriegsminister mitgeteilt. Der Mann ist nach fortgesetzten groben Mißhandlungen im Jahre 1902 wegen Geisteskrankheit entlassen worden. Ich kenne ihn von früher Jugend ganz genau. Er ist etwas links, ging aber gern zum Militär und meldete sich freiwillig. Er bielte bei der 2. Compagnie des hannoverschen Train-Bataillons. Ich war auch Soldat. Solche Mißhandlungen aber, wie sie bei dieser Compagnie vorgekommen sind, habe ich nach meinen Erfahrungen für unmöglich gehalten. Man hat den Mann nicht nur geschlagen, man hat ihm auch Kleider gestohlen und Geld weggenommen in fast erpresserisch zu nennender Weise. Beim Reiten sind ihm mit einer Leinwand in den Kopf geschlagen worden. Der Mann kam ins Lazarett, die Aerzte bemühten sich um die Aufklärung. Als es zur Verhandlung kam, blieb der Mann nicht bei seinen Aussagen. Er log und mit ihm logen mehrere Kameraden. Der Mann wurde schließlich als geisteskrank der Provinzial-Irenenanstalt überliefert. Das ist kein abnormer Verlauf einer Soldatenmishandlungs-Affaire. Was aber ungewöhnlich ist, das ist ein Schreiben des Generalkommandos an den Vater des Mishandelten, der aus Gram über das Schicksal seines Sohnes an gebrochenem Herzen gestorben ist. Auf die Witte, den Fall doch endlich einmal genau zu untersuchen, bekam der Vater vom Generalkommando eine Antwort, in der es wörtlich heißt: „Ihr Sohn ist von seinen Vorgesetzten und von zahlreichen Kameraden schon lange vor seiner im Mai dieses Jahres erfolgten Ueberführung in das hiesige Garnisonlazarett für geistig nicht normal gehalten worden. (Hört! Hört! bei den Socialdemokraten.) Ein Beweis dafür aber, daß seine geistige Erkrankung durch die schlechte Behandlung oder gar Mißhandlung seitens seiner Vorgesetzten entstanden oder gar befördert sei, ist nicht erbracht. Das Generalkommando des X. Armee-corps.“ Das ist doch geradezu unbeschreiblich, was das Generalkommando hier selbst zugiebt. Man wußte bereits lange, daß man es mit einem geistig nicht normalen zu thun hatte, und man hat nichts, um den Mann seinem Verderben zu entreißen, sondern man wartete bis zur Katastrophe. Das ist einfach unglücklich, wie man hier mit Unschämlichkeit verfährt und es ist unerhört, daß der

Compagniechef nicht rechtzeitig eingegriffen ist. Was müssen das für Zustände in der Compagnie sein, deren Chef förmlich einen Namen trägt, für dessen Hochhaltung er hätte mehr sorgen sollen. Wenn der Compagniechef nicht einmal weiß, was alle seine Untergebenen wissen, wie darf er sich da der Vater der Compagnie nennen? Solche Fälle zeigen uns denn doch, daß sehr viel sauer ist in unserem Militärwesen, und wenn ich auch nicht generalisieren will, so muß ich doch sagen, daß die Frage der geistig nicht widerstandsfähigen Soldaten bei uns schärfer im Auge behalten werden muß als bisher. Aus meiner eignen Dienstzeit habe ich ähnliche, wenn auch nicht ganz so schlimme Erfahrungen. In diesem Falle aber ist der Vorwurf der schwersten Mißhandlung gegen den Vorgesetzten dieses Rekruten nicht unangebracht. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz: Der Vorredner hat der Armee Vorwürfe gemacht — (Abg. Südekum: Nicht der ganzen Armee!), der Vorredner hat also einem Teile der Armee sehr heftige Vorwürfe gemacht. Er hat sich sogar dazu hinreihen lassen, einem Offizier, der sich hier nicht verteidigen kann, den Vorwurf der Freiheit zu machen. Das ist allerdings in meinen Augen eine Art und Weise, die sich nur hier erklären läßt, wo der Bestreffende nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ich glaube, vor Gericht würde der betreffende Herr sich schenken, eine derartige Behauptung aufzustellen. (Oh! bei den Socialdemokraten.) Es liegt gegen den Herrn v. Feilisch auch nicht das geringste vor. Er ist dekoriert worden im Kriege. Ob das Verleumdungen gewesen sind, das weiß ich nicht, jedenfalls rechnen wir es uns zur Ehre an, den Mann in der preussischen Armee zu haben.

Der Abg. Südekum hat ferner gesagt, er hätte dem preussischen Kriegsminister mitgeteilt, er wolle heute diesen zuletzt erwähnten Fall zur Sprache bringen. Das ist allerdings richtig; heute morgen um 11 Uhr habe ich die Mitteilung bekommen. Ich habe mich bei allen Abteilungen erkundigt, ob das irgend jemals zur Sprache gebracht worden wäre. Das ist nicht der Fall. Nach dem, was der Herr Abgeordnete hier vorgebracht hat, bezweifle ich für meine Person die Richtigkeit seiner Ausführungen. (Oh! bei den Socialdemokraten. Abg. Dr. Südekum ruft: Der Brief des Kommandanten.)

Abg. v. Oldenburg (l.): Ich möchte im Gegensatz zum Abg. Bebel meiner großen Freude Ausdruck geben über die Begnadigung des Lieutenant Hildebrandt. Beide Herren, Hildebrandt und Wasilowitsch, sind mit ihrem Leben eingetreten für die Auffassung, die unser Offiziercorps zum ersten der Welt gemacht hat! (Zuruf bei den Socialdemokraten: Großartig!) Ich freue mich, daß durch die Begnadigung der Beweis erbracht ist, daß auch heute noch weder Presse, noch die sogenannte öffentliche Meinung irgend welchen Einfluß haben auf die Behandlung deutscher Offiziere an maßgebender Stelle. (Große Unruhe.) Gewiß ist der Fall tragisch, aber das allertragischste würde sein, wenn die Anschauungen unsres Offiziercorps in puncto „Ehre“ anders würden, als sie sind. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Sie (zu den Socialdemokraten) scheinen kein Verständnis für diese Auffassung zu haben. (Abg. Singer ruft: Für solche Thorheiten allerdings nicht!) Der preussische General v. Seibitz, der bei einer Lebung des Unglücks gehabt hat, eine größere Anzahl von Leuten zu verlieren, erwiderte dem König Friedrich dem Großen, der ihn deswegen tadelte: „Wenn Majestät wegen gebrochener Hälse soviel Aufheben machen, bin ich nicht in der Lage, diejenige Kammeraderie heranzubilden, die zu höchsten Tugenden notwendig ist.“ Ohne die Duelle würde der Geist unsres Offiziercorps leiden. (Gelächter links.) — Was die Begnadigung auf den Bahnhöfen im Gumbinner Fall anlangt, so ist eine solche stets erfolgt bei dem Fortgange eines beliebigen Offiziers. (Lebhafte Zurufe bei den Socialdemokraten: Sie sind ja gar kein Mitglied dieses Hauses!) Die Herren rufen mir zu, ich sei kein Mitglied dieses Hauses. Wenn Sie (zu den Socialdemokraten) noch nicht wissen, daß das Plenum darüber zu entscheiden hat, so lernen Sie heute noch etwas hinzu! (Weiterkeit rechts; Gelächter bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bebel (Soz.):

Der Vorredner meinte, wenn die Anschauungen des Offiziercorps in puncto „Ehre“ sich änderten, so würde das Offiziercorps nicht mehr auf seiner jetzigen Höhe stehen. Ich an Stelle des Vorredners würde aus dieser meiner Anschauung zunächst selbst die Konsequenzen gezogen haben. Wenn es mir z. B. passiert wäre, daß die Wahlprüfungs-Kommission einstimmig beschloßen hätte, meine Wahl für ungültig zu erklären, weil ich überhaupt nicht gewählt sei, so wäre es mir Ehrenfrage gewesen, noch an demselben Tage des Beschlusses der Wahlprüfungs-Kommission mein Mandat niederzulegen, statt heute hier diese Rede zu halten. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten, große Unruhe rechts.)

Wir haben ja wohl ein anderes Ehrgefühl als die Herren, aber es scheint das feinere zu sein. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Der Kriegsminister meinte, ich hätte nichts Neues gesagt. Meine Reden bei dieser Gelegenheit beziehen sich stets auf Mißhandlungen. Das Thema ist immer dasselbe, aber die Thatsachen sind andre. Sie können mir wirklich keine größere Freude bereiten, als wenn Sie dafür sorgen wollten, daß ich nicht mehr in die Lage käme, solche Anklagen hier zu erheben. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Solange das nicht geschieht, werde ich, machen Sie, was Sie wollen, die Fälle hier zur Sprache bringen und meine Kritik daran knüpfen. Das betrachte ich als meine Pflicht als Volksvertreter. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Es steht fest, daß das Duellwesen nicht existieren würde, wenn es in der Armee nicht geübt würde. Die Fälle habe ich zur Sprache gebracht, weil die schuldigen Duellanten, obwohl ihre That von allen Seiten, auch vom Kriegsminister, verurteilt worden, dennoch nach wenigen Monaten begnadigt worden sind. Herr v. Goltz hat nun gemeint, die Fälle seien so gelagert, daß mildernde Umstände nicht zu leugnen gewesen wären. So weit wir die Fälle kennen, ist von mildernden Umständen keine Rede darin. Entscheidend ist, daß mildernde Umstände allemal bei Duellanten vorhanden sind und daß es überhaupt noch nicht vorgekommen ist, daß ein Duellant die Verurteilung, die er erfahren hatte, auch wirklich verbüßen mußte. Die Auffassung, die Herr v. Tiedemann und Graf Koon vertreten haben, ist ganz veraltet. Die englische, holländische und schweizerische Armee kommt ohne Duell aus, ohne deshalb schlechter zu sein. Aber charakteristisch ist es für Sie, die Sie auf dem Boden des Eusebes zu stehen vorgeben und uns immer das Gegenteil vortreiben. Sie geben auch vor, gute Christen zu sein, und nun treten Sie mit Bewußtsein die Vorschriften Ihrer Religion mit Füßen.

Der Kriegsminister hat über den Fall König gesprochen. Wenn er dazu kommen sollte, daß die Militärstrafstellen mit der Pistole in der Hand für ihre Artikel Rede stehen müssen, dann ist das gewiß eine ungehörige Einschränkung der Kritik. — Ich habe heute Einzelsfälle vorgebracht, in der Absicht, zu zeigen, wie milde mancher und wie hart andre beurteilt werden. Die Gegenüberstellung war mir das erwidrigste Moment, um die Verbesserungsbefähigung der Militär-Strafprozeß-Ordnung nachzuweisen, daß die Mißhandlungen in ihrer großen Mehrzahl Fälle leichter Natur sind, weiß auch ich. Herr v. Goltz meint dann weiter, Kritiker sei leicht, Beförderer aber schwer. Wir sind jetzt leider in der Lage, immer kritischer zu machen. Machen Sie und doch einmal Platz, lassen Sie uns doch an Ihre Stelle! Nun wir dann nicht unsre Schuldigkeit, dann haben Sie ein Recht, uns Vorwürfe zu machen. (Große Heiterkeit.) Mit großem Vergnügen habe ich mich in der That darauf berufen, daß meine Auffassung über die Ausbildung der Armee von hervorragenden Offizieren geteilt wird. Ich habe den lebhaften Wunsch, diese Ideen hier zu propagieren, damit sie zum Besten der Armee und Deutschlands verewlicht werden. Die Mitteilung über das Hinusschießen der Leute über's Ziel habe ich nur gemacht, um zu zeigen, wie richtig das Urteil des Oberst Goltz über die ungenügende kriegsmäßige Ausbildung der Offiziere ist. — Niemand von uns hat die Abschaffung der Kavallerie gefordert. Gestügt auf das Urteil sachverständiger Offiziere habe ich nur gesagt, daß die Manöver mehr und mehr

den Charakter eines militärischen Schauspiels annehmen, statt eine militärische Lebung im großen Maßstabe zur Ausbildung der Offiziere zu sein. Wegen die Kavallerie-Attaden habe ich mich gewandt, weil im Ernstfall kein Mann und kein Pferd bei solchen Angriffen übrig bleiben würde. Graf Koon hat gesagt: „Ach, die englische und französische Presse kann uns sehr gleichgültig sein!“ Meine Herren, nur nicht dieser Hochmut! Ich sage Ihnen, Sie können auch von jedem, auch von dem geringsten noch etwas lernen! Sie haben gar keinen Grund, mit solcher Verachtung auf die Engländer herabzublicken, auch wenn sie im Boerentrieg von den Boeren, die nicht zwei Jahre zur militärischen Ausbildung hatten, 2 1/2 Jahre lang in Schach gehalten worden sind. Es ist uns vorgeworfen worden, wir verurteilen nicht die Gewaltthaten gegen Arbeitswillige. Wie kann man das behaupten? Lesen Sie doch unsere Presse! Fortgesetzt arbeiten wir daran, die Massen aufzuklären. Aber wie werden in solchen Fällen die Leute, die sich Mißhandlungen zu Schulden kommen lassen, bestraft! Die härtesten und schwersten Strafen treffen sie.

Sehr interessant war mir, daß Graf Koon die Mißhandlungen darauf zurückführen wollte, daß die zweijährige Dienstzeit an die Stelle der dreijährigen getreten sei. Er hat auch erklärt, hoffentlich würde die Zeit recht bald kommen, wo die dreijährige Dienstzeit wieder eingeführt wird. Er und Herr v. Tiedemann haben sich als entscheidene Anhänger der dreijährigen Dienstzeit hingestellt. Hoffentlich werden Sie das auch Ihren Wählern sagen! Wir werden jedenfalls dafür sorgen, daß es diesen nicht unbekannt bleibt! (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Uebrigens: die dreijährige Dienstzeit bekommen Sie in alle Ewigkeit nicht wieder! Das würde zu teuer werden und das Volk zu sehr empören. Recht viele Garnisonen sollen also nach dem Osten gelegt werden, um dort das Deutschthum zu stärken. Sie mögen ja das Bedürfnis nach einer Vermehrung des Heeres empfinden, das deutsche Volk gewiß nicht. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ob ein Duellgegner hoffähig ist oder nicht, weiß ich nicht. Ich bin am deutschen Hofe nicht zu Hause. (Große Heiterkeit.) Ich habe mich nur auf das Zeugnis eines Mannes berufen, der es wissen kann. Der Abg. Hug hat erklärt, daß alle Parteien die Militärmißhandlungen verwerfen. Leider aber ist es traurige Thatsache, daß wenn wir diese Mißhandlungen nicht zur Sprache bringen würden, Sie sie mit keinem Wort hier erwähnen würden. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Abg. Südekum (Soz.):

Ich stelle fest, daß die „Münchener Post“ nicht angeklagt worden ist, und daß die Sache sehr verjährt ist. Herr v. Goltz hat mich aufgefordert, ich sollte meine Anschauungen auch außerhalb des Hauses wiederholen. Das verheißt ich gar nicht. Dafür will ich doch hier, daß wir solche Fälle hier im Hause zur Sprache bringen. Die Militärverwaltung hatte Gelegenheit, sich vor Gericht zu rechtfertigen, sie hat es nicht gethan, also wird sie wohl auch etwas zu scheuen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Der Kriegsminister hat darin Recht, daß ich ihn sehr spät erst benachrichtigt habe. Eine Reihe wichtiger Umstände sind daran schuld, in der Sache selbst aber traf er sehr daneben. Es ist keine außergewöhnliche Thatsache, wenn ein preussischer kommandierender General selber brieflich zugiebt, daß nichts geschehen sei, um die Katastrophe abzuhalten. Herr v. Goltz ist leider gar nicht auf meine Anregung eingegangen, anormale Personen rechtzeitig zu beobachten und aus dem Militärdienste zu entlassen, bevor sie zu Schaden gekommen sind. Unser strikt hat allerdings sehr wenig Zweck, wenn sie der Kriegsminister für unbeachtlich erklärt. Da können wir wirklich lieber nach Hause gehen. Ich dachte, der Kriegsminister würde mir dankbar sein, wenn ich ihm mitteilte, welche Schäden in der Armee bestanden. Jedenfalls wird die zweite Compagnie des hannoverschen Trainbataillons nicht so geführt, wie sie geführt werden sollte. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. v. Oldenburg (l.): Persönlich bemerke ich, daß es mir ganz gleichgültig ist, was Herr Abg. Bebel über meine Person denkt. (Bravo! rechts. Gelächter.)

Die Abgg. Graf Koon (l.) und v. Tiedemann (Rp.) erklären, daß sie die Mißhandlungen nicht mit der zweijährigen Dienstzeit, sondern mit der Ueberbürdung der Offiziere in Zusammenhang gebracht hätten.

Das Gehalt des Kriegsministers wird bewilligt und die Weiterberatung dann auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.) regt an, da das Haus in den nächsten Tagen vermutlich beschlußfähig sein würde, die rüchständigen Wahlprüfungen auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf Ballestrem: Sobald sich diese erfreuliche Botschaft (Heiterkeit) erfüllt hat, werde ich es thun. Uebrigens hätte ich es auch ohne die Mahnung des Herrn Abgeordneten gethan. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Die Geheimnisse des Damenstiftes.

München, den 7. März. (Sig. Ver.)

In dem Prozeß gegen die Stiftsoberin v. Deussler erstatten im weiteren Verlaufe zunächst einige der Sachverständigen ihre Gutachten. Oberaufseher Kapp erklärt: Der Kasten enthielt 3,64 Proz. Chlorwasserstoffsäure, was einem Gehalt von 11 Proz. reiner Salzsäure entspricht. Nach dem Gutachten des Landgerichts-Arzt Prof. Dr. Hofmann ist es ein charakteristisches Zeichen der Salzsäure-Vergiftung, daß die Kehrwirkung nicht in die Tiefe geht. Gleichwohl können erhebliche Störungen im Magen entstehen. Das Blutbrechen spricht dafür, daß die Salzsäure auch im Magen Actionen zur Folge hatte. Der jetzige Zustand der Wagner ist auf die Salzsäure-Vergiftung zurückzuführen. Sind ein tödlicher Ausgang der Vergiftung zu bezweifeln, sind mindestens 10 Gramm Salzsäure nötig, die auf einmal genommen werden müssen. In einem Säußer kann höchstens 1 Gramm enthalten gewesen sein und diese Dosis ist geeignet, eine Vergütung der Wagners zu bewirken. Dazu kommt, daß die Wagner bereits einen empfindlichen Magen hatte und schwer verdauliche Speisen nicht vertragen konnte. Die Möglichkeit einer Fehlstellung ist nicht ausgeschlossen, sondern sogar anzunehmen.

Ein Intermezzo.

In der gestrigen Verhandlung meldete sich, veranlaßt durch die Zeitungsberichte, freiwillig die Magistrate-Beamtin Frau A. R. Sie sagt, die Wagner sei bei ihr vor Jahren als Dienstmädchen gewesen, habe sich als faul und lüthigst erwiesen und mit ihrem Namen ein intimes Verhältnis unterhalten. Der Dukei der B. habe ihr erzählt, daß diese auch mit einem „Namen am Bahnhöfen“ ein Liebesverhältnis unterhielt.

Herr, der Dukei der Wagner, der Bote an Oberlandesgericht ist, wird vorgelesen und erklärt, die W., die damals 17 Jahre alt war, habe nach einigen Monaten Dienstzeit die Stelle bei Karl verlassen wollen. Er habe dem Mädchen einige Ohrfeigen gegeben, weil ihm das nicht paßte. Später habe sich erwiesen, daß das Mädchen recht hatte, als sie dort weg wollte. Der Zeuge befreit mit aller Entschiedenheit, daß er der Karl etwas von einem Liebesverhältnis erzählte. Das Gericht beschloß darauf, den Ehemann der Karl zu laden, der heute erschienen ist und auf Befragen wie folgt ausfragt: Die Wagner besagte sich bei mir oft über die schlechte Behandlung durch meine Frau. Ich rede ihr gut zu, sie solle sich das nicht so zu Herzen nehmen. Sie ist dann immer ziemlich lange bei mir geblieben und hat sich an mich angelehnt. Es hat sich zwischen uns ein Verhältnis entwickelt, das kein Liebesverhältnis war, ich könnte es ein freundschaftliches nennen, es bestand eine wirkliche gegenseitige Neigung. Sie ist auch sehr hingebend gewesen. — Vorf.: Hat sie sich Ihnen freiwillig hingeeben? — Zeuge: Ja. — Vorf.: Wo ist es zu einem Ehebruch gekommen? — Zeuge: Nicht ganz! — Vorf.: Wie so? — Zeuge erklärt, die W. sei zu dem Geschlechtsakt freiwillig bereit gewesen, der indes an seinem, des Zeugen, Unvermögen scheiterte. Aus diesem Grunde sei es auch ausgeschlossen, daß die Wagner von ihm schwanger geworden

fel, wie sie später der Frau Karl gegenüber behauptete. Zeuge bemerkt ferner, daß seine Frau sehr eifersüchtig ist.

Frau Karl giebt zu, mit ihrem Dienstmädchen geeifert zu haben. Die Wagner sei nach ihrer Entlassung einmal zu ihr gekommen und habe ihr Andeutungen gemacht („Ich weiß nicht, mir ist immer so schwindlig“), daß sie schwanger sei. Sie — die Jungfrau — habe jedoch die W. fortgeschickt mit der Bemerkung, sie habe an ihrer Wäsche gesehen, daß dies nicht richtig sein könne. Sie behauptet auch, die Wagner sei sehr boshaft.

Einige Frauen, bei denen die Wagner vor und nach dem Dienstverhältnis bei der Familie Karl bedient war, schildern sie als fleißiges, braves Mädchen, das nicht lügendhaft war und keine Liebschaft hatte.

Gerichtshofe Heger, der den Onkel der Wagner, erklärt wiederholt auf seinen Eid, daß er der Karl nichts von einer Liebschaft seiner Nichte erzählt habe.

Die Minna Wagner wird nochmals vorgelesen und erklärt unter Verfluchung auf ihren Eid mit der größten Bestimmtheit: Karl ist mir wiederholt nachgegangen und wollte was von mir. Er hat mich aber nicht erwischt. Ich habe auch nie mit einem andren Mannes zu thun gehabt. Davon kann schon gar keine Rede sein, daß ich zu der Frau Karl gesagt hätte, ich sei von ihrem Mann schwanger geworden.

Frau Karl, nachdrücklich auf die Folgen eines Meineides aufmerksam gemacht, bleibt auf ihrer Aussage bestehen; ebenso aber auch die Wagner, die während des sehr aufregenden Kreuzverhörs einen Brechanfall bekommt.

Hofrat Dr. med. Grünwald behandelte wiederholt die Angeklagte v. Heusler und konstatiert, daß sie sich in den Wechseljahren in einem Zustande außerordentlicher Erregung befand. Sie zeigte ein außerordentliches Maß geistiger Beschränktheit und hat sich nicht über das geistige Niveau der alten Stiftdamen erhoben, mit denen sie umzugehen hatte.

Es folgen die Gutachten der ärztlichen Sachverständigen, die übereinstimmend bekunden, daß die Wagner während der Beobachtungszeit ein bescheidenes, ruhiges und anständiges Benehmen an den Tag legte. Davon, daß sie hysterisch oder geisteskrank sei, könne gar keine Rede sein, auch für übermäßigen Alkoholgenuß bestche kein Anhaltspunkt.

Weglich der Angeklagten v. Heusler lauten die Gutachten, daß ihr ganzes Verhalten auf einen sehr niederen Grad geistiger Fähigkeiten schließen lasse. Auffallend sei das Verhalten ihrer ethischen Funktionen (die unanständigen Gespräche, die gegen die Kranken Stiftdamen an den Tag gelegte Anekdote), obgleich man bestweigen eine völlige Krankhaftigkeit nicht annehmen könne.

### Sodann beginnen die Plaidoyers.

Staatsanwalt Aul begründet in mehrstündiger, sehr geschickter Rede die Anklage und entwirft ein abschließendes Charakterbild der Angeklagten, die eine Meisterin der Lüge sei und eine geradezu fanatische Voreingenommenheit gegen das Alter und seine Gebrechen an den Tag lege, obwohl im Stiftungsbrief ausdrücklich verlangt wird, daß die Eigenheiten der alten Damen mit christlicher Liebe und Geduld ertragen werden sollen. Die Angeklagte aber hat die Damen in der denkbar schlechtesten Weise behandelt und sie als alte Laster, Juren z. beschuldigt. Der Protektorin des Stiftes, eine Königin-Like Prinzessin, deren Freundschaft sie sich rühmte, habe sie sogar nachgesehen, daß sie ein Verhältnis mit ihrem Hausarzt unterhalten. Und auf die Ankündigung, man werde sich über sie im Ministerium beschweren, hatte sie nur die Antwort: Dem Referenten geht das einen Dred an, und der Minister laun mich — —! Im Gegenzug zu der Hauptzeugin Wagner sei die Heusler eine gewerbmäßige Verleumderin, Lügnerin und Ehrabschneiderin. Wenn sie heute die That leugne, so habe sie sich am Tage nach der That durch ihre unvorsichtigen Äußerungen selbst verraten, besonders durch die an das Dienstmädchen Stoff gerichtete Bemerkung: „Die hat gewiß Salzsäure gebraucht, es ist schon so angerichtet, daß sie hinausblommt.“ Ebenso spreche für ihr Schuldbewußtsein, daß sie der Wagner den Kaffeekeß zu entreißen suchte.

Der Verteidiger Dr. v. Panwitz bestritt, daß für die Vergiftung überhaupt ein genügendes Motiv vorliege. Die vorliegenden Indizien seien nicht genügend, etwas gegen die Angeklagte zu beweisen. Wenn diese lügendhaft war, so sei dies noch kein Beweis, daß sie auch das Gift in den Kaffee mischte. Sie habe gegen die Damen gewiß rohe und starke Ausdrücke gebraucht; aber das beweise nur, daß sie für ihre Stellung nicht geeignet war. Sie wußte mit den alten Damen nicht umzugehen und ihr Groll über die Qualen machte sich durch die Schimpfereien Luft. Das beweise aber auch nicht, daß sie gemitdrot war. Der Verteidiger macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die belastenden Momente fast ausschließlich von der W. Wagner deponiert wurden. Diese habe auch als ehemalige Krankenpflegerin die Wirkung der Salzsäure gekannt und eine so kleine Dosis selbst genommen, wie sie einem gesunden Menschen nicht ernstlich schaden konnte. Sie habe dabei nur nicht an ihren schwachen Magen gedacht. Es liege eine Selbstvergiftung vor zu dem Zwecke, sich interessant zu machen und dabei womöglich der Heusler zu schaden. Die Wagner habe wohl selbst nicht gewußt, daß die D. auf mindestens 1 Jahr ins Juchthaus komme. Würden die Geschworenen aber zu der Meinung kommen, daß die Angeklagte das Gift doch hinein getan habe, so

müsse immer die Frage berücksichtigt werden, ob das zu dem Zweck geschehen sei, um die W. an ihrer Gesundheit zu schädigen oder um ihr nur einen Schabernack zu spielen! Die D. sei doch höchstens zu einer kleinen Potheie, nicht aber zu einer Teufelei fähig. Und da es keine milderen Umstände gebe, so bitte er die Geschworenen, wenn sie die Schuldfrage nicht verneinen können, doch wenigstens anzupreden, daß die That nicht geschehen sei, um die W. in ihrer Gesundheit zu schädigen. In diesem Falle sei sie wenigstens vor dem Juchthaus bewahrt, wenn sie auch mit ihrem kleinen Vermögen die Wagner schadlos halten müsse. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, worauf die Angeklagte v. Heusler zu sechs Jahren Juchthaus, 10 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. — Die Angeklagte nahm das Urteil ohne jede sichtliche Erregung entgegen. —

## Aus der Frauenbewegung.

**Hildesheim.** Der Verein getrieblich tätiger Frauen und Mädchen hält am Dienstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151-152, seine monatliche Mitglieder-Versammlung ab. Herr Wegler wird einen Vortrag über Kranken-Versicherung halten. Die Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen. Gäste, Herren wie Damen, haben Zutritt.

**Frauen in Vertrauensposten der sozialdemokratischen Wahlvereine Hamburgs.** Bei der Neuwahl der Verwaltungskörper der sozialdemokratischen Vereine Hamburgs wurden zum erstmaligen eine Anzahl Frauen mit zu den betreffenden Ämtern berufen. Für ein ausstehendes Vorstandsmitglied im zweiten Kreise ward mit großer Majorität Genossin Kost gewählt. Genossin Steinbach trat an Stelle eines ausstehenden Vorstandsmitgliedes im dritten Kreise. Ferner wurden nach vorheriger Verhandlung der Genossen und Genossinnen untereinander mehrere Frauen zu Bezirksführern, respektive deren Stellvertreterin gewählt.

**Frauen in der Gewerbeaufsicht.** Im 10. Urteile d. bergischen Etat ist die Anstellung einer zweiten Assistentin der Gewerbe-Inspektion vorgesehen. Die Assistentinnen der hessischen Gewerbeaufsicht sollen demnächst definitiv als Beamte angestellt werden.

Eine Sprechstunde für Frauen wird in der Redaktion der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ eingerichtet. Genossin Ad. Popp wird an drei Tagen der Woche abends für Frauen in Werkstatt- und Organisationsangelegenheiten Rat und Auskunft erteilen und Beschwerden entgegennehmen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Dienstag, den 10. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus, Louise.  
Schauspielhaus, Die Journalisten.  
Deutsches, Der Schleier der Beatrice.  
Berliner, Usher, Liebesel.  
Vossing, Der blinde Passagier.  
Neues, Erdgeist.  
Residenz, Lutti (Loute).  
Westen, Der Troubadour.  
Central, Gräfin Pepi.  
Thalia, Der Cameliennel.  
Belle-Alliance, Gr. Die Dame aus Trouville.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Das zweite Gesicht.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt-Theater.)  
Der Meister von Palmyra.

Carl Weiß, Das Jungfernstift.  
Bunte, Logenbrüder.  
Kaisers, Preciosa.  
Alteines, Reichtum.  
Trianon, Die Rotbrücke.  
Casino, Berliner Herzen.  
Metropol, Neues! Allerneuestes!  
Apollo, Specialitäten, Frau Lina.  
Wintergarten, Specialitäten.  
Reichshallen, Steiner Sönger.  
Steidl, Steidl-Sönger.  
Passage-Theater, Specialitäten.  
Passage-Vanostifum, Specialitäten.  
Palast, Die Gräfin von der Nadel.  
Specialitäten.

**Urania, Taubenstrasse 48/49.**  
Das Land Tirol.  
Im Hörsaal: Dr. G. Nass: „Die Porzellan-Fabrikation“.  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.  
**Passage-Theater.**  
Anfang Sonnt. 3, Wochent. 5, Ende 11 Uhr.  
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Boxkampf**  
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis.  
Bernhard Marx, Humorist.  
Marie Werder, Soubrette.  
Gans Berlin vorbricht sich noch immer den Kopf über die schwedende Jungfrau.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Lutti (Loute),**  
Schwank in 4 Akten von Pierre Veber. Deutsch von Max Schöner.  
Morgen und folgende Tage: **Lutti,**  
Sonntag, 15. März, nachmittags 3 Uhr:  
Seine Kammerzofe.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Er“.  
Drama in 1 Aufzug.  
Hierauf:  
**Die Dame aus Trouville.**  
Schwank mit Gesang und Tanz in drei Aufzügen.

**Buntes Theater.**  
Köpnickerstrasse 68.  
Anfang abends 8 Uhr.  
**Winterschlaf.**  
Vorher:  
**Wer ist schuldig?**  
(Parkett 1,00 M.)

**Metropol-Theater.**  
Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.  
Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender.  
Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsberg.  
300 Mitwirkende.  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Königstadt-Casino.**  
Holzmarkt 72, Ecke Alexanderst.  
Täglich erstl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzchen. Ruf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Im Hörsaal um 8 Uhr:  
Dr. G. Nass: „Die Porzellan-Fabrikation“.

## Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

## Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3, Wochent. 5, Ende 11 Uhr.

## Boxkampf

des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis.

## AG A

Bernhard Marx, Humorist.  
Marie Werder, Soubrette.  
Gans Berlin vorbricht sich noch immer den Kopf über die schwedende Jungfrau.

## Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:

## Lutti (Loute),

Schwank in 4 Akten von Pierre Veber. Deutsch von Max Schöner.  
Morgen und folgende Tage: **Lutti,**  
Sonntag, 15. März, nachmittags 3 Uhr:  
Seine Kammerzofe.

## Belle-Alliance-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:  
„Er“.  
Drama in 1 Aufzug.  
Hierauf:  
**Die Dame aus Trouville.**  
Schwank mit Gesang und Tanz in drei Aufzügen.

## Buntes Theater.

Köpnickerstrasse 68.  
Anfang abends 8 Uhr.  
**Winterschlaf.**  
Vorher:  
**Wer ist schuldig?**  
(Parkett 1,00 M.)

## Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.  
Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender.  
Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsberg.  
300 Mitwirkende.  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

## Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72, Ecke Alexanderst.  
Täglich erstl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzchen. Ruf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)**  
Dienstag abends 8 Uhr:  
**Das zweite Gesicht.**  
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.  
Mittwoch abends 8 Uhr:  
**Wohlthätige Frauen.**  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Das zweite Gesicht.**

## Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.  
**Die Rotbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfac und Francis de Croisset.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 3 Uhr: **Die Liebeschaukel.**

## Casino-Theater

Vollringstr. 37.  
9 1/2 Uhr:  
**Berliner Herzen.**  
Auftreten sämtlicher Specialitäten.  
Anfang Sonnt. 7 1/2, Wochent. 8 Uhr.

## Carl Weiss-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Das Jungfernstift.**  
Operette in 4 Akten von Ernst Gahnert. Musik von Jean Gilbert.  
Morgen: Benefiz für den Regisseur Leo Gadel. Zum erstenmal: **Der arme Heinrich.** Ein deutsches Volksschauspiel von Carl Schultes.

## Kleines Theater.

Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtasyl.**

## Steidl-Theater

Linienstrasse 132.  
Reut! Hiesig-Erfolg!  
**Wasserratten.**  
Lebensbild von Feil Steidl.  
Ferner u. a.: Steidl: Die Wette von Marienburg. Schauerl und Haas: Die lustigen Oberbairern.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Entrée 50 Hg. (Vorverkauf 40).  
Sperst. 1,00. Rote 1,50.  
Jeden nachmittags 4 Uhr: Kinder die Hälfte: Mons. Loyals  
Cirkus und Affen-Theater.

## Cirkus Schumann

Dienstag, den 10. März 1903, abends 7 1/2 Uhr:  
**Extra-Gala-Vorstellung**  
**Revue**  
sämtlicher Reitkünstler und Reitkünstlerinnen  
sowie die berühmten  
Monstredressuren d. Dir. Schumann.  
Zum 157. Male:  
Die  
**lustigen Heidelberger**  
mit dem effektvollen Gewitterregen im 2. Akt.

## Reichshallen.

Stettiner Sönger.  
Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.  
Neues, grossartiges Programm!

## W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
**Der Jongleur.**  
Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
Mittwoch: Gba. Donnerstag: Nur einmalige Aufführung: Zwischen zwei Herzen.

## Bernhard Rose-Theater-Ensemble

Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.  
Dienstag, den 10. März 1903:  
**Preciosa.**  
Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Glas Alexander Wolff. Musik von Carl Maria von Weber.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: Preciosa.

## Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigne Werkstatt.**  
Vierantl. Dreis- u. Hilfs-Krankentischen.  
Berlin C., 3732\*  
**30. Finien-Strasse 30.**  
NB. Alle Brustbänder mit elastischen Gellatten, angenehm und weich am Körper.

## Dr. med. Schaper

homiop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrätzstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

## Groß-Defflation

**Würstel-Stube** 7222\*  
**Martin Berndt,**  
Prinzen- u. Ritterstrassen-Gäß.

## Dr. Simmel,

Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

## Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3  
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.  
**Grosser Bock-Trübel.**  
Um 10 Uhr abends  
Einzug Gambirinus mit Gefolge.

## Sanssouci.

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sönger.**  
Nach jeder Solice:  
**Tanz-Kränzchen.**  
**Gott ist dot.**  
Ein bengalischer Tiger.  
Säle zu Festlichkeiten.

## Gratweils Bierhallen

Theater u. Varietö  
Kommandanten-Strasse 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Täglich: **Gr. Vorstellung.**  
**Das grosse amüsante März-Programm.**  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:  
**TANZ.**

## Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Der schöne Max aus Franz-Budholz.**  
Gente: Wochentag.  
Im Kaiser-Zaal:  
Norddeutsche Sönger und Tanz.

## Andreas-Garten

Andreasstr. 26.  
Allen Freunden und Bekannten empfehle meine neuverpackte Restauration, Saal zu Versammlungen, Gute Speisen u. Getränke, Fremdenlogis.  
Heute abend: **Frische Blut und Leberwurst.**  
6972\*  
F. Merkowski.

## Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigne Werkstatt.**  
Vierantl. Dreis- u. Hilfs-Krankentischen.  
Berlin C., 3732\*  
**30. Finien-Strasse 30.**  
NB. Alle Brustbänder mit elastischen Gellatten, angenehm und weich am Körper.

## Dr. med. Schaper

homiop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrätzstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

## Groß-Defflation

**Würstel-Stube** 7222\*  
**Martin Berndt,**  
Prinzen- u. Ritterstrassen-Gäß.

## Dr. Simmel,

Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Dem kleinen Fein-Mechaniker **Albert** aus der Schlegelmannstraße zu seinem heutigen Gedächtnistage ein donnerndes Hoch!  
Det Dreiblättrige.

## Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Der Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

## Franz Thieme

am 7. d. M. gestorben ist.  
Es seien seinen Andernsten 1 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Damsiedler-Gemeinde aus statt.  
Kege Beteiligung erwartet  
113/2 Die Ortsverwaltung.

## Allen Freunden und Bekannten

die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Tochter

## Martha Nehls,

geb. Wolf,  
nach kurzen Leiden plötzlich gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Beth aus statt.  
S. H.: Hermann Nehls,  
Liegnitzstr. 7/8. 8212

## Allen Verwandten, Freunden

und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein Bruder, der Arbeiter und Händler

## Martin Abendroth

am Sonnabend, den 7. d. M., nach langen Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in der Weststraße zu Schöneberg aus statt.  
Um stille Beileid bitten  
Im Namen der Hinterbliebenen  
Wilhelm Abendroth.

## Danksagung.

Für die innige Teilnahme und die große Kranzsende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des früheren Formers **Karl Bunk**, sprechen herzlichsten Dank aus  
Emilie Bunt,  
Elliabeth Bunt, Tochter.

## Kranz- und Blumenbinderei

von **H. Rodewald,**  
Alexandrinenstrasse 1a.  
Kranz- und Blumenbinderei, Braut- und Konfirmations-Bouquets, Kranzgebirge u. Preiswerk. 27385\*

## Kränze u. Blumen

empfiehlt  
**F. Jacobitz, Kopenstr. 44.**  
Kranz- und Blumenbinderei  
von **Robert Meyer,**  
nur Mariannen-Strasse 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden ufm. werden fein u. preiswert geliefert.

## Verfallene Pfänder!

Zur Einlösung Goldschmuck, Brillanten jeder Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, Lauber u. Schm., werden spottbillig veräußert. Auch Pfandbriefe werden gekauft.  
Wandl, Prinzenstr. 28, I. Ecke Ritterstr.

## Dr. med. Schaper

homiop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrätzstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

## Groß-Defflation

**Würstel-Stube** 7222\*  
**Martin Berndt,**  
Prinzen- u. Ritterstrassen-Gäß.

## Dr. Simmel,

Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4



Unter der Auflage des Mordes

stand gestern der 24jährige Fabrikarbeiter Paul Lippke vor den Schranken des Schwurgerichts am Landgericht I. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Tadmänn, die Anklage vertritt Staatsanwalt Schell, die Verteidigung führt Rechtsanwält Dr. Bernstein. Da Zweifel an der geistigen Gesundheit des Angeklagten entstanden sind, sind vier ärztliche Sachverständige zur Stelle: Gerichtsarzt Prof. Dr. Puppe; Oberarzt der Charité Dr. Storzhuski, Dr. Baumert, Dr. Hamburger und Dr. Seutler. Der Angeklagte ist beschuldigt, am 12. Juni v. J. seine Ehefrau Anna, Pfliegerin einer in der Neuen Hochstraße 2 wohnhaften Frau Lange, erschossen zu haben. Er hat drei Revolvergeschosse auf sie abgegeben, von denen zwei fehlgingen. Die dritte Kugel ist der Frau durch das Auge in das Gehirn gedrungen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Angeklagte, der den Eindruck eines kränklichen noch etwas unreifen Mannes macht, ist Vater zweier Kinder, von denen das jüngste drei Wochen vor der Tötung der Frau geboren ist. Er bestreitet, die Tat mit Vorlauf und Ueberlegung ausgeführt zu haben und will nur wissen, daß er zweimal getraut habe. Er hat als kleiner Junge mit seinem jüngeren Bruder bei akrobatischen Schaustellungen mitgewirkt und soll dabei mehrmals gefesselt sein. Nach Abgang aus der Gemeindefschule ist er ein Jahr bei einem Vater in der Lehre gewesen, dann ist er Eisendreher geworden und hat als Fabrikarbeiter unregelmäßig gearbeitet. Seine Ehefrau, mit der eine Zeit lang „gegangen“ war, hat er im Jahre 1900 geheiratet. Schon drei Monate nach der Hochzeit ist er krank geworden. Er ist lungenleidend und behauptet, daß darin der Grund seiner vielfachen Arbeitslosigkeit gelegen habe. Auf Vorhalt des Vorsitzenden bestreitet er, daß er arbeitslos sei und seine Frau nur geheiratet habe, um sich von ihr ernähren zu lassen; ebenso sei es unwahr, daß er seine Frau brutal behandelt und schon als Braut geschlagen habe. Die Pfliegerin des Angeklagten, Frau Lange, hat s. Z. von der Heirat nichts wissen wollen, da sie den Angeklagten für einen charakterlosen, arbeitsscheuen und frechen Menschen hielt. Schließlich hat sie ihren Widerspruch ausgegeben, da das Verhältnis der beiden nicht ohne Folgen geblieben war. Die Ehe war für die Frau eine sehr unglückliche, insbesondere, da der Angeklagte so gut wie gar nicht arbeitete und die Frau emsig arbeiten mußte, um den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen. Am 5. Juni mußte der Angeklagte wegen rückständiger Miete seine Wohnung räumen. Seine Frau erklärte, daß sie mit ihm nicht eher wieder zusammen ziehen würde, bis er sich gebessert haben würde. Sie ließ sich auch hier von nicht abbringen, sondern zog mit ihren beiden Kindern zu ihrer Pfliegerin, Frau Lange, während der Angeklagte bei seiner Mutter unterkunft fand. Am 9. Juni fand er Arbeit und scheint nun die Absicht gehabt zu haben, mit seiner Frau wieder zusammen zu ziehen. Am 11. Juni nach Feierabend suchte er seine Ehefrau auf, erzählte ihr, daß er wieder Arbeit habe und machte ihr den Vorschlag, eine neue gemeinschaftliche Wohnung zu mieten. Die Frau redete sich aber mit der Kostfrage aus, daß sie die Möbelstücke verkauft habe. Er ließ nicht nach, auf die Frau einzureden, diese lehnte aber ein Zusammenziehen mit ihm mit der Bemerkung ab: „Ach, das hat ja doch keinen Zweck, Du arbeitest wieder 14 Tage und dann ist wieder die alte Geschichte“. Der Angeklagte war an jenem Abend zwei Stunden bei seiner Frau und als er sah, daß er keinen Erfolg erzielte, drohte er ihr: „Du wirst sehen, es passiert ein großes Unglück!“ Er will damit auf einen Selbstmord angedeutet haben und die Frau, sowie die gleichfalls anwesenden beiden Kinder der Frau Lange, habe es auch so aufgefaßt, denn Frau Lippke antwortete ihm: „Du bist ja viel zu feige, Dir das Leben zu nehmen.“ Der Angeklagte erklärte darauf: „Nach auf, wenn Du nicht mitkommst, gehe ich nicht mehr nach Hause!“ Dann schrieb er auf einen Zettel die Wohnung seines Arbeitgebers auf und begab sich nach Hause zu seiner Mutter. Am nächsten Tage gab er seine Arbeit auf, ließ sich seinen Arbeitslohn in Höhe von 11,85 M. auszahlen, trank einige Gläser Bier und kaufte sich einen Revolver. Nach seiner Behauptung sei es seine Absicht gewesen, ordentlich zu trinken und „sich dann über den Haufen zu legen.“ In Begleitung eines Fremden, den er unterwegs traf, kaufte er den Revolver und zwölf scharfe Patronen. Nachdem ihn sein Bekannter verlassen, lud er den Revolver und trieb sich dann planlos in den Straßen umher. Dabei traf er seinen Bruder, zeigte ihm den Revolver und sprach davon, daß er „in der Schönholzer Heide schießen wolle“. Der Bruder fragte ihn: „Du willst doch Deiner Frau kein Leid antun?“ Der Angeklagte erklärte aber sehr bestimmt: „Das thue ich nicht, dazu thut mir die Kinder viel zu leid.“ Dem Bruder kam die Sache aber sehr verdächtig vor und er drang so lange in den Angeklagten, bis dieser sich dazu verstand, den Revolver zu verkaufen. Beide gingen zu einer Trödlerin, die den Kauf aber ablehnte. Ehe er seinen Bruder traf, hatte er auf der Straße folgendes in sein Notizbuch eingeschrieben: „Morgen lebe ich den letzten Tag, denn meine Frau muß sterben. Paul.“ Auf der Rückseite des Blattes stand: „Ich heiße Paul Lippke, wohnhaft Gartenstraße 88, voru parterre.“ Präsident: Es scheint hiernach, als ob Sie die Absicht gehabt haben, zuerst Ihre Frau und dann sich selbst zu töten, und das Ihnen dann der Mut gefehlt hat, den zweiten Akt auszuführen. — Angeklagter: Nein, das ist nicht wahr; ich wollte mich selbst töten und weiß gar nicht, daß ich von meiner Frau etwas in das Notizbuch eingeschrieben habe. — Präsident: Hier steht ganz deutlich: „Denn meine Frau muß sterben.“ Das ist mit ganz ruhiger, feiner Hand geschrieben und es ist gar kein Zweifel daran. — Angeklagter: Ich wollte mich selbst töten, ich habe ja selbst erst auf die Notiz in dem Notizbuch hingewiesen. — Präsident: Das ist richtig. Sie haben auf die Notiz Bezug genommen, um zu beweisen, daß Sie einen Selbstmord planten und als man nachsah, fand sich diese Sie schwer beladene Notiz vor! — Der Präsident stellt historisch weiter folgendes fest. Der Angeklagte ist mit seinem Bruder in eine Wirtschaft gegangen und hat 4 Glas Bier getrunken, dann ist er zu Mittag nach Hause gegangen, wo sein Bruder ihn wiederholt befragte, mit dem Revolver kein Unglück anzurichten. Er hat dann mit seinem Bruder eine kleine Radfahrt gemacht und im Laufe des Nachmittag noch eine Anzahl Wirtschaften besucht und dort getrunken. Der Vorsitzende rechnet nach den Angaben des Angeklagten nach, daß dieser im Laufe des Tages 18 Glas Bier getrunken haben müsse. Dem Angeklagten wird vorgehalten, daß er in dem letzten Schanklokal, das er besuchte, und welches gegenüber der Wohnung seiner Frau sich befindet, höchst bedeutliche Neuzerungen gemacht habe. Der Angeklagte behauptet, von solchen Neuzerungen, die er in der Trunkenheit gemacht haben müsse, gar nichts zu wissen. — Ueber den Verkauf der Dinge in der Wohnung der Frau Lange, zu der er schließlich hinausgegangen ist, macht der Angeklagte auch sehr unklare Angaben. So viel steht fest, daß seine Frau, die in der Küche Strümpfe wusch, ihm geöffnet und ihn in die Küche eingelassen hat, Thatsache ist auch, daß er die nach der Wohnstraße führende Thür, wo sich der junge Sohn Gustav der Frau Lange und der eigne Sohn des Angeklagten befanden, abgeriegelt hat. Dann hat er seine Frau ersußt, doch wieder mit ihm zusammen zu ziehen, die Frau sagte ihm aber, er solle machen, daß er runter komme, denn wenn der ältere Sohn der Frau Lange nach Hause käme, würde er ihn hinauswerfen. Er antwortete ohne jede Erregung: „So schlimm wird es ja wohl nicht sein, denn dazu gehört doch, daß er mich erst auffordert!“ Dann hörten die Kinder in der Nebenstube plötzlich mehrfaches Anstöhnen; die Tat war geschehen, die Frau war lautlos und entseelt hinten über das Bett gefallen. Der Angeklagte entfloß. Er behauptet, nicht zu wissen, was passiert ist und bleibt dabei, daß er es nur zweimal habe inszenieren hören. Der ganze Vorgang in der Küche hat sich in der Zeit von 10 Minuten abgespielt. Zeugen haben gesehen, daß der Angeklagte nach der Tat in der schnellsten Gangart entflohen ist und dabei seinen Revolver wegwarf. Festgestellt ist, daß ein Kampf zwischen dem Angeklagten und seiner Frau nicht stattgefunden hat. — Nach der Tat ist der Angeklagte zunächst zu seinem Schwager gefahren und

hat ihm gesagt: „Kannst Du mir Unterkunft geben, ich habe meine Frau erschossen, weil sie mir die Sachen verkauft hat. Jetzt thut es mir leid!“ — Er ist gleich darauf verhaftet worden. Der betreffende Kriminalbeamte hat ihn ganz ruhig gefunden. Als er ihn fragte: „Sie haben Ihre Frau erschossen!“ antwortete der Angeklagte ganz ruhig: „Ja, ich weiß!“ Er hat dann auch den Kriminalbeamten, dafür zu sorgen, daß er auf der Wache nicht verhaften würde. In seiner Loge fand sich ein an seine Mutter adressierter Brief, den der Angeklagte auf der Wache in einer Postanstalt sehr eilig geschrieben, aber noch nicht abgeschickt hatte. Der Inhalt war folgender: „Meine Lieben! Liebe Mutter! Lebet wohl, es hat nicht anders gegangen. Ich habe meine Frau erwürgt in ihrer eigenen Wohnung, weil sie mir solches Leid angethan, die Sachen zu verkaufen. Lebet wohl und vergißt mich. Lebt alle wohl und vergeßt, was ich gelitten habe. Besten Gruß! Der dahingegangene Paul!“ Im Anschluß an die Vernehmung des Angeklagten stellt der Vorsitzende fest, daß der Angeklagte, als er in das Untersuchungsgefängnis abgeführt war, am 14. Juni in seiner Zelle einen Selbstmordversuch gemacht hat. Er ist dann zur Beobachtung seines Geisteszustandes 6 Wochen in der Charité gewesen und dann nach dem Untersuchungsgefängnis zurückgebracht worden. Nach der Vernehmung der ersten vernommenen Zeugin, Frau Lange, die die Pfliegerin der Ermordeten war, ist die letztere eine fleißige, ordentliche, rethliche und bescheidene Person gewesen. Die Zeugin hatte den Eindruck, als ob der Angeklagte seine Frau nur geheiratet habe, damit sie ihn versorge. Thatsächlich habe diese auch sehr fleißig gearbeitet. Die Mutter des Angeklagten, Frau Auguste Lippke, giebt ihrem Sohn das Zeugnis eines ruhigen und fleißigen Menschen. Nach ihrer Behauptung ist er in seiner Jugend, wo er als Cloak zusammen mit seinem Bruder aufzutreten pflegte, vielfach gefesselt; sein Vater, der diese Beschäftigung nicht haben wollte, habe ihn vielfach Schläge gegen den Kopf gegeben. Der Angeklagte sei nach Kräften bemüht gewesen, sich Arbeit zu beschaffen, er sei aber lungenleidend und öfter arbeitsunfähig gewesen. Ihres Wissens habe ihr Sohn seine Frau und seine Kinder geliebt; von Unzurechnungsfähigkeit desselben hat die Zeugin nichts gemerkt. Frau Lippke, der Bruder des Angeklagten, sagt ähnlich aus. Auch er will wissen, daß der Angeklagte seine Frau geliebt habe und sehr erregt darüber gewesen sei, daß diese mit ihm nicht wieder zusammen ziehen wolle. Schlosserlehrling Richard Lange, der 17jährige Pflegebruder der Verstorbenen, hat von dieser oft Klagen darüber gehört, daß der Angeklagte gar nicht arbeite. Robert Lippke, der jüngere Bruder des Angeklagten, nimmt diesen ebenfalls in Schutz. Wenn derselbe nicht gearbeitet habe, so sei seine kranke Lunge daran schuld gewesen. Am Tage vor der Tat, habe der Angeklagte sich dahin geäußert, daß er des Lebens überdrüssig sei und sich erschließen wolle. Dabei habe der Angeklagte ihm den geladenen Revolver gezeigt. Schließlich sei es dem Zeugen gelungen, den Bruder zu überreden, den Revolver zu verkaufen. Der Zeuge setzt sich in Widerspruch zu seinen früher gemachten Aussagen und muß wiederholt zur Wahrheit ermahnt werden. Der folgende Zeuge, Arbeiter Taderi, bekundet, daß er den Angeklagten am Tage der Tat in einem Lokale getroffen habe, welches sich gegenüber der Wohnung der Verstorbenen befand. Der Angeklagte sei sehr erregt gewesen, ohne aber den Eindruck eines Angegriffenen zu machen und habe Neuzerungen gethan wie „Heute passiert noch etwas“ und „Wenn ich meine Frau treffe, werde ich ihr den Kopf zwischen die Beine legen.“ Der 13jährige Bruder der Verstorbenen, Schüler Gustav Lange, hat seine besondere Erregung an dem Angeklagten wahrgenommen, als dieser die Wohnung betrat, die Kinder in der gewöhnlichen Weise begrüßte und sich in die Nebenstube begab, wo seine Ehefrau mit der Wäsche beschäftigt war. Nachdem noch der Kriminalbeamte, der den Angeklagten verhaftet hat, bekundet, daß derselbe äußerlich ruhig und kaltblütig die Tat eingestanden, wird die Zeugenvernehmung beendet und zur Vernehmung der Sachverständigen übergegangen. Professor Dr. Puppe begutachtet, daß der tödliche Schuß aus nächster Nähe abgegeben worden sein müsse. In betreff des Geisteszustandes des Angeklagten stimmen die Gutachten der Sachverständigen dahin überein, daß an dessen Zurechnungsfähigkeit kein Zweifel aufkommen könne, obgleich der Angeklagte hysterisch verlegt, und dadurch geistig etwas minderwertig sei. Staatsanwalt Schell suchte den Nachweis zu führen, daß der Angeklagte die Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt habe und dementsprechend verurteilt werden müsse. Er schloß mit dem Antrage an die Geschworenen, den Angeklagten des Mordes schuldig zu sprechen. Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Bernstein, wies darauf hin, daß der Angeklagte eine schwächliche Natur und ein schwankender Charakter sei, dessen ganzes Wesen und ganze Vergangenheit nicht dafür spreche, daß er die schwere Tat mit Ueberlegung begangen habe. Zweifellos habe sich der Angeklagte durch die Neuzerung seiner Ehefrau: „Nach! Du fortkommst, sonst kommt Richard und wirft dich die Treppe hinunter!“ aufs schwerste beleidigt gefühlt und in diesem Affekt dann zum Revolver gegriffen. Der Verteidiger meinte, daß der Angeklagte nur wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgange bestraft werden könne und unter den vorliegenden Umständen auch milde angesehen werden müsse. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig des Mordes, wonach der Gerichtshof den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zur Todesstrafe verurteilte. Anscheinend ohne jede Gemütsregung nahm der Angeklagte das Urteil entgegen.

neuerungsfonds der Markthallen, der sich jetzt auf fünf Millionen beläuft und hiervon für 1903 3/4 Millionen abgeben muß, ist ein Vergnügen, das man in diesem Umfange nur einmal genießen kann. Tritt nicht eine baldige und wesentliche Besserung der Wirtschaftslage ein, von der auch für die finanzielle Lage der Stadtgemeinde wieder einige Besserung zu erwarten wäre, so dürfte das Kunststück, das der Etatsauschuss zu stande gebracht hat und dem die Stadtberordneten-Versammlung voraussichtlich ihren Beifall geben wird, sich nachträglich als ein bloßes „Kunststückchen“ erweisen. Dem Steuerzahler ist dann nur eine Galgenfrist gewährt worden — dem Steuerzahler und auch dem Berliner Freisinn, der durch die so lange von ihm befolgte kurzfristige Gemeindepolitik dazu beigetragen hat, der Stadtgemeinde die gegenwärtige Katastrophe noch zu verschärfen. Daß das gerade jetzt zu Tage kommen muß, wo der Freisinn in Berlin drei Wahlen in einem einzigen Jahre zu bestehen hat, das ist böse für die Unentwegten um Richter und Cassel. Ob der jetzt auch von freisinniger Seite unterstützte Vorschlag, der Stadtgemeinde für später auf die eine oder die andre Weise neue Einnahmequellen zu erschließen, zur Ausführung kommen wird und wann das geschehen wird, das muß abgewartet werden. Genauereres darüber wird man nach den Wahlen erfahren. Zu heftigen Zusammenstößen zwischen Aerzten und Naturheilkundigen kam es aus Anlaß der ersten öffentlichen Versammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums, die am Sonntagmittag im Bürgerlaale des Rathhauses stattfand. Die Versammlung war zum überwiegenden Teile von Anhängern der Naturheilmethoden besetzt, als deren Führer der bekannte Naturheilkundige Canis auftrat. Infolgedessen wurden gleich die Ausführungen des ersten Redners, des Vorsitzenden der Gesellschaft, Professor Dr. Sommerfeld, vielfach lebhaft unterbrochen. Stürmische Heiterkeit rief auch der „Königsstr.-Jalobi“ hervor, welcher fortgesetzt die Ausführungen der Redner durch Zwischenrufe wie „Unfinn, Unwahrheit, Lüge unterbrach, dazwischen an die Versammlung Ansprachen hielt und fortgesetzt an den Vorstandstisch lief, um ein Glas Wasser nach dem andern hinunterzuschütten. Er war auch nicht zur Ruhe zu bringen, als ihm der Vorsitzende drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Professor Sommerfeld charakterisiert die Kurpfuscher als Halbwissende und unwissende Leute, welche ihre Heilmethoden sich aus einigen Büchern zusammengelernt haben und so die Kenntnisse zu erheben suchen, die der wissenschaftlich gebildete Arzt sich nach fünfjährigem schwerem Studium und nach Absolvierung eines Probejahres erworben habe. Es giebt Kurpfuscher, welche ein Mittel, das vielleicht einmal gegen ein Magenübel geholfen habe, nun gegen alle Leiden anwenden. Es giebt ferner solche, die mit ihren Pflanzensaften, Theen, Exerieren herummanövrieren. Am schlimmsten seien die Vertreter der sogenannten Naturheilmethoden. (Lebhafter Widerspruch.) Mit diesem nebelhaften Worte werde nur Unfug getrieben. (Oben-Rufe. Lärm.) Es sei im Munde der Laien nur Schlagwort und Phrasen. (Ruf: Weisheit!) Und die Aerzte gebrauchen die Mittel der Naturheilmethoden: Luft, Wasser, Licht, aber auf wissenschaftlicher Grundlage. (Lachen und Unterbrechung.) Das bloße Klatschen mit Wasser bringe noch keine Heilung. Wasser in falscher Anwendung könne sogar gefährlich werden. (Rufe: Wei und nicht!) Das schlimmste bei den Kurpfuschern sei, daß sie keine Diagnose stellen können, wie der wissenschaftlich gebildete Arzt. Sie lassen sich höchstens Fragebogen ausfüllen und schmeißen sich danach ihre Ansicht über eine Krankheit zusammen. Dem Königsstr.-Jalobi genüge es sogar, wenn er noch jeder Konfession den lieben Gott um Erleuchtung für die glückliche Heilung bitte. (Stürmische Heiterkeit.) Einigen Kurpfuschern genüge zur Diagnose auch das Radenzhaar, sie sind schlau genug, auf andres zu verzichten, da sonst Leute mit Glagen nicht zu ihnen kommen würden. Die Volkswohlfahrt und das Interesse der Aerzte leide unter diesem Treiben der Kurpfuscher, welche die Aerzte auf das schmachlichste verleumdern, und darum habe die Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums sich vorgenommen, jedem einzelnen Kurpfuscher besonders zu Reibe zu gehen. (Lebhaftes Bravo und Jischen.) Der zweite Redner, Dr. Siefert, charakterisiert dann den Fall Radenzhaar und bestritt unter dem lebhaften Widerspruch der Anhänger der Naturheilmethoden, daß diese in ihrer hier existierenden Schule das in neun Monaten erlernen können, was die Aerzte erst nach jahrelangem Studium lernen. Geheimrat Professor Brieger verwahrt sich dagegen, daß die Naturheilkundigen um Canis ihn als einen der Ihrigen reklamieren. Dann ergriff unter stürmischem Geschrei Herr Jalobi das Wort. Er kimmerte sich um all das Gerede nicht, denn die Kranken Leute kämen doch zu ihm. Er habe mehr für das Volkwohl gethan, als die Aerzte; die größten Kurpfuscher seien die Mediziner. Sein weiterer Phrasenschaal wird durch Zwischenrufe, Lärm und Geschrei unterbrochen. Dr. Siefert erzählt dann Vorgänge aus der Jakobidien Klinik für Unheilbare. Jalobi pflege, wenn sein Wartezimmer gefüllt sei, unter die Hisselenden zu treten und ihnen eine halbblindige, salbungsvolle Predigt zu halten, dann lasse er die einzelnen Patienten an sich vorbeipassieren, frage jeden nach Namen und Wohnung, nach seinen Schmerzen und gebe jedem drei große Flaschen seines „Königsstr.-Tranks“, der aber vorher bezahlt werden müsse. Dieser Königsstr.-Trank bestehe nach der Analyse aus Nitrogen und Glycerin und mit diesem Saft heile Jalobi auch Krebsstränke! (Jalobi läuft fort, gefolgt aufgeregt im Saale herum, trinkt viel Wasser und ruft dazwischen: Unfinn, Lüge!) Unter großem Lärm, Klatschen und Jischen kommt dann Herr Canis zum Wort und forderte die Gesellschaft auf, ihn einfach bei der Staatsanwaltschaft zu denunzieren. Das Volk stiehe auf seiner Seite, es untersehe sehr fein zwischen der Naturheilmethoden und der Medizinpfuscherei. (Nicht endemollender Beifall.) Das allgemeine Aneinanderreiben richtete sich ja in erster Linie gegen ihn, er fordere aber die Aerzte auf, seine Hochschule zu besuchen. Dort werde er zeigen, wie die Naturheilmethoden wissenschaftlich betrieben werde. Es schloß sich hieran noch eine allgemeine und oft stürmische Diskussion, in der Aerzte und Naturheilkundige sich heftig angriffen. Zu einem Resultat kam aber die Versammlung nicht, da der Rathsaussaal um 3 Uhr geräumt sein mußte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis, Oben. Genosse Reichstags-Abgeordneter Dr. Sadehm wird heute abend 8 Uhr bei Keller, Kopenstr. 20, über die politische Lage einen Vortrag halten. Rummelsburg. Es sei nochmals auf die heute abend 8 Uhr im Lokale von Panthen (früher Schumann), Rich., stattfindende Versammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht, in der außer dem Vortrage „Die Aufgaben des Wahlvereins zu den bevorstehenden Reichstagswahlen“ noch andre wichtige Punkte erörtert werden. Der Vorstand. Ober-Schöneweide. Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Kaufhof, Wilhelmshofstr. 18, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Die Bestimmungen des Reichstags-Wahlgesetzes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Ausgabe der Urnabiletts zum 1. Dierfeiertag. Lokales. Eine Galgenfrist. Der Etatsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung hat nun das Kunststück fertig gebracht, in dem Stadt-Haushaltsetat für 1903 die Uebereinstimmung zwischen den Ausgaben und den Einnahmen herzustellen, ohne daß eine Erhöhung der Gemeindefiscal nötig wird. Auch die besorgten Streichungen am Gau-Etat haben sich dabei vermeiden lassen. Die Mittel, mit denen die Balancierung des Etats erreicht worden ist, sind allerdings derart, daß man sie nicht Jahr für Jahr anwenden kann. Die Kürzung der von den Gastwerken an ihren Ergänzungs- und Erneuerungsfonds abzuführenden Summe ließe sich zur Not noch einige Male wiederholen, aber die Pfländerung des Ergänzungs- und Er-

Der Goethe-Bund

hat den Beweis zu liefern für erschricklich gehalten, daß er noch nicht „tot“ sei, wie man das in weitesten Kreisen geglaubt hatte. Er hatte am Sonntag eine Protestversammlung gegen die Theaterzensur einberufen, die diesmal auf den Kreis der Mitglieder beschränkt worden war und infolgedessen nicht gerade imponant besucht gewesen sein soll. Ob diese Protestversammlung gegen die in letzter Zeit fast mehr noch in lächerlicher als empörender Weise ihres traurigen Amtes waltende Zensur irgend welchen Erfolg haben wird, ist mehr als zweifelhaft. Der erste Redner, Herr Sudermann, streifte selbst das Gerücht, daß der „Goethe-Bund“ bereits eines unruhlichen Todes gestorben sei. Er führte dies Gerücht auf eine Verlesung der Aufgaben zurück, die sich der Bund gestellt habe. Der Bund sei entstanden, als man mit der lex Heinze der Kunst habe an den Kragen gehen wollen. Er — der Bund — greife nur dann zu den Waffen, wenn das freie künstlerische Schaffen bedroht werde, was jetzt wieder der Fall sei. Herr Sudermann ist also so naiv, anzunehmen, daß nur die doch verhältnismäßig harmlosen Kadelstiche der Zensur das „freie künstlerische Schaffen“ bedrohen, was nicht gerade von einem besonders tiefen Erfassen der sozialen Psyche zeugt. Aber auch davon abgesehen, selbst von dem Standpunkt eines Durchschnitts-Goethebändlers aus sollte man in seiner Naivität doch nicht so weit gehen, zu wägen, daß man dem Ruckertum erfolgreiche Schlachten dadurch liefern, daß man alle paar Jahre einmal — noch dazu im engsten häuslichen Circle — etliche Versammlungen abhält. Eine Organisation, die von so naiven

Strategen geleitet wird, ist von vornherein zur absoluten Weidungslosigkeit verdammt. Immerhin, das ist schließlich Sache des Weidungs-Bundes selbst.

Kuher Sudermann sprach gegen die Streiche der Theaterzensur noch Ludwig Fulda — der über die Doppelmoral des sittenstrengen Familienvaters einige indiskrete Bemerkungen machte —, der Reichstags-Abgeordnete Müller-Reininger, Professor von Lütz und Genosse Wolfgang Heine. Genosse Heine ging in seiner Kritik weiter als die übrigen Redner, er sprach von der heutigen Theater- und Kunstszene überhaupt. Das Theater dürfe nicht, wie gewöhnlich meist, ein Guckkasten sein, sondern ein Spiegel des Menschentums überhaupt und aller menschlichen Konflikte. Nur ein Volk, das jeden Augenblick sagen könne, der Staat bin ich, lebe in Wahrheit, und ein solches Volk müsse sich in Kirche, Volkerversammlung und Theater austoben können ohne Bevormundung der Zensur. Ihm gelte das Wort Lassalles: „Frei soll es sein, auch wenn es Mißbrauch treibt!“

Die Versammlung nahm am Schluß eine Resolution gegen die Theaterzensur an. Der Vorstand soll dem Reichstag einen Antrag auf reichsgesetzliche Aufhebung der Theaterzensur unterbreiten.

**Aus dem Staatsausfluß.** Im Ausschuß wurde der neue Gebühren-tarif für die städtischen Gemeinde-Friedhöfe angenommen. Die Sätze dieser neuen Gebührenordnung sind nur halb so hoch als die der meisten Berliner Kirchengemeinden. Auf eine Anfrage, wie weit die Aufnahme über den Mißbrauch in Berlin gediehen sei, wurde vom Magistratsvertreter mitgeteilt, daß die Arbeiten beim Statistischen Amt im vollen Gange seien und der Tag der Aufnahme schon bestimmt sei. Sodann kam auch die Angelegenheit wegen Einführung der Milchwirtschaft auf den städtischen Kiefigütern zur Sprache, wobei das vom Stadtrat Straube erstattete Gutachten, das sich gegen die Wiedereinführung ausspricht, einer abfälligen Kritik unterzogen wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß in Berlin das Halten von Milchkuhen ein lohnender Geschäftszweig geworden sei, was schon daraus hervorgehe, daß die Zahl der Milchkuhe gegen früher erheblich gestiegen sei und zur Zeit etwa 10—11 000 gehalten würden. Wenn die Leute, die eine hohe Rente zahlen und das Futter von den Kiefigütern kaufen müßten, ihre Rechnung fänden, dann müßte es doch unbedingt möglich sein, die Milchwirtschaft auf den städtischen Gütern lukrativ zu betreiben. Die Verwaltung setze der Einführung passiven Widerstand entgegen, weil sie annehme, durch den Betrieb erhöhte Kosten übernehmen zu müssen. Bei der Wichtigkeit der Frage müsse aber dieser Standpunkt aufgegeben und ihr ein erhöhtes Interesse entgegengebracht werden. Bei der Menge der Naturmilch könne eine einwandfreie Säuglingsmilch gewonnen und diese den städtischen Anstalten geliefert werden. Vom Magistrat wurde hierzu bemerkt, daß die Frage der Einführung der Milchwirtschaft von der Kommissionsdeputation geprüft worden sei, daß man sich aber noch nicht habe entschließen können, die früher auf den Gütern bestandene Milchwirtschaft, die auf Drängen der Stadtvorordneten, Versammlung aus finanziellen Gründen sowie wegen der Seuchengefahr beseitigt worden sei, wieder einzuführen. Der Versuch, den städtischen Krankenhäusern Milch von den Kiefigütern zu liefern, sei daran gescheitert, daß die gestellten Lieferungsbedingungen nicht erfüllt werden konnten. — Bemängelt wurden ferner die Erläuterungen zu den einzelnen Stadi der Kiefigüter. Es könne kein richtiges Bild über die Kosten und Erträge der Obstkulturen, die schon eine Menge Geld gelöst hätten, gewonnen werden. Die Preise für den Ankauf der Bäume usw. und für den Verkauf des Obstes wären nicht mit einander in Einklang zu bringen. Es fehlten alle Nachweisungen über die Zahl der Obstbäume, die Menge der Erträge usw., so daß man sich kein Urteil über die Kosten usw. machen könne. Der Ertrag müsse und könne gesteigert werden. Vom Magistratsvertreter wurde zugefügt, diese Wünsche zu erwägen. Die Kosten für die Obstkulturen und die Erträge würden aber stets auf den einzelnen Kiefigütern verschieden sein, je nach den Löhnen usw. und dem Ausfall der Ernte.

**Der Berliner Frühjahrs-Jahrmarkt** findet vom Mittwoch, den 11. d. Mts., bis Sonnabend, den 14. d. Mts., abends, im Südwesten Berlins, vor dem Halleschen Thor statt, und zwar wieder in der Quisenauer-, Hohl-, Holz-, Schleiermacher-, Paruth- und den angrenzenden Nebenstraßen. Das Aufkommen der Euden und damit der übliche Vorverkauf findet Dienstag, den 10. d. Mts., statt.

**Preußen und die Wissenschaft.** Im „Tag“ vom Sonntag wird auseinandergesetzt, welche Bedeutung der Planet Eros für die astronomische Forschung hat. Diesen Stern hat der Astronom Pitt bekanntlich auf der hiesigen Urania-Sternwarte entdeckt. Die Entdeckung des Eros, so heißt es in dem genannten Blatte, welche Herrn Witt nach langen, mühsamen Vorarbeiten gelang, mit Instrumenten, die er sich teilweise aus eignen Mitteln gestellt hatte, ist also von ganz fundamentaler Bedeutung für die astronomische Wissenschaft geworden, und es wurden dadurch der Zukunft Millionen wert, welche für Expeditionen sicher hätten noch ausgegeben werden müssen, um in der Art der Venusdurchgänge dieser Größe näher zu kommen, welche man nun in dem gewöhnlichen Programm der Sternwarten viel genauer ermitteln kann. Herr Gustav Witt, lange Jahre Abteilungsvorstand der Urania-Sternwarte und in allen Gebieten bewandert Astronom, dessen Fleiß man diesen ungeheuren Fortschritt verdankt, ist gegenwärtig — Sternograph im Abgeordnetenhaus. Er hat, seitdem er von der Urania fortging, keine Stellung als Astronom wiederfinden können. Er ist nämlich nicht akademisch abgekennzeichnet, da kann er, wie die Dinge heute liegen, auf eine Anstellung in Preußen nicht rechnen. Außerdem ist er von einer Art, daß er es mit 3 W. sehr übel nehmen wird, wie ich ihm hier das Wort gegeben habe. Solche Leute kommen hier nicht vorwärts, die sich nicht selbst vorantreiben können.

**Einem argen polizeilichen Mißgriff** ist kürzlich die Frau des Arbeiters A. in Tempelhof zum Opfer gefallen. Diese Frau erhielt unlängst eine amtliche Aufforderung, sich am Mittwoch, den 4. d. M., auf dem Polizeipräsidium zu Berlin, Zimmer 66, einzufinden. Nichts Böses ahnend, leistete sie der Aufforderung Folge. Doch wie erschrocken sie, als ihr der vernehmende Kommissar sagte, sie möge bekennen, daß sie am 21. Januar bei einer Hebamme Schuttor in der Oranienstraße gewesen sei, um von dieser ein Mittel zur Abtreibung der Leibesfrucht zu erbitten. Als die Frau erklärte, sie sei mit jener Hebamme noch nie in Berührung gekommen, fuhr der Beamte sie hart an, nannte sie ein verstocktes Frauenzimmer und behauptete, sie wäre beobachtet worden, wie sie aus der Oranienstraße fortgegangen sei. Die Beschreibung ihrer Person und ihres Kleides passe genau, ein Verstummen wäre also ausgeschlossen. Wenn sie aber leugne, so würde sie in Gewahrsam behalten und ärztlich untersucht werden. Damit wurde die Frau in einen vergitterten Raum geführt und mußte dort mit allerhand zweifelhaften Individuen zusammen mehrere Stunden zubringen. In ihrer Angst vor einer möglichen längeren Untersuchung wandte sie sich endlich an einen anderen dienstthuenden Beamten und bat ihn, sie doch wieder gehen zu lassen, da sie sich nicht des geringsten Vergehens bewußt sei. Um ihre gänzliche Unschuld zweifellos zu beweisen und um so bald wie möglich aus jenem unheimlichen Räume herauszukommen, erklärte sie sich schließlich auch mit einer ärztlichen Untersuchung einverstanden. Diese ergab nun das überraschende Resultat, daß die Frau überhaupt niemals in die Lage kommen kann, einem Kinde das Leben zu geben, wenn sie sich nicht einer Operation unterziehen will. Ein derartiger Beweis mußte allerdings auch den grimmigen Kommissar zu der Ueberzeugung bringen, daß es diese Frau gewiß nicht nötig hatte, ihre Jussucht zu irgend einem verbotenen Mittel zu nehmen. Im Gegenteil, sie würde hoch-erfreut sein, wenn ihre Ehe mit Kindern gesegnet wäre. War somit die Unschuld der Frau förmlich erwiesen, so hielt es der Kommissar dennoch für angebracht, abermals ein Gemäch mit ihr

anzustellen. Er verlangte, sie solle angeben, ob in ihrem Hause oder in ihrer Wohnung Frauen verkehren, die ihr ähnlich seien usw. Endlich war das Verhör beendet und nun hieß es einfach: Jetzt können Sie gehen. Volle sechs Stunden war die Frau auf dem Präsidium aufgehalten und seelisch gequält worden. Und das alles, weil die unsehnbare Polizei so schlecht unterrichtet war. Was wird Herr v. Hammerstein zu diesem Mißgriff seiner lieben Polizeibeamten sagen? Richtig wäre es am Ende, wenn er zu jenem Kommissar sagen würde: Jetzt können Sie gehen.

**Das Kinderkonzert**, über das wir vor acht Tagen berichtet haben, ist letzten Sonntag wiederholt worden. Diesmal war der Lustrom womöglich noch größer als damals, und zwar galt das Interesse nicht so sehr den 1500 Gemeindegliedern als dem Kaiser und der Kaiserin, die mit einigen ihrer Kinder zu dem Konzert erschienen waren. Die Schüler und Schülerinnen mußten auf den Kaiser ein Hoch ausbringen, worauf der Monarch Hurra rief. Als das Konzert zu Ende war, spielten sich Vorgänge ab, die ein jeder unseres Blattes uns wie folgt schildert: Daß die Kinder zu dem üblichen Hoch kommandiert wurden, kam ja nicht wundernehmen, ebenso wenig, daß auch die anwesenden freisinnigen Stadtvertreter und Stadträte begeistert in das Hoch einstimmten. Als aber die Menge den Circus verlassen wollte, hatte es ein Teil recht eilig, um noch des Anblicks der Hofequipagen zu teil zu werden und vielerlei Hurra rufen zu können, da fand man die Thüren gesperrt, und selbst diejenigen, die vor dem Hoch den Circus verlassen wollten, kamen nicht hinaus. An die zwanzig Minuten mußte die Kofp an Kopf gestaute Menge stehen bleiben, und erst als die letzte Hofequipage fort war, wurde das Publikum ins Freie gelassen. Schmeicheleien waren es sicher nicht, die in der Menge gegen diese polizeilichen Anordnungen laut wurden. Sie sind mit den sicherheitspolizeilichen Anordnungen nicht zu vereinbaren, denn nach diesen müssen alle Thüren, auch die Notthüren, von öffentlichen Lokalen jederzeit passierbar sein und hier war es die Polizei, welche diese wichtige Verordnung selbst an der Kraft setzte und so der Menge thätlich ihre persönliche Freiheit nahm. Gesah dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit?

**Der verlorene Aderbürger.** Bei Fortschaffung der Deute wurden drei Geflügelstrolche abgehakt, welche von Berlin aus Streifzüge nach den Vororten unternahm. In letzter Zeit wurden zahlreiche Geflügelstrolche in den nördlichen Vororten ausgeführt. In der Nacht zum Sonntag erbrach man die Hühnerställe des Aderbürgers Kramer bei Oranienburg und stahl junge Hühner, die von den Thättern an Ort und Stelle getötet worden waren. A., welcher annahm, daß die Diebe ihre Deute nach Berlin schaffen würden, benutzte den nächsten Vorortzug nach der Reichshauptstadt, um die Spighuben bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof abzufassen, da er vermutete, daß die Verbrecher erst im Laufe des Vormittags die Rückfahrt antreten würden. Er hatte kaum in dem bereit stehenden Train Platz genommen, als er drei Männer bemerkte, von denen einer einen schweren Sack auf dem Rücken trug und die ebenfalls den Vorortzug befragten. Da dem Aderbürger die Drei verdächtig vorliefen, ließ er sie festnehmen und es stellte sich nun heraus, daß sich in dem Sack außer die Herrn A. gestohlenen Hühner noch weiteres Geflügel befand, welches die Bande in derselben Nacht an anderen Stellen geraubt hatte. Die Geflügelräuber wurden sofort in Haft genommen.

**Eine Schießaffäre** hat sich gestern nacht in dem Hause Steinstraße 4 ereignet. Mehrere unbekannte Männer warfen vom Hofe aus einige Steine in die im Erdgeschoß belegene Wohnung des Tapizers Vincent Walczowski. Dieser feuerte darauf mehrere alle Revolvergeschosse ab und schoß, als die Angreifer nicht weichen wollten, mit einer scharfen Patrone. Das Geschloß drang dem 28-jährigen Stellmacher Max Schwarzenau in den Hinterkopf und verletzte ihn schwer. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

**Ein tödlicher Verkehr** nahm ein Straßenbahn-Unfall, der sich am Sonntagmorgen gegen 6 Uhr vor dem Brandenburger Thor ereignet hat. Der 19-jährige Steinseher Adolf Alaba aus der Ritterwalderstraße 53 fuhr auf einem Zweirade die Königgräberstraße entlang, und zwar zwischen den Straßenbahnspuren hinter einem in der Richtung nach dem Brandenburger Thor fahrenden Ringbahnwagen. Als der Straßenbahnwagen an der Haltestelle hinter der Charlottenburger Chaussee langsam fuhr, bog A. mit seiner Maschine links an dem Straßenbahnwagen vorbei und fuhr gegen den aus entgegengesetzter Richtung kommenden Motorwagen Nr. 2304 der Straßenbahn-Linie Nr. 51. Der Steinseher wurde mit seinem Rade umgeworfen und schlug hierbei mit dem Kopfe mit solcher Gewalt auf das Straßenpflaster, daß er eine Gehirnverletzung und Schädelbruch erlitt. Alaba wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er in der Nacht zum Montag starb.

**Straßenperrungen.** Folgende Straßen werden wegen Vornahme von Pflasterungen resp. Reinigungsarbeiten für Fußwerke und Reiter bis auf weiteres gesperrt: Die Templinerstraße von der Fehrbelliner- bis zur Jüdischenstraße, die Angermünderstraße von der Lothringer- bis zur Lottumstraße, die Bankstraße von der Webbingstraße bis zur Reinickendorferstraße, die Reinickendorferstraße von der Bankstraße (Kettelbesplatz) bis zur Müllerstraße, die Müllerstraße von der Reinickendorferstraße bis zur Chausseestraße und die Chausseestraße von der Müllerstraße bis zur Bodenstraße, endlich die Wiesenthalerstraße von der Briesenerstraße bis zur Prinzenallee.

**Der Stellvertreter.** Der Schächtermeister Kaufhold, ein junger Anfänger, der im Osten der Stadt ein gut gehendes Geschäft besitzt, zog sich wegen Anstiftung zum Diebstahl und anderer Vergehen eine Strafe von fünf Monaten Gefängnis zu. Nachdem er wiederholt Auffchub erhalten hatte, sollte er endlich die Strafe in Zegel antreten. Da ihm das aus Geschäftsrückgründen sehr unangenehm war, so suchte er einen Stellvertreter und fand ihn durch Vermittelung eines Heilenhauers Hermann Feige, der seine Strafsache kannte. Für eine Vermittelungsgebühr von 20 M. führte ihm Feige einen schon bestraften Ladierer Hong zu, der sich bereit erklärte, zu brummen und dafür nach Verbüßung der Strafe 900 M. erhalten sollte. Am 1. November v. J. meldete sich Hong nach Holland ab, verständig aus dem Scheunenviertel, stellte sich in der Strafanstalt zu Zegel als Schächtermeister Kaufhold und brumnte seitdem unbedenklich. Erst jetzt kam der Schwindel heraus. In der Markthalle fiel es auf, daß Kaufhold immer noch seinem Geschäft vorstand. Als nun seine Aften nachgesehen wurden, fand man darin den Vermerk, daß er am 1. November v. J. seine Strafe angetreten habe. Es war klar, daß er einen Stellvertreter nach Zegel geschickt haben mußte, und die weiteren Ermittlungen ergaben, daß dieser der „nach Holland“ abgemeldete Hong aus dem Scheunenviertel war. Kaufhold wurde nun sofort verhaftet und wird sich wegen intellektueller Urkundenfälschung zu verantworten haben, Hong wegen Betrugs dazu.

**Zufolge von Handschungen bei Massenfällen**, die durch Anzeigen in den Wäldern veranlaßt wurden, hat die Staatsanwaltschaft gegen neun derartige Personen Anklage erhoben. Es waren bei den Handschungen Dinge gefunden worden, die zum Maffieren nicht erforderlich sind, wie Pfeifen, Zigaretten, Gürtel und Halsbänder mit Stacheln, also allerhand „Marterwerkzeuge“.

**Ein sehr gefährliches Feuer** kam am Sonntag früh um 7 Uhr, wie es heißt durch Fahrlässigkeit, am Götter Ufer 24 in der Nähe der Reichenbergerstraße, gegenüber dem Landwehrkanal, zum Ausbruch. Dort stand bei Anbruch der Feuerwehre ein Stall im Erdgeschoß in Flammen. Die Rauchwolken schlugen ihr entgegen, vermisch mit Stäbflammen, die dann am Hause emporloderten. Alle Versuche, in den Stall, in dem sich eine Menge Tiere befanden, einzubringen, waren vergeblich. Anfänglich hieß es, auch Menschenleben wären gefährdet, doch erwies sich diese Befürchtung als grundlos. Nur einige leichtere Brandwunden haben Personen bei dem Bemühen, die Pferde zu retten, erlitten. Leider konnten die Tiere nicht mehr in Sicherheit gebracht werden. Drei wertvolle Pferde eines Fabrikanten, eine Ziege und eine Menge Hühner

sind verbrannt. Die Feuerwehre versuchte es, die Pferde herauszuholen, es war aber unmöglich; die Tiere waren fest angeketet und geberden sich infolge der Todesangst ganz rasend. Durch tüchtiges Wassergeben wurde das Feuer auf das Erdgeschoß beschränkt.

### Aus den Nachbarorten.

**Nieder-Schönhausen.** Ein wegen Sittlichkeits-Verbrechens seit langer Zeit städtisch verfolgter Mensch wurde hier selbst durch die hiesige Kriminalpolizei in seiner Wohnung festgenommen. Zuerst legte er sich aufs Leugnen und bei seiner Verhaftung gab er einen falschen Namen an. Er wurde aber durch eine Photographie erkannt, trotzdem er sich durch Abnehmen seines Schamröckchens hatte unkenntlich machen wollen. Zwecks Messung wurde er dem Polizeipräsidenten zu Berlin, alsdann der Staatsanwaltschaft am Landgericht II zugeführt.

### Sitzung haben Dienstag:

**Arbeiter-Zählerbund** Berlin und Umgegend. I. Vorsitzender: Julius Meyer, Richterstr. 27. Erster Kassierer: Selbitz, Richterstr. 18. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lantierstr. 33. Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. — „Gerechtigkeit“ (Wochen), Bartel, Salomonstraße 59. — „Olympia“, Zimmermann, Grüner Weg 29. — „Hand in Hand I“, Gurrin, Raunauerstraße 88. — „Kreuzberg“, Heintze, Bergmannstraße 70. — „Delvech“, Pöppel, Mehlisstraße 15. — „Eich“, Ränder, Linienstr. 19. — „Wiederhall“, Schmeider, Admiralsstraße 21. — „Freiheit II“, Rode, Adlerstraße, Bader, Döppstr. 8. — „Wahrheitsblätter“, Spät, Georgenstraße 65. — „Rote Kette II“, Roffin, Ruppinerstr. 42. — „Vorwärts IV“, Schulze, Rathenow, Jägerstraße. — „Alpenblode“, Gold, Große Frankfurterstr. 183. — „Wobbling Harmonie“, Mühlbrodt, Müllerstr. 7. — „Vorwärts VIII“, Schurbaum, Karwitz in der Mark. — „Langezeit II“, Hoffmann, Kefenwalderstr. 3. — „Weiße Rose I“, Schiller, Reinickendorf, Brodinerstr. 11. — „Arbeiter-Raidbund“, Diente, Rowames, Wallstr. 55. — „Glasarbeiter“, Köpcke, Rüggeleitnerstr. 29. — „Kreuzberger Harmonie“, Rabe, Richterstr. 29. — „Nord-Ost“, Conrad, Nordorferstr. 8. — „Freie Heilblume“, Schmidt, Schillerstr. 61/62. — „Eich“, Schulz, Blumenstr. 11. — „Lacilla“, Brandenburg, a/S. — „Vettermann, Wilhelmstraße 38. — „Schneeglöckchen II“, Goldham, Glaser, Kaiser Wilhelmstr. 38. — „Terzilia“, Bepel, Brangelstr. 136. — „Koch-Verein“, Schilling, Köpcke, 16. — „Alpenröslein“, Hilgenfeld, Bergstr. 60. — „Kupferhämmer“, Reind, Beinstr. 11. — „Schulmager“, Bergmann, Andreasstr. 32. — „Friedrich I“, Kummelsburg, Beutling, Goethe- u. Rantierstr. 46. — „Klage“ (gem. Chor), Dalg, Schillerstr. 44. — „Eichenkranz“, Prenglau, Lorenz, Klosterstraße. — „Hand in Hand II“, Friedrichsberg, Feldler, Frankfurter Allee 176. — „Vorwärts IX“, Charlottenburg, Bernide, Bismarckstr. 44. — „Freiheitskämpfer“, Weisnack, Grunstr. 21. — „Alle Eiche“, Appel, Prinzenallee 38. — „Kofenhalder Vorstadt“, Schmitz, Brunnenstr. 150. — „Jugend I“, Steglitz, Schellhale, Hornstr. 15a. — „Concordia“, Her, Alle Jakobstr. 119. — „Hofenrot“, Lantier, Wiesenstr. 29. — „Kammer-Gesangverein Vorwärts X“, Rauen, Paul Schulz, Chausseestraße. — „Ober-Schöneberger Liedertafel“, Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18. — „Georgina“, Falger, Grünauerstr. 14. — „Arbeiter-Gesangverein Karlsruher“, Karlsruher, Benndorf, Treßdorf-Allee. — „Berliner deutscher Gattungsverein“, An der Stadtbahn 39 I. — „Walfische“, Tiedemann, Weihenburgerstr. 49. — „Gewerkschaft der Maler Berlins“, Gomold, Ruisen-Wee 51.

**Arbeiter-Kamerband** Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebermann, Berlin, Rauhauerstraße 44, IV. — „Edorado“, Bels, Grüner Weg 120. — „Grüne Eiche“, Urbanstr. 51, Rech. — „Ambalema“, Kofenstr. 19, Udel. — „Neuer Berliner Kamerband“, Reichenbergerstr. 149, Anklam. — „Domingo“, Waldemarstr. 16, Schelbe. — „Neuer Hain“, Langenbeckstr. 7, Zechmeier. — „Waldenlust“, Goldenerstr. 1, Hecke. — „Rubiga“, Richterstr. 46, Perzog. — „Fleischtopf“, Falkensteinstraße 5, Gonell. — „Gemeinschaft I“, Rantenerstr. 101, Glaser. — „Blau Wolke IV“, Rauhauerstr. 25. — „Rein Streit“, Jorndorferstr. 9, Rantel. — „Weihenbühl“, Winkstr. 56, Dinsle. — „Edorado I“, Kleine Neubrückstr. 3. — „Germanium“, Reimer, Weidenweg 58. — „Seegras“, Reimigerstr. 18, Rangold. — „Goldkamm“, Wilmbergstraße 8, Julee. — „Victoria“, Heller, Borsagenerstraße 21. — „Delvech“, Rirdorf, Ringbahnstraße 24, Kautner. — „Unschuldig“, Reu-Weihenbühl, Wilhelmstr. 2, Reimer. — „Gloria“, Schulz, Panstr. 3b. — „Jugend“, Reu-Weihenbühl, Neuenhofer, Friedrichstr. 5. — „Tafel zur Eiche“, Ungar, Lantierstr. 10. — „Weichselbühl III“, Schulz, Reu-Weihenbühl, Sedanstr. 24. — „Grüne Hain“, Koff, Strammannstraße 23. — „Kampfer“, Reu-Weihenbühl, Jägerstr. 69. — „Weichselbühl“, Reichenbühl, Köpcke, Straße 3. — „Feste Mauer“, Grollen, Markt. 13c. — „Frühe Stunde“, Ahlman, Waldemarstr. 64a. — „Gemeinschaft VI“, Charlottenburg, Krumme, Straße 63. — „Erektor“, Reichenbergerstr. 133. — „Portorico“, Hecke, Langstr. 23. — „Eich“, Vint, Brangelstraße 86. — „Unerschrockt“, Eitlitz, Landsberger Allee 156. — „Alter Berliner“, Reimer, Rottbuser Damm 8. — „Aldersblatt“, Kummelsburg, Rantierstr. 43. — „Geldbrücken“, Seller, Straße 14. — „Wiedersehen“, Reu-Weihenbühl, Weber, Friedrichstraße 35. — „Jugendzeit“, Rirdorf, Vellingstraße 17. — „Fidele Brüder“, Lantier, Straße 10. — „Erektor“, Lufats, Reichenbergerstr. 133. — „Rote Rose I“, Lorenz, Urbanstr. 35. — „Deweis Eiserne Heise“, Engler, Schulstr. 5. — „Blau Wolke II“, Böhm, Jorndorferstr. 9. — „Solde“, Schulz, Joffenerstraße 1.

**Arbeiter-Turnerband**, Dienstag und Freitag: Turnverein „Fichte“, Berlin, abends 8—10 Uhr: 2. Männerabtl.: Stallstr. 55/56; 4. Männerabtl.: Rauhstr. 20; 5. Männerabtl.: Uferstr. 67; 6. Männerabtl.: Stallstr. 54; 9. Männerabtl.: Wallstr. 16; 10. Männerabtl.: Petersburgerstraße 4; 11. Männerabtl.: Jüdischenstraße 33; 1. Weiblingsabtl.: Friedenstr. 37; 1. Jugendabtl.: Friedenstr. 37; 3. Weiblings-Abtl.: Goethestraße 17/20; 4. Weiblingsabtl.: Reichenbergerstr. 67/70; 8. Jugend-Abtl.: Köpcke, 36/37; 1. Damenabteilung: Rantener-Wee 1a. — „Arbeiter-Turnverein Reu-Weihenbühl“ im Pöppel, Reimerstr. 122. — „Freie Turnerschaft Stralau-Kummelsburg“. Von 7—1/2 Uhr für Jünglinge; von 1/2—11 Uhr: Männer-Abteilung, Kummelsburger Volksgarten, Panstr. 4.

**Arbeiter-Schwimmerbund**, Antiquar an R. Danziger, Burgdorferstraße 14, abends 7 1/2 Uhr. „Reptur“, Seebad Weihenbühl. — „Gut Rah“, Hols-Badeanstalt, Turmstr. 65a. — „Hellas“, Volks-Badeanstalt an der Schillingstraße.

**Arbeiter-Radsportbund „Solidarität“**, Gan 9 (Brod. Brandenburg) Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Bldstr. 8. Arb. Rabi. Berlin, Rirdorf, Hermannstr. 48/50. — „Wider“, Reichenstr. 77. — „Vorwärts“, jeden Dienstag nach dem 8. und 21. Schönberg, Reiningr. 8. — „Vorwärts“, Wilmersdorf, Berlinerstr. 40. — „Korden 1909“, Panstr. 32a. — „Voran I“, Dienstag nach dem 15. Landsberger Allee 40/41. — „Tante“, Jägerstr. 21. — „Risch auf“, Dienstag nach dem 1. und 15. Baumhulenerstraße 14. — „Rauberer“, Dienstag nach dem 1. und 15. Friedrichshagen, Richterstr. 137.

**Central-Rauherbund**, Zuschriften sind an G. Klein, Rirdorf, Jüdischstr. 28, zu richten. „Florida“, Rirdorf, Bergstr. 31. — „Korngrot“, Rirdorf, Hermannstr. 52. — „Konfordia“, Rirdorf, Wilmannstr. 44. — „Friedensheil“, Rirdorf, Goethestr. 8. — „Alpenhöhe“, Rirdorf, Karlsruherstraße 1. — „Starke Rauer“, Rirdorf, Hermannstr. 213. — „Blau Wolke“, Steglitz, Heckerstr. 3. — „Deutsche Eiche“, Flora, und Dinschtrassen-Gde. — „Grüne Linde“, Friedenau, Rheinstr. 24. — „Hand in Hand“, Bldg, Chausseestr. 97. — „Foschung“, Wilmersdorf, Gängestr. 37a. — „Gemeinschaft“, Rirendorf, Feldstr. 14. — „Weiße Wolke“, Schmargendorf, Döppstr. 34.

**Gesang, Turn- und geistliche Vereine**. Schöneberger Theaterverein, Wilhelmshof, Oberstraße 81. — Arbeiter-Theaterverein „Vorwärts“, Otto Bahngänger, Schönebinderstr. 34. — Sängerkorps II des „Berliner Spar- und Bauvereins“, Genossenschaftslehrens Schreinerstr. 70. — Gesangverein „Thalysia“, Friedrichstr. 211. — „Udine“, Admiralsstr. 18c. — „Hilfereverein „Einigkeit“, Rantenerstr. 19. — „Schlagverein „Ramenlos“, Glaserstr. 30. — „Neuer Berliner Schachklub“, Stralauerstr. 4. — „Kund“, harmonika-Verein „Symphonie“, Müllerstr. 11. — Rännergesangverein „Vorbeerfranz“, Rirkten, Oranienstr. 190. — Lotteriestiftung „Nord-Pol“, Hna, Heimerdorferstr. 24. — Privat-Theatergesellschaft „Brandenburgia“, bei Gruppe, Blumenstr. 16. — Radrundklub „Seabler“, Berlin 1902. — Restaurant Zimmermann, Pappel-Allee 27. — Lotteriestiftung „Ganner Fochung“, Döppel, Heidenfeldstr. 12. Gäste als Mitglieder stets willkommen.

**Arbeiter-Gesundheitsverein** Berlin und Umgegend. Zuschriften sind zu richten an Ernst Clement, Befürterstr. 13. „Freiheit“, Bergemann, Gerichstraße 43. — „Hoher Norden“, Harber, Stargarderstr. 13. — „Unverdorfen“, Pulverstr. 32.

### Briefkasten der Redaktion.

**J. G. 31.** Ist seit Monaten k r a n k. Eine jetzt vorgenommene größere Kur wird Genesung bringen.

### Briefkasten der Expedition.

**B. B., Gärberdorf.** Centralverband der Töpfer, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

**Wetterprognose für Dienstag, den 10. März 1903.** Nüßl und vielfach wolfig, aber trocken bei mäßigen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Achtung!** **Achtung!**  
**Vierte Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).**  
 Dienstag, den 10. März cr., abends 8 Uhr:  
**Volks-Versammlung**

bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Sudekum** über: „Die politische Lage“.  
 2. Diskussion.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersuchen  
**Die Vertrauensleute.**

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer**  
 Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, Ecke Rochstraße:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung des Delegierten vom Gewerkschafts-Kongress. 2. Neuwahl desselben. 3. Die Streitfrage der Mitglieder in Friedrichsberg kontra Ausschuss. 4. Abrechnung vom Massendahl. 5. Vereinstangelegenheiten.  
 Zahlreiches Erscheinen insbesondere der Mitglieder aus Friedrichsberg erwartet  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 11. März 1903, abends 8 1/2 Uhr:

**Versammlung der Metalldrucker**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Lin** über: „Die Unfallversicherung“.  
 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Centralverband d. Maurer.**  
 Zahlstelle Charlottenburg.

Dienstag, den 10. März, abends 8 Uhr:

**Außerordentl. Mitglieder-Versammlung**  
 im großen Saale des Volkshauses, Rosenthalstr. 3.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Albr. Hülle** über: „Die Grenzen der gewerkschaftlichen Neutralität“. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zur Neuwahl des Bezirksvereins-Vorstandes. 4. Bericht aus der Vertreter-Versammlung und Wahl eines Delegierten zum Bauarbeiter-Kongress. 5. Gewerkschaftliches und Berufliches.  
 135/13  
 Beste Kollegen! Die außerordentlich wichtige Tages-Ordnung erfordert das vollständige Erscheinen sämtlicher Kollegen. Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Mit kollegialem Gruß  
**Die örtliche Verwaltung.**

**Socialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.**

Mittwoch, den 11. März 1903, abends 8 Uhr:

**Außerordentliche General-Versammlung**  
 im Lokale des Herrn **Gröbler**, Bergstraße 147.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow** über: Die Tätigkeit der Socialdemokratie im Reichstage. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Neuwahl des Bezirksleiters. 5. Mitgliedsbuch nach § 8 des Statuts. 6. Vereinstangelegenheiten und Berufliches.  
 232/3  
 Mitgliedsbuch legitimiert!  
**Der Vorstand.**

**Centralverband der Maurer etc.**  
 Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

**General-Versammlung**

aller zum Lohngebiete Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektionen der Putzer, Rabitzputzer und Cementierer.

Tages-Ordnung:  
 1. Die Arbeiterpolitik im deutschen Reichstage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter **E. Rosenow**.  
 2. Geschäftsbericht und Abrechnung vom Jahre 1902.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.  
**Der Zweigvereins-Vorstand. N. N.: Karl Panzer.**

**Gänzlicher Ausverkauf.**  
 Niemand sollte versäumen,  
 seinen Bedarf an Schuhwaren bei Altschüler, Leipzigerstr. 82  
 zu decken, da zu **aussergewöhnlich billigen Preisen**, um das  
 Lager vollständig zu räumen, verkauft werden muss.  
**Soweit der Vorrat reicht, verkaufe ich:**  
 weiter unter den bisherigen Preisen:

Damen Chevreaux-Schnür- und Knopfstiefel, hochelegante Form, erstklassiges Fabrikat, Goodyear Welt	10,00 M.
Damen-Kalbleder-Schnür- und Knopfstiefel, Goodyear Welt, elegante Façon	10,00 M.
Damen Schnür- und Knopfstiefel mit Lackbesatz, elegante Façon, bestes Fabrikat	7,00 M.
Damen Lacklederstiefel zum Schnüren und Knöpfen, Goodyear Welt, feinstes Fabrikat, hochelegante Façon	10,00 M.

Noch grosse Auswahl in Einsegnungstiefeln zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Herren Chevreaux-Schnürstiefel, erstklassiges Fabrikat, elegante Façon	12,00 M.
Herren Knopfstiefel mit Vaschettbesatz, elegante Façon	6,00 M.
Herren Kalbleder-Schnürstiefel, Goodyear Welt, erstklassiges Fabrikat, chics Form	9,00 M.
Herren Lackleder-Schnürschuhe, allerneueste Façon, Handarbeit, Wiener Fabrikat, hochelegant	8,00 M.

Ein grosser Posten **Herren-Besatzstiefel**, allererste Fabrikate, zu jedem annehmbaren Preise.  
**Atlas-Schuhe** in allen Farben, Wiener Fabrikat, jedes Paar 1,25 M., weit unter dem Einkaufspreis.  
 Ferner: Schwarze und farbige **Chic- und Spangenschuhe**, Fabrikate F. Pinot-Paris, zu 3 M., 4 M., 5 M. und höher.  
 bedeutend unter dem Einkaufspreis.  
 812L

**R. Altschüler, 82 Leipzigerstrasse 82**  
 zwischen Jerusalem- und Markgrafen-Strasse.

**Ordentliche General-Versammlung**  
 der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin am Mittwoch, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, in Wendts Central-Klubhaus, Am Königsgraben 14 A.

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Bericht der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung und Erstellung der Decharge. 3. Antrag Geldler und Genossen. 4. Berufliches.

Vor dieser General-Versammlung findet am 7 1/2 Uhr in demselben Lokal eine **außerordentliche General-Versammlung** der arbeitgebenden Vertreter statt behufs Vornahme einer Erloswahl an Stelle des ausgeschiedenen Herrn **S. Rohm**.  
 Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einigkeit in die Massenblätter notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der General-Versammlung bis zum 22. d. M. dem Vorstande mitgeteilt werden.

Da die Versammlungen präcis 7 1/2, bzw. 8 1/2 Uhr eröffnet werden, so ist pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter unbedingt erforderlich. Das Mandat legitimiert.  
 Berlin, den 9. März 1903.  
**Der Vorstand.**  
 C. Guthert. A. Salingar.

**Dr. Schönemann,**  
 Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.  
 1/2, 12-13, 13, 16-18, Sonntag 9-11.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
 Tabakfabrik. 630L\*  
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in **Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.**  
 Amt 7, 1851.

**Der Socialist**  
 von Nazareth. Eine neue Lebensgeschichte Jesu, verbunden mit einer Sidelogung der Schriften von Strauss, Renan und Volkmann. — Von Oscar Zimmer. Berlin, Aufschlagstr. 21, Selbstverlag. Preis 50 Pfg.  
 Soeben erschienen: 817L  
**Ueber das Dasein Gottes, eine Antwort auf das Glaubensbekenntnis des Kaisers Wilhelm II.** Gegen Einleitung von 1,50 RM. vom Verfasser **W. Hille**, Braunschweig, Wilhelmstraße 58, I zu beziehen.

**Carl Schmidt,**  
 Büsten-Fabrik, BERLIN W., Taubenstr. 23, empfiehlt seine weltberühmten **Stoffbüsten** für jede Körperform. Figur wie nebenstehend von 7 Mk. bis 50 Mk. Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme. Katalog V gratis und franco.  
 Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 408L\*

**Echt Marly-Schrot** 352L\*  
 feinstes **Kaffee-Zusatz** der Neuzeit. 1/2 Pfd. Original-Paket 15 Pf. Deutsche Kaffee-Rösterei  
**A. Pennitz,** Berlin C., Rosenthalerstr. 59, u. mit Plakat belegten Handlungen.

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware**  
 6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Bäckereien:** Brangelstraße 9, Krautstraße 19, Waldenstr. 28, Rauscherstr. 2, Markthalle Südstr., Stand 222/23, Markthalle Andreaskstr., Stand 16/18

**Achtung!** **Achtung!**  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten)**  
 Dienstag, den 10. März cr., abends 8 Uhr:  
**Volksversammlung**

bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Sudekum**. 2. Diskussion.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersuchen  
**Die Vertrauensleute.**

**Lese- und Diskutierklub „Südost“.**

Mittwoch, 11. d. M., abends 8 Uhr, bei Tolsdorf, Görlitzerstr. 58:  
**Sitzung.**  
 Vortrag: „Die Volksschule eine Klassen- und Schichten-Schule“.  
 Gütliche Willkommen.  
 Pünktliches Erscheinen notwendig.  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

Zahlstelle Berlin.  
 Morgen, Mittwoch, den 11. März, abends Punkt 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Recitation über das Schauspiel: „Das verlorene Paradies“. Recitator: Herr **E. Walcotte**.  
 2. Abrechnung von den beiden Urania-Vorstellungen am 8. Februar.  
 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 Das Rauchen ist vor und während der Vorträge nicht gestattet.  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Moabit. Achtung!**  
**§ 175.**  
 Morgen Mittwoch, 11. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit, ein großer öffentlicher Vortrag statt. Thema:  
**Die Enterbten des Liebesglückes**  
 oder: **Das dritte Geschlecht und der § 175.**  
 Referent: Herr **Reinhold Gerling**, Schriftsteller.  
 Nach dem Vortrage Diskussion. Alle denkenden Männer und Frauen werden aufgefordert zu erscheinen und sich Auffklärung zu verschaffen über Homosexualität, und mit Protest einzulegen zum Schutze der Unglücklichen und zur Beseitigung des verhängnisvollen § 175.  
 Der Vorstand des Moabiter Naturheil-Vereins.

**Blutarme,** schwächliche und genesende Personen trinken **Santa Rosa** feurig süßes Rotwein a Fl. 1,40 Mk. oder 816L\*  
**Afrikanischer Blutwein** kräftiger, herber Rotwein a Fl. 1,25 Mk.  
 Künftig in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von **Hermann Meyer & Co.,** Waißstrasse 11/12

**Gänsefedern 60 Pf.**  
 2. u. 3. Ordnung (gibbers zum Reizen). Schlichtfedern, wie sie u. d. Gans fallen, mit allen Daunen III. 1,50, besserer Schlichtfedern III. 2,00, russische Daunen III. 3,50, weißbohnen Daunen III. 3,50, weißer Feder III. 1,50, 2,00, 2,50. Prima geriffelte III. 3,00, 3,50. Versand gegen Nachnahme.  
**Gustav Lustig,** Berlin S., Oranienstr. 46a. Erste Gänsefedernfabrik m. elektr. Betriebe. Viele Anerkennungs-schreiben.

**Gross-Fischerei-Export-Artikel.** Neueste, wahre, billige Preise. Per Nachnahme.  
 Feinste Salzheringe 1/2, Fah. 400 St. 10 RM., 1/4, Fah. 200, 5 RM.; schöner Fisch, größerer zu empf., 300 St. 11 RM., 150 St. 5 1/2 RM.; zarter Fisch, 1/2, Fah. **Sollering, Wild und Regen,** groß, 1/2, Fah. 11 RM., 1/4, Fah. 5 1/2 RM.; **8 Vier-Dole Bratheringe** 3/4, RM. **Der Post überall franco bit.**  
 4 Vier-Dole, 100 St. Deltateicher, Bismarcker. 3 u. 3 1/2, RM., 70 Bratheringe 2 1/2, u. 3 RM., bis 100 Rollen m. 3 u. 3 1/2, RM.  
 Salzheringe, 70 St., zart, 2,70, größere, 60 St., 3 RM., große Sollheringe 3 RM.  
 Rote Gold-Büdlinge, fein, 120 St., 3 RM., gr. Boll u. Zeit-Büdlinge 3/4, RM., 2052\*  
 Rote Spotten 2 1/2, 2 Riffen 4 1/2, RM.  
**W. Schwandt, Swinemünde.** Wädherei, Brat u. Marin. Aufh.

**Berliner Lotterie** d. tech. Commiss. 1. Trabrennen. Ziehung 24. u. 25. März 6039 Gewinne i. Werte von Mk. **100000**  
 Lose a 1 M. — 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pf.)  
**Oskar Bräuer & Co. Nachf.** G. m. b. H. Bank-Geschäft Berlin W., Friedrichstr. 181. Filialen: 8131L\*  
 NW., Wilsnackerstr. 63. O., Andreasstr. 46a. SO., Oranienstr. 177.

**Wichtig für Dreher!**  
 Praktische Anleitung für Dreher in der Berechnung der Wechselräder. In dem Buch erklärt ein Fachmann kurz und für jedermann verständlich die Berechnung der Wechselräder. (In einigen Stunden zu erlernen.)  
 Preis nur 1,50 Mark.  
 Zu beziehen d. Verlagsbuchhandlung Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.  
 Jede Taschenuhr reinigen oder Feder einlegen 1,50 RM. u. Garantie. Wafris Silberne Herren- u. Damen-Remont. 7,50. Wafris gold. Damen-Remontoir 13,50. Weder 1,75.  
**G. Paetzel, Walfstr. 14 und 6802\* Turnstr. 65.**

**Zur Einsegnung! Uhren** unter Garantie. Goldwaren etc. zum fast halben Preise.  
**Barth's Konkursmassen-Ausverkauf**  
**Friedrichstr. 54.**  
**Möbel** auf Teilzahlung **Hugo Lewent's Wwe.,** Chansestr. 82.  
 42-62 Mark.  
 Anzug oder Paletot nach Maß, elegante Ausführung, tadelloser Sitz, garantiert reinwollene Stoffe, neueste Muster, feinste Ratheten, eleg. Stoffe nach Maß 10-18 RM.  
**J. Kurzberg, Neuestädterstr. 47 II.** 7062\* am Alexanderplatz.

Unter diesem gefällig geschätzten Namen gelangt jetzt ein von der Fabrik für Röstprodukte Hermann Arnold, Chemnitz, hergestellter

### feiner Karlsbader Kaffee-Zusatz in Portionswürfeln

zum Verkauf. Derselbe ist aus guten **nährhaften** Rohstoffen unter Zusatz einer wohlberchneten geringen Menge von doppelt kohlensaurem Natrium angefertigt. Letzteres bewirkt, daß die Bestandteile des Kaffeezusatzes und des Kaffee-Zusatzes im mindestens 15% — welche bei der bisherigen Kaffeebereitung verloren gingen — mehr ausgezogen werden. Infolgedessen wird das Getränk kräftiger, wohlschmeckender und erhält ein dem Karlsbader Kaffee gleiches Aussehen. Auch die Bekömmlichkeit des Getränkes wird wesentlich gefördert, da durch das Natrium die vorhandene überflüssige Phosphorsäure neutralisiert und das durch dieselbe hervorgerufene Uebelbefinden z. B. gehoben wird. Die sonstigen Bestandteile des **NATROGAT** nähren. Um den Gebrauch möglichst einfach zu gestalten, wird **NATROGAT** verpackt dem Kaffeegetränk einen **hohen** in Portionswürfeln hergestellt. Die Vorteile, die **NATROGAT** bietet:

wesentliche Ersparnis, guten Wohlgeschmack, angenehmes Aussehen, vorzügliche Bekömmlichkeit, hohen Nährwert, einfache und bequeme Handhabung

machen dasselbe für die Küche der Hausfrau, Hotel-, Café- und Restaurant-Besitzer unentbehrlich.

Der bekannte Nahrungsmittel-Chemiker Herr Dr. G. Bisschhoff, Berlin, sagt vom **NATROGAT**:

... macht das Aufgussgetränk zweifellos angenehmer schmeckend und mehr dem echten Kaffeegetränk ähnlich, als dies bei den üblichen Kaffeezurrogaten der Fall zu sein pflegt.

**NATROGAT** sorgt nicht allein für die bessere Auflösung bzw. Löslichmachung der wertvollen Bestandteile des Kaffee-Ertrages und des Bohnenkaffees, sondern auch für eine Verschönerung der Farbe des Getränkes und fördert die Bekömmlichkeit desselben.

**NATROGAT** muß als ein sehr ausgiebiger, vortrefflicher Kaffee-Ertrag bzw. Kaffeezusatz anerkannt werden, der in einer sehr bedeutenden Menge wasserlöslicher Extraktstoffe nicht allein ein Getränk von bemerkenswerten Genußwert, sondern auch von nicht unerheblichem Nährwert, von angenehmem Geschmack, Wohlgeschmack und guter Bekömmlichkeit herzustellen erlaubt.

**NATROGAT** ist in Kartons zu 25 und 50 Pf. in fast allen Kaffee- und Kolonialwaren-Handlungen, sowie einschlägigen Geschäften erhältlich. Wo noch nicht zu haben, wende man sich an den Generalvertreter für Berlin:

**Robert Küpper, Berlin-Schöneberg, Belzigerstr. 10, Hermann Arnold, Chemnitz.** oder an den Fabrikanten **Fernsprecher Amt IX, 7577.**

# NATROGAT

Besteht seit 1841.

## Mehlhandlung von Johannes Friese

Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39)

empfiehlt ihre anerkannten besten Mehle als:

**Kaiser-Auszug (reines Pester)**

1/2 Ctr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.

**Weizenmehl 00 (halb Auszug)**

1/2 Ctr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.

do. **0 (Haynau 00)**

1/2 Ctr. = 1,75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.

Gutkochende, sauber verlesene **Hälftenfrüchte** zu folgenden Preisen.

## Möbel-Ausverkauf!

meines grossen Möbelspelchers Neue Königstr. 59.

Alle Arten Möbel, neue sowie verliehen gewesene, zu bedeutend herabgesetzten Preisen, auch auf Teilzahlung.

Passendste Gelegenheit für Brautleute. Neue Königstrasse 59, I. Etage, nahe Alexanderplatz.

## Billigste Bezugsquelle für Nähmaschinen.

Nur erstklassige deutsche Fabrikate.



Wegen Ersparnis der Ladenmiete und weil ich keine Reisenden unterhalte, bin ich im Stande, die Maschinen 10 Proz. billiger zu verkaufen wie jede Konkurrenz. Jeder Käufer zahlt also bei mir für eine Nähmaschine bis 17 Mark weniger.

**Aug. Günther, Mechaniker,** Naunynstr. nur 43, nahe Oranienplatz.

Achtbare Leute, die sich als Cigarren-Händler etablieren wollen, belieben sich zu wenden an **Adolf Adler, Belforterstrasse 25.**

Jedes **5 Pfennig.** Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in dem Anzeigenteil für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Zeisen-Geschäft zu verkaufen.** Röhres Bar, Kalkanten-Allee 96.

**Milchverkauf** - Mädel, Kammern, Mühlstraße, Bismarckstr. 23.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137

**Sechsvornehme** Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen herrlichend 18-19, Bismarckstr. 7-11 Kar. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Verandhaus, Jägerstraße 63, 1. Treppe. 15068

**Spezialfabrik** für Anoden-Garderobe, Berlin NW, Turmstraße 85, zeigt den Eingang der neuen Jahrs-Moden-Raster an. Verkauf in Dutzenden und im Einzelnen zu streng festen, billigen Preisen. Ein Vorkauf vorjähriger Anzüge steht zu Ladpreisen zum Ausverkauf. Lieferant des Pariser Nordwest. 15148

**Herren-Garderobe** nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot 30 Kar., Anzug 30 Kar., Hosen von 5 Kar. an. Kauf beim Handwerker, liefert den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. R. Dörge, Dresdenstraße 109.

**Einsparungs- und Buchen-Anzüge** verkauft billigt Pfandhaus, Alte Jakobstraße 120 I. 20276

**Weiche Herrenhüte**, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Stoffe enorm billig. Kulladell, Compotier-Raffestrasse 25A, früher Bernhardsstr. 4 und 5, Sonntag geöffnet.

**Gardinenreste**, spottbillig. Gardinen-Fabrikanten, Grüner Weg 80, parterre. Rein Laden. 15128

**Teppiche!** (Lehrerhalle) in allen Größen für die Halle des Betriebes im Teppichlager Berlin, Dacheimer Markt 4, Bahnhofs Böde. 11958

**Teppiche**, Gardinen, Portieren, Tischdecken spottbillig. Pfandhaus, Reanderstraße 6. 6312

**Beuten**, Steppdecken, Wäse, Anzüge, Remonturwaren, Regulateure, Ketten spottbillig. Pfandhaus, Reanderstraße 6. 6312

**Möbel**, Piano, Spiegel, Bilder spottbillig. Pfandhaus, Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 6312

**Achtung! Brautleute!** Ruhigum Kleiderkabinett, Peris, Spiegel mit Spind, Truhen, Wuschelbetten, Stühle, Tische, Stuhlmöbel billig. Ruhig bis Ende des Monats wegen Umzug verkauft sein. Höfer, Pantentstraße 77 im Keller. 27106

**Möbelverkauf**. In meinen großen Fabrikräumen, Dammstrasse 58, Karthplatz, haben verschiedene Wohnungs-Einrichtungen, neue und verlebene gemischt, zum schleunigen Ausverkauf. Habe eigene Werkstatt, keinen Laden, bin daher in der Lage, die Möbel außerst billig zu verkaufen. Sofa 10, Spind 23, Bancelofa 65, Truhen 40, Bettstelle mit Matrize 18, Sofa 12, hochlegante Tischgarnitur 75. Teilzahlung gestattet.

**Kanarienhähne**, Stamm Seher, Stamm Trute, verkauft Brandt, Holzmarktstraße 61. 23204

**Kanarienhähne**, große Auswähl, Rühl, Schneiders, Bahnhofsstr. 41.

**Ringschiffchen**, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Postbestellung Mühlradstraße 60/61, Landbergerstraße 82 und Brunnenstraße 97.

**Möbelangebot**. Im Auktions-Rödel-Speicher, Wödemstraße 25, Hofbahn-Haltestelle Wödembrücke, sollen verschiedene gediegene Ausbaumöbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochfeine Salon-Einrichtungen, Bancelofas, Ausbaumdiamant, Bibliotheken, Antikschränke, Ausbaumbuffets, Schreibische 25,00, funktionsfähige Ruhebetten mit praktischer Divanabende 22,50, hochlegante Säulen-Truhen 30,00, prachtvolle Salon-Teppiche, schon 18,00, Zimmerteppiche 8,00, verlegte Leber-Gardinen, Spangelschloß, Allgärdinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, Tischschiffchen 5,00, verschiedene Gelegenheiten spottbillig. Vide, Auktionslot. 15348

**Möbelmagazin** Reher, Invalidenstr. 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigen Preisen. Teilzahlung gestattet. 15168

**Möbelangebote** Brautleute. Ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel verkauft. Möbelschiffchen zu Katalogpreisen. Bestgehaltene Garantie. Neill billig. Auch Teilzahlung. Beschäftigung erbeten. Gornat, Tischlermeister, Dresdenstraße 124. Nur Keller, kein Laden. 14998

**Teppiche** mit Handwebern. Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137

**Piano**, gut erhalten, sofort verkauflich. Rittersstraße 120, I. 5710

**Dringenshähne** auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 15018

**Nähmaschinen**, Langschiffchen, 12 Kar. Wheeler-Wilson 8 Kar., Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 15028

**Nähmaschine**, große Ringschiffchen, für Herrenkleider, halb neu, verkauft billig. Heine, Dammstraße 1, Laden (Seher). 29266

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Bobbin, Ringschiff, Adler, Schneidmesser, Turmstraße 39, Bernauerstraße 47B. 15048

**Gadlacherhand!** Einlochgaslöcher 1,00, Zweilochgaslöcher 3,00, Dreilochgaslöcher, Gasbratfen 7,00, Gasbäckgaslöcher, Gasbäckfenster, Gasbäckfenster spottbillig! Wohlfahrer, Ballnertheaterstraße 22. 2458

**Absonnerpumpen**, Sauger, Rohre sehr billig. Schröder, Hochstraße 43. 27038

**Techniker**, Elektro, Maschinen, Bauteile erhalten bestmögliche Spezialwerte der technischen Wissenschaft zum Selbstunterricht. Ohne Anzahlung, Teilzahlung monatlich vier Kar. Objekten: Buchhandlung West, Postamt Wilmersdorf, Berlin.

**Vorjährige** elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Kar. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 15368

**Steppdecken** billigt. Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137

**Vegetabilien**, Kaktusmalerie 61.

**Bancelofa** 50,00, Ausbaum-Einrichtung, ganz billig. Invalidenstr. 38, Ecke Chausseestraße, Hofgerade 188/4

**Dame** verkauft dringend Garnitur. Blüchhof 45 Kar., zwei Bettstellen, alles wie neu. Friedrichstraße 131 D, vorn 4 links. 867

**Kanarienhähne**, Buchstaben. Börsch, Kaldenstraße 5. 127

**Partikellos** verkauft. Stallereystraße 69. 127

**Teppiche**, neue (unbedeutende Farbenfehler), auch einzeln, spottbillig abgegeben. Königstraße 30/21, im Laden. 15328

**Fahrräder** beschafft man sich am besten durch die Einkaufs-Genossenschaft, Karthplatz 19. 27615

**Wenig** gebrauchtes Fahrrad mit Preis! Ist sehr billig zu verkaufen. Dietrich, Webersstraße 51. 27608

**Edelkalkulation** preiswert verkauft. Karpfplatz 18. 27638

**Staubsauger**, Anodenpaletots, Nierenstuhl, Spottpreise. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93. 15498

**Wädhenschleider**, Wädhenschleider, Nierenstuhl, Spottpreise. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

**Reherhandlung**, Capesstoffe, Seidenstoffe, Sommerkleid, Reste für Herren- und Anodenanzüge. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

**Damenjackets**, Nierenstuhl, spottbillig. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

**Damenropen**, Nierenstuhl, Spottpreise. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

**Goldfaden**, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulateure, Reizeuge, Harmonika, Weigen, Zither spottbillig. Lude, Dammstraße 131.

**Gelegenheitskäufe**. Paletots, Herren- und Anoden-Anzüge, Hosen, Beuten, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kette, Revolver, Leihings, Musikwerke spottbillig. Lude, Dammstraße 131. 27448

**Fahrräder**, Nähmaschinen, gebrauchte, nagelneue, spottbillig. Nierenstuhl, Pfandhaus Seherstraße 20. 27528

**Waldhühner**, Strauß, 90 Huten 300 Kar., Waldspottvogel, Lagernd Karthplatz. 27468

**Grüntrange** Frankfurt, halber billig. Schillerstraße 75. 27498

**Möbelgeschäft**, seit 8 Jahren gutgehend, wegen Umzug nach außerhalb unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Schöneberg, Barbarossastr. 5. 27488

**Gelegenheitskäufe!** Barikwaren und Reste spottbillig. Bahnhofsstr. 14 I.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, Woche 1,00, Ringschiffchen Bobbin, schnelle Lieferung. Unglaube, Brunnenstraße 91. Postkarte genügt.

**Kanarienhähne**, Weibchen, Hebrauer verkauft Vange, Petersburgerstraße 15, Luergebäude. 751

**Verkauf** sofort spottbillig zwei Kleiderkäufe, Peris, Bettstellen, Tischschiffchen, Ringschiffchen, Stühle, Piano, Säulen-Truhen, Spiegel, Spind, Sledge, Nähmaschine, Regulator, Bilder, Teppich, Tischdecken, Gaslöcher, Ringelstücken. Waldemarstraße 27, vorn I. 6579

### Verschiedenes.

**Lebeshalle**, Isten 5 Pfennig, 5/4, geöffnet. Chausseestraße 121. 26908

**Rechtsbureau** Adelstraße 89.

**Batzenbureau** Dammstr. Dammstr. 57, Karthplatz, bis abends neun. 26258

**Beuten** reinigt gründlich täglich. Reiff, Alte Jakobstraße 57-59.

**Aufpoisierung** Matrize 5,00, Sofa 6,00. Keller, Neue Königstraße 2.

**Bibliothek!** Hier ist über die beliebteste Gesammtheit unserer Zeit unterrichtet, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Diktation, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Arbeiterverein, Königstraße 108. Um günstigen Abdruck wird gebeten. 1615

**Regelbahnen** (praktische) empfiehlt Gullav Lempel, Voglerstr. 56. (Nur windigen Gde.) 1117

**Bereinszimmer**, vier, Alte Jakobstraße 119. 14748

**Bereinszimmer** zwei, Alte Jakobstraße 69. 14718

**Bereinszimmer** zu vergeben, Potsdamer Stangenbr. Franke, Jandorferstraße 8. 745

**Bereinszimmer** mit Piano zu vergeben. Comrad, Lützen-Ufer 51.

**Großes** Vereinszimmer Wilmersstraße 36 zu vergeben. 177

**Rechtsbureau**, Prozeßbeistand, Eingabengeld, Katerstellung, Fall, Dammstraße 107/108. 27588

**Tischlermeister**, welcher geschmackvolle Cigarren-Einrichtung nach Angabe anfertigt, gesucht. Adressen erbetet Dürck, Oberstraße 7. 27558

**Rechtsbureau**, Kattowstraße 38, früherer Geschäftsführer. Katerstellung, Eingabengeld, Indemnitäten unentgeltlich. Auch Sonntag. 27438

**Rechtsbureau** Fabrik, Grüner Weg Wilmersdorf (Annenplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengeld, Katerstellung. 27028

**Bereinszimmer**, zwei, 30 und 50 Personen, sind zu vergeben. Genosse Müller, Wienerstraße 50. 27598

### Vermietungen.

#### Schlafstellen.

**Schlafstelle** für Herren zu vermieten. Mühl, Kottbusstraße 11, vorn I rechts. 27648

### Arbeitsmarkt.

#### Stellengesuche.

**Jubiläer** Buchdrucker, welcher nur Inwandwerke bezieht, bietet im Zusammenhang schriftlicher Arbeiten. Seher, Dresdenstraße 26, Untere. 1

**Wädhenschleider** Mittel zum Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gefertigt, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Waldstraße 27, I. Müller.

### Stellenangebote.

**Grundrieter** verlangt Adressen. Straße 150. 27135

**Blusen** und Blusenbenderarbeiten verlangen. Gebrüder Kuden, Scharenstraße 12/13. 64/19

**Gauleiter**, reisende, für lohnenden neuen Artikel gesucht. Wilmersstr. W. 1 Expedition dieser Zeitung.

**Dirigen** für Dienstage. Lust Arbeiter-Gesangsverein. Adressen bei Paul, Ritterstraße 83. 27008

**Kartonarbeiterinnen**, auch Lehrmädchen, verlangt. Rosenheim u. Kaufmann, Wilmersstraße 62/63. 27428

**Blätterinnen** auf Blusen und Blusenbenderarbeiten im Hause Gebrüder Kuden, Scharenstraße 12/13.

**Näherinnen** im und außen Hause. Schröder, Kaiser Friedrichstraße 67, Pantow. 29558

### Im Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

### Farbignmacher

suchen lohnende und dauernde Beschäftigung. **Kaufmann B. Gross**, A.-G., Leipzig-Rudolfsstr., Eilenburgerstr. 75/77. Der Vorstand.

## Verein der Töpfer

Berlins und Umgegend.

Beden Sie noch Drang zur Belebung einer Organisation, veranlassen und die Arbeitsniederlegung der Vereinskollegen bei der Firma Karmann zu verhindern, sondern wir kamen nur einer bei vielen Gelegenheiten üblichen und allbekanntesten Regel nach, die speziell den Zweck hat, wenn Lohnstreikigkeiten vorliegen, vor Streikbruch zu warnen. Leider müssen wir jetzt unter ersten Annahme hinzufügen, daß sämtliche Beuten der Firma Karmann von organisierten Arbeitswilligen der Verbandsfiliale besetzt sind und dort für unentgeltliche Preise, nach Versicherung des „ausblühenden“ Geschäftsführers, gearbeitet wird. Der Einsender des Inserats im „Vorwärts“ Nr. 51, geht vorläufigerhand nicht näher auf das Unterangebot der Mitglieder der Filiale ein, sondern hält sich mit den Worten darüber hinweg, daß kein einziges Mitglied der Filiale bei Karmann beschäftigt war. Dem wäre gegenüber zu stellen, daß schon am Sonnabend, den 28. Februar, früh, acht Mitglieder der Filiale angefangen haben, gegen den Beschlusungsbescheid vom 26. Februar 1903, nach welchem doch die Sperre noch nicht aufgehoben sein konnte, da noch Mitglieder unfers Vereins dort beschäftigt waren. Am Sonnabend, den 28. Februar, abends, wurde unter den Karmann beschäftigten Kollegen mitgeteilt, daß sie weiter arbeiten könnten, wenn sie mit den Preisen, die der Geschäftsführer Müller an die Mitglieder der Filiale zahlte, einverstanden sind. Da unsere Kollegen darauf nicht eingehen konnten, ohne gegen den Tarif zu verstoßen, legten sie am Montag, den 2. März, einmütig die Arbeit nieder.

Den Unterschied mögen einige hier beispielsweise angeführten Preise bezeugen: Das Angebot für einen Esen ist jetzt 30,50 M., für den unfers Kollegen bis jetzt 35,80 M. erhöhten. Bei einem andern Esen ist das Angebot 48 M., bisher erhalten 53 M. NB. Auch dieses bringen wir, ohne die Heraushebung der Verbandsorganisation zu beabsichtigen; doch wiederholen wir solche Fälle, wie die hier beschriebenen, welche in kurzer Zeit der dritte ist, so könnte unter der Arbeiterkraft die Achtung vor einer solchen Organisation bald schwinden.

**A. A. A. Peck.**

Mit dem Inhalt des Inserats füllen sich sämtliche unentgeltlichen Kollegen einverstanden, da dieselben bis jetzt bei der Firma Karmann gearbeitet haben. **K. Fröhlich, Ernst Paul, St. Kostynski, Th. Büttner, G. Holz, R. Schlike, A. Müller, Fritz Hoffmann, Paul Wöschling, Oskar Linke, Eugen Frohmann, Rudolf Klische, Gustav Kramer, Richard Lehmann, A. Matthes, Ernst Uecker, W. Pannicke, P. Bauer, Heinrich Wolff, S. Löpfke, A. Schneidoreit, R. Seiler, H. Tabor, P. Richter.**

Buchdruckeri und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.